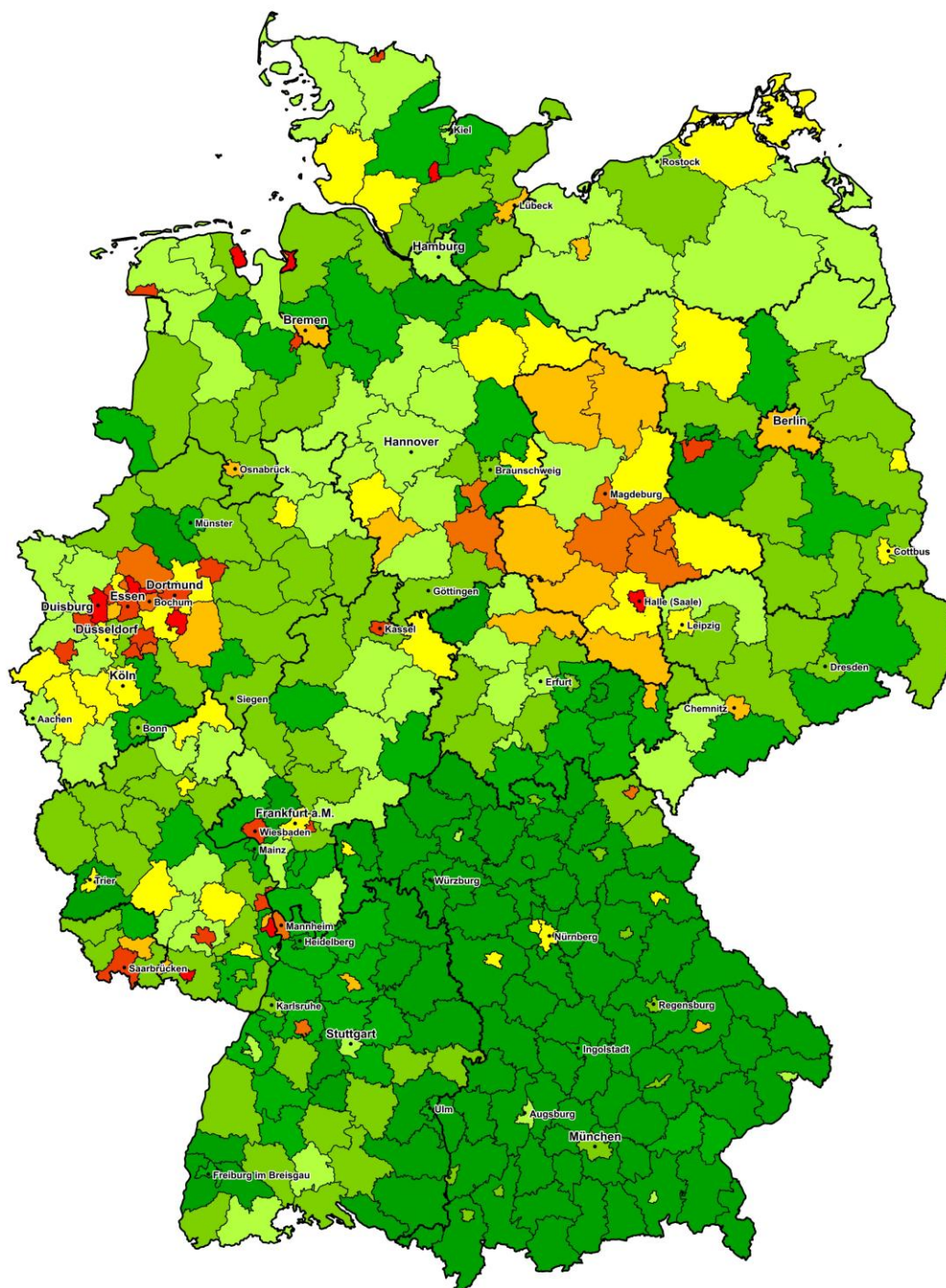


# SchuldnerAtlas Deutschland

# 2025

Überschuldung von Verbrauchern





# Inhalt

|                                                                                                                                                        |           |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Vorwort</b>                                                                                                                                         | <b>5</b>  |
| <b>Trends kompakt: Überschuldung nimmt 2025 erstmals seit 2018 wieder merklich zu</b>                                                                  | <b>7</b>  |
| <b>1 Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland</b>                                                                                         | <b>9</b>  |
| 1.1 Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern nimmt 2025 erstmals seit 2018 wieder merklich zu                                                 | 13        |
| 1.2 Die Zahl überschuldeter Männer steigt stärker als die der Frauen – nach Alter steigen sie besonders deutlich „an den Rändern“                      | 20        |
| 1.3 Harte und weiche Überschuldung steigen erstmals seit 2017 zugleich – weiche Überschuldungsfälle steigen fast doppelt so stark wie die harten Fälle | 26        |
| 1.4 Der Trend ist in Westdeutschland deutlich, in Ostdeutschland nur leicht negativ – erneut deutliche Verschiebungen auf Kreis- und Stadtebene        | 29        |
| <b>2 Wirtschaft und Überschuldungsentwicklung in Deutschland: Trendwende durch den Rückgang der finanziellen Resilienz der Verbraucher</b>             | <b>35</b> |
| 2.1 Ergebniseinordnung: Die Entwicklung überschuldungsaffiner Wirtschaftsindikatoren in den vergangenen zwölf Monaten                                  | 36        |
| <b>3 microm ÜberschuldungsTypologie: Aktuelle Detailanalysen</b>                                                                                       | <b>41</b> |
| 3.1 Die Überschuldungsbetroffenheit der acht Überschuldungstypen: Lage, Trends, Perspektiven                                                           | 42        |
| <b>4 Überschuldungstreiber Lebenshaltungs-, Energie- und Wohnkosten in Deutschland</b>                                                                 | <b>49</b> |
| 4.1 Die Entwicklung von Lebenshaltungs-, Energie- und Wohnkosten in Deutschland und ihr Einfluss auf das Überschuldungsrisiko                          | 50        |
| <b>5 Blick in die Zukunft: Die Überschuldungsampel bleibt auch 2025 im „grünen Bereich“, aber deutlicher Negativtrend</b>                              | <b>53</b> |
| <b>6 Ergebnisse kompakt</b>                                                                                                                            | <b>57</b> |
| <b>7 Basisdaten: Karten und Tabellen</b>                                                                                                               | <b>61</b> |

## Wichtige Definitionen

### Ansatz und Basisbegriffe

Der SchuldnerAtlas Deutschland untersucht, wie sich die Überschuldung von Verbrauchern innerhalb Deutschlands kleinräumig verteilt und entwickelt. Überschuldung liegt dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen längeren Zeitraum nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhalts weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden Gesamtausgaben sind höher als die Einnahmen. Mithilfe der Überschuldungsquoten, das heißt dem Anteil der Personen mit Negativmerkmalen im Verhältnis zu allen Personen ab 18 Jahren, kann die Überschuldung in ihrer geografischen Verteilung bis hin auf die Ebene von Straßenabschnitten dargestellt werden.

### Negativmerkmale

Die Negativmerkmale setzen sich zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen – Nichtabgabe der Vermögensauskunft, früher: Haftanordnung und Eidesstattliche Versicherung – und Privatinsolvenzen), unstrittigen Inkasso-Fällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und nachhaltigen Zahlungsstörungen. Nachhaltige Zahlungsstörungen werden in einer Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger. Die Speicherung der Daten ist durch die EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO), Art. 6 Abs. 1 lit. f, geregelt.

### Überschuldungsintensität

Zwei Formen von Überschuldung werden in der Analyse unterschieden: Fälle mit „hoher Überschuldungsintensität“ basieren ausschließlich auf juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen und Privatinsolvenzen). Fälle mit „geringer Überschuldungsintensität“ basieren auf einer eher niedrigen Anzahl von Negativmerkmalen, in der Regel so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen (Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger).

### Datenquellen

Die vorliegende Analyse basiert auf den Daten und Karten der microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH, einem Unternehmen der Creditreform Gruppe, und der Experian GmbH (Neuss/Düsseldorf).

## Vorwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland resümiert im Herbstgutachten von Ende September 2025: „Die deutsche Wirtschaft befand sich in den vergangenen zwei Jahren in der Rezession. Die jüngst stark revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigen, dass die Krise deutlich ausgeprägter war als bislang ausgewiesen.“ Die Unternehmen und die Verbraucher in Deutschland warten nach dem politischen Wechsel in Berlin und der Aussicht auf Investitionen durch die beschlossenen Sondervermögen („Fiskalimpuls“) auf einen ökonomischen Neuanfang. Doch „die deutsche Wirtschaft steht nach wie vor auf wackeligen Beinen“, so die Wirtschaftsforscher. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet für 2025 ebenfalls nur mit einem „Miniwachstum“ der deutschen Wirtschaft.

Die Entwicklung der Überschuldungszahlen in Deutschland zeigt 2025 die bereits seit längerem erwartete Trendumkehr. Die Zahl überschuldeter Verbraucher hat in den letzten zwölf Monaten erstmals seit 2018 wieder zugenommen. Die Statistik zählt neue 111.000 Überschuldungsfälle. Der letzte ähnlich starke Anstieg liegt sogar neun Jahre zurück, als 2016 rund 130.000 neue Überschuldungsfälle gemessen wurden. Die Überschuldungsquote steigt 2025 von auf 8,09 auf 8,16 Prozent. Der vergleichsweise geringe Anstieg der Quote ist auf die merkliche Zunahme der Bevölkerungszahl von Personen im Alter über 18 Jahren zurückzuführen. Bei konstanter Bevölkerung läge die Überschuldungsquote in Deutschland in diesem Jahr bereits wieder bei 8,25 Prozent. Dabei nimmt die so genannte „weiche Überschuldung“ deutlich stärker zu als die „harte Überschuldung“.

Nach fünf Jahren Dauerkrise sind die finanziellen Reserven vieler Verbraucher aufgebraucht. Die Arbeitslosenzahl lag Ende August erstmals wieder seit Februar 2015 über der Drei-Millionengrenze, bei den Verbraucherinsolvenzverfahren wird seit zwei Jahren ein „stabiler Zuwachs“ gemessen – und dies trotz steigender Reallöhne und deutlich gesunkener Inflationsraten. Zudem setzt sich auch 2025 der Boom von Klein- und Ratenkrediten fort. Immer mehr Menschen rutschen in den Dispokredit – und bleiben dort. Besonderes Augenmerk bedürfen derzeit zwei Entwicklungen, die krisenbedingt in den letzten Jahren etwas in den Hintergrund getreten waren. Die Überschuldungszahlen steigen besonders deutlich „an den Rändern“: Die Zahl überschuldeter junger (bis unter 30 Jahre) und älterer Personen (über 60 Jahre) nimmt zum Teil überdurchschnittlich zu. Beide Entwicklungen sind Grund genug zur Sorge – bei beiden Gruppen gehen oft Einkommensarmut und mangelnde finanzielle Bildung Hand in Hand.

Wir wünschen Ihnen eine spannende und erkenntnisreiche Analyse.  
Herzlichst

Patrik-Ludwig Hantzsch

Leiter Creditreform Wirtschaftsforschung

Neuss, den 14. November 2025



## Überschuldung nimmt 2025 erstmals seit 2018 wieder merklich zu

|                                       | Basiswerte                 | Abweichungen               |               |
|---------------------------------------|----------------------------|----------------------------|---------------|
| <b>Überschuldete Personen</b>         | <b>5,67 Millionen</b>      | <b>+ 111.000 Fälle</b>     | <b>+ 2,0%</b> |
| <b>Überschuldungsquote</b>            | <b>8,16%</b>               | <b>+ 0,07 Punkte</b>       |               |
| Personen mit harten Negativmerkmalen  | 3,17 Millionen             | + 39.000 Fälle             | + 1,2%        |
| Personen mit weichen Negativmerkmalen | 2,50 Millionen             | + 72.000 Fälle             | + 3,0%        |
| Überschuldete Haushalte               | 2,83 Millionen             | + 55.000 Fälle             | + 2,0%        |
| <b>Frauen</b>                         | <b>2,20 Millionen</b>      | <b>+ 32.000 Fälle</b>      | <b>+ 1,5%</b> |
| Überschuldungsquote                   | 6,21%                      | + 0,04 Punkte              |               |
| <b>Männer</b>                         | <b>3,47 Millionen</b>      | <b>+ 79.000 Fälle</b>      | <b>+ 2,3%</b> |
| Überschuldungsquote                   | 10,20%                     | + 0,11 Punkte              |               |
| <b>bis unter 30 Jahre</b>             | <b>0,76 Millionen</b>      | <b>+ 19.000 Fälle</b>      | <b>+ 2,6%</b> |
| Überschuldungsquote                   | 6,95%                      | + 0,19 Punkte              |               |
| <b>30 bis 39 Jahre</b>                | <b>1,46 Millionen</b>      | <b>+ 23.000 Fälle</b>      | <b>+ 1,6%</b> |
| Überschuldungsquote                   | 13,39%                     | + 0,10 Punkte              |               |
| <b>40 bis 49 Jahre</b>                | <b>1,24 Millionen</b>      | <b>+ 29.000 Fälle</b>      | <b>+ 2,3%</b> |
| Überschuldungsquote                   | 12,12%                     | - 0,05 Punkte              |               |
| <b>50 bis 59 Jahre</b>                | <b>1,03 Millionen</b>      | <b>- 7.000 Fälle</b>       | <b>- 0,7%</b> |
| Überschuldungsquote                   | 8,36%                      | + 0,12 Punkte              |               |
| <b>60 bis 69 Jahre</b>                | <b>0,75 Millionen</b>      | <b>+ 24.000 Fälle</b>      | <b>+ 3,4%</b> |
| Überschuldungsquote                   | 6,50%                      | - 0,04 Punkte              |               |
| <b>ab 70 Jahre</b>                    | <b>0,42 Millionen</b>      | <b>+ 23.000 Fälle</b>      | <b>+ 5,7%</b> |
| Überschuldungsquote                   | 3,12%                      | + 0,13 Punkte              |               |
| <b>Gesamtschuldenvolumen*</b>         | <b>190 Milliarden Euro</b> | <b>+ 7 Milliarden Euro</b> | <b>+ 3,6%</b> |

\*Basiswert für mittlere Schuldenhöhe: Statistisches Bundesamt, Suchbereich Überschuldungsstatistik 2015 bis 2024 (<https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online>) bzw. Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2009 bis 2024 (letzte Ausgabe 2021: 25.05.2022). Die Werte für 2025 basieren auf einer Hochrechnung. Revidierte Werte für 2024 (gerundete Werte). **Rundungsdifferenzen möglich.**

Alle Tabellen nebst detaillierten Quellenangaben sind in Kapitel 7 „Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder“ zu finden.



# **1 Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland**

**Die Zahl überschuldeter Verbraucher ist 2025 merklich gestiegen**

**Sowohl die harte wie auch die weiche Überschuldung hat zugenommen**

**Nach „Dauerkrise“ ist die finanzielle Resilienz der deutschen Verbraucher gesunken**

**Der „krisenbedingte Rückgang“ der Überschuldungsfälle ist gestoppt**

Erstmals seit 2018 hat die Zahl überschuldeter Verbraucher in diesem Jahr wieder zugenommen, nachdem sie sechs Mal in Folge gesunken war. Die Überschuldungsquote steigt zwar nur um etwa einen Zehntel Prozentpunkt, allerdings sind in den letzten zwölf Monaten wieder rund 111.000 Menschen in eine Überschuldungsspirale geraten. Aus der bereits 2023 konstatierten „verdeckten Trendumkehr“ ist nach einem erneuten Rückgang im letzten Jahr eine messbare Trendwende geworden. Im Jahresverlauf zeigt sich, dass die Zahl „weicher Negativmerkmale“ (nachhaltige Zahlungsstörungen) mehr als doppelt so stark angestiegen ist wie die Zahl „harter Negativmerkmale“ (juristische Sachverhalte). Der Anstieg der harten Überschuldungsfälle korrespondiert mit dem „stabilen Zuwachs“ bei den Verbraucherinsolvenzverfahren und dem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Die Zunahme der weichen Überschuldungsfälle korreliert mit der Entwicklung basaler Überschuldungstreiber, die von den Belastungen durch steigende Lebenshaltungs- und Wohnkosten bis hin zur generell sinkenden finanziellen Belastbarkeit der deutschen Verbraucher reicht.

Eine aktuelle Studie des ifo-Instituts zeigt, dass bei vielen Verbrauchern in Deutschland trotz weiter steigender Reallöhne (2. Quartal 2025: + 1,9 Prozent) und vergleichsweise niedrigen Inflationsraten (September 2025: + 2,4 Prozent) die finanzielle Krisenresilienz gesunken ist. Vereinfacht formuliert: Der finanzielle Puffer vieler Menschen ist dünner geworden, auch da Lebensmittel und Energie seit 2022 um fast 40 Prozent teurer geworden sind (s. Kapitel 4). Viele Verbraucher haben „multikrisenbedingt“ in den letzten Jahren auch von ihren Ersparnissen gelebt oder sind mit ihrem Konto ins Minus gerutscht. Kurzfristig hat das geholfen, ein Abrutschen in Zahlungsschwierigkeiten zu verhindern, wie auch die letzten Ausgaben des SchuldnerAtlas Deutschland gezeigt haben. In vielen Fällen wurden bestehende Verbindlichkeiten abgetragen, Schulden beglichen. Zwischen 2019 und 2024 sank die Zahl überschuldeter Menschen um rund 1,3 Millionen Fälle. Seit 2020 führten die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die daraus folgende Energiepreiskrise und Inflation zu einem wirtschaftlichen Abschwung, der bis heute zu einer massiven Verunsicherung der deutschen Verbraucher geführt hat. Die Indikatoren „steigende bzw. hohe Sparquote“ und „sinkende bzw. geringe Anschaffungsneigung“ waren weitere Belege dafür, dass Ausgabenvorsicht und Kaufzurückhaltung bei den deutschen Verbrauchern einen schnellen Anstieg der Überschuldungs-

zahlen bislang verhindert haben. Offensichtlich ist nun die Trendwende eingetreten, die finanzielle Belastbarkeit vieler Verbraucher in Deutschland ist anfälliger geworden, die Zahl überschuldeter Verbraucher ist 2025 wieder merklich gestiegen. Das Statistische Bundesamt berichtete im September 2025 von alleine 4,2 Millionen Menschen, die 2024 in Haushalten mit Zahlungsrückständen bei Versorgungsbetrieben lebten (s. Kapitel 4.1).

**Trendwende ist eingetreten**

Die aktuellen Daten der Analyse der microm ÜberschuldungsTypologie bestätigen, dass eine möglicherweise grundlegende Trendumkehr in der Überschuldungsentwicklung begonnen hat. Sieben der acht Überschuldungstypen zeigen in diesem Jahr zum Teil deutliche Anstiege der Überschuldungsfälle. Nur die sogenannten „Überschuldungsausblender“ weisen derzeit einen geringen Rückgang auf. Die Überschuldungsbetroffenheit aller anderen Typen hat merklich zugenommen. Besonders betroffen waren in den letzten zwölf Monaten die Notfall-Überschuldeten, die Lifestyle-Überschuldeten und die Überschuldungspragmatiker, die alle drei einen zumindest mittleren, wenn nicht überdurchschnittlichen sozialen Status aufweisen. Im letzten Jahr waren eher diejenigen Typen betroffen, die einen unterdurchschnittlichen sozialen Status aufwiesen (Konsum-Überschuldete, Überschuldungsnaive, Überschuldungsausblender und Dauerüberschuldete). Die Befunde für Konsum-, Lifestyle-Überschuldete und Überschuldungspragmatiker korrespondieren mit den Basistrends des letzten Jahres: der stark gestiegenen und weiterhin zunehmenden Nachfrage nach Raten- und Kleinkrediten und den „Buy now, pay later“-Angeboten (BNPL). Diese zielen vor allem auf jüngere, internetaffine und besonders konsumoffene Zielgruppen.

**Sieben von acht Überschuldungstypen zeigen zum Teil deutliche Anstiege der Überschuldungsfälle**

**Überschuldungsrisiko und Überschuldungsfälle sind gestiegen**

Der aktuelle Negativtrend spiegelt sich in vielen Detaildaten: So ist die Gesamtüberschuldungsquote in 276 von 400 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland (69 Prozent; Vorjahr: 35 Prozent) gestiegen. Die weiche Überschuldungsquote ist sogar in 307 Kreisen oder kreisfreien Städten gestiegen – 2024 zeigten „nur“ 68 Räume Anstiege der weichen Überschuldungsfälle (in Form von nachhaltigen Zahlungsstörungen). Der Anstieg harter Überschuldungsquoten erreichte in etwa das gleiche Niveau des letzten Jahres (52 Prozent; 2024: 55 Prozent). Überschuldungsquoten und -fälle steigen bei Männern und Frauen zugleich – bei Männern allerdings stärker als bei Frauen. Zudem nimmt die Zahl überschuldeter junger (bis

**Gesamtrend 2025 ist überwiegend negativ**

### **Skeptische Hoffnungen auf einen starken Konjunkturimpuls**

unter 30 Jahre) und älterer Personen (über 60 Jahre) überdurchschnittlich zu. Bei jungen Personen steigt die Überschuldung seit 2013 zum dritten Mal, bei den älteren Personen zum zweiten Mal in Folge. Ein Resultat: Das Durchschnittsalter überschuldeter Verbraucher hat mit 46,44 Jahren erneut leicht zugenommen (+ 0,13 Jahre).

Die Perspektiven für die deutsche Wirtschaft und auch für die deutschen Verbraucher bleiben trotz politischem Wechsel in Berlin und der Hoffnung auf einen starken Konjunkturimpuls durch die beschlossenen „Sondervermögen“ für die nächsten Monate eher bedeckt. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose prognostiziert im Herbstgutachten 2025 einen minimalen Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozent. Für die kommenden beiden Jahre erwarten die Institute eine schwache Erholung mit nur eher geringen Zuwächsen (2026: + 1,3 Prozent; 2027: + 1,4 Prozent). Sie beurteilen die Perspektiven trotz „spürbarer Erholung“ eher skeptisch: „Angesichts anhaltender struktureller Schwächen wird diese Dynamik [...] nicht von Dauer sein.“ Und auch die Creditreform Wirtschaftsforschung fragt in der Herbst-Analyse: „Wann kommt der Aufschwung?“ Sie konstatiert: „Nach mehr als zwei Jahren Rezession fehlt noch immer ein echter Konjunkturimpuls. [...] Hinzu kommen hohe Energiepreise und steigende Lohnkosten, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zusätzlich unter Druck setzen.“

### **Anstieg der Arbeitslosigkeit – weiterer Rückgang der finanziellen Krisen- resilienz**

Eine Folge der wirtschaftlichen Schwäche, die für die weitere Überschuldungsentwicklung von Bedeutung sein wird, ist der schleichende Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Zahl arbeitsloser Menschen ist in Deutschland in den vergangenen drei Jahren um rund 540.000 Personen (+ 23 Prozent) gestiegen, die der Langzeitarbeitslosen um rund 120.000 Personen (+ 13 Prozent). Im August 2025 wurde erstmals seit Februar 2015 die Drei-Millionen-Grenze überschritten. Dabei sind diese Anstiege in der Entwicklung des „Hauptüberschuldungsauslösers“ Arbeitslosigkeit in der Überschuldungstatistik des Statistischen Bundesamtes in dieser Deutlichkeit noch nicht angekommen. Sie bilden aber einen weiteren Ansatzpunkt für den Rückgang der finanziellen Krisenresilienz und damit für eine Zunahme des Überschuldungsrisikos weiterer Bevölkerungsgruppen.

## 1.1 Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern nimmt 2025 erstmals seit 2018 wieder merklich zu

Die Überschuldungsentwicklung in Deutschland zeigt 2025 einen namhaften Anstieg der Überschuldungszahlen. Die Zahl überschuldeter Privatpersonen ist erstmals seit 2018 angestiegen. Für die gesamte Bundesrepublik wird zum Stichtag 1. Oktober 2025 eine Überschuldungsquote von 8,16 Prozent gemessen. Die Überschuldungsquote steigt um 0,07 Prozentpunkte. 2025 sind wieder rund 5,67 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 111.000 Personen mehr als noch im letzten Jahr (+ 2,0 Prozent). Der letzte ähnlich starke Anstieg liegt neun Jahre zurück, als 2016 rund 130.000 neue Überschuldungsfälle gemessen wurden. In den letzten sechs Jahren waren die Überschuldungszahlen zum Teil drastisch zurückgegangen (2024: - 94.000 Fälle; - 1,7 Prozent; 2023: - 233.000 Fälle; - 4,0 Prozent; 2022: - 274.000 Fälle; - 4,4 Prozent). 2021 verließen sogar, coronabedingt, rund 695.000 Fälle (- 10,1 Prozent) die Überschuldungsspirale. 2020 und 2019 waren die Rückgänge der Überschuldungszahlen noch deutlich geringer ausgefallen (2020: - 69.000 Fälle; - 1,0 Prozent; 2019: - 10.000 Fälle; - 0,1 Prozent). Zwischen 2014 und 2018 stieg die Zahl überschuldeter Personen kontinuierlich.

**2025: 5,67 Millionen überschuldete Personen in Deutschland (+ 111.000 Personen)**

**Überschuldungsquote steigt auf 8,16 Prozent (+ 0,07 Punkte)**

**Tab. 1.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2021 bis 2025**

| Jahr | Einwohner  | Personen über 18 Jahre | Überschuldete Personen | Überschuldungsquote | Überschuldete Haushalte |
|------|------------|------------------------|------------------------|---------------------|-------------------------|
| 2021 | 83,24 Mio. | 69,48 Mio.             | 6,16 Mio.              | 8,86%               | 3,08 Mio.               |
| 2022 | 83,12 Mio. | 69,41 Mio.             | 5,88 Mio.              | 8,48%               | 2,95 Mio.               |
| 2023 | 83,46 Mio. | 69,37 Mio.             | 5,65 Mio.              | 8,15%               | 2,83 Mio.               |
| 2024 | 83,58 Mio. | 68,73 Mio.             | 5,56 Mio.              | 8,09%               | 2,78 Mio.               |
| 2025 | 83,63 Mio. | 69,46 Mio.             | 5,67 Mio.              | 8,16%               | 2,83 Mio.               |

Die Gesamttabelle ist in Kapitel 7.3 zu finden: Tabelle 14.

Der vergleichsweise geringe Anstieg der Überschuldungsquote wird durch einen deutlichen (Wieder-)Anstieg der Bevölkerungszahl über 18 Jahre bewirkt. Bei nahezu gleicher Bevölkerungszahl wäre die Überschuldungsquote deutlicher auf 8,25 Prozent gestiegen.<sup>1</sup> Die Überschuldungsquote für Deutschland bleibt dennoch zum fünften

**2025 sind 2,83 Millionen Haushalte überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört**

**2025: Die Zahlen weicher und harter Überschuldungsfälle steigen gleichzeitig – erstmals seit 2017**

**ifo: Bis 2023 haben die Verbraucher die Multikrise „mit bemerkenswerter Resilienz gemeistert“**

Mal in Folge deutlich unter der Neun-Prozent-Marke, die Zahl der Überschuldungsfälle deutlich unter der Sechs-Millionen-Grenze. Die Zahl überschuldeter und nachhaltig zahlungsgestörter Haushalte nimmt nach überschlägigen Berechnungen mit rund 2,83 Millionen ebenfalls merklich zu (+ 54.600 Haushalte; 2024: 2,78 Millionen; 2023: 2,83 Millionen; 2022: 2,95 Millionen).<sup>2</sup>

Auffällig: Im Jahresverlauf hat sowohl die Zahl „harter Negativmerkmale“ (juristische Sachverhalte: + 39.000 Fälle; + 1,2 Prozent) als auch die Zahl „weicher Negativmerkmale“ (nachhaltige Zahlungsstörungen: + 72.000 Fälle; + 3,0 Prozent) vergleichsweise deutlich zugenommen. Gleichzeitige Anstiege beider Merkmalstypen gab es in den letzten 20 Jahren nur 2007, 2010, 2012 und 2017. Seit 2020 waren beide Zahlenwerte (fast) durchgängig rückläufig – einzig 2023 gab es einen minimalen Anstieg weicher Überschuldungsfälle (+ 3.000 Fälle; + 0,1 Prozent). 2021 hatte der Rückgang, coronabedingt, noch rund 470.000 Fälle betragen (- 15,5 Prozent). Die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland ist zwischen 2019, dem letzten Vor-Corona-Jahr, und 2025 um 1,25 Millionen Fälle gesunken (- 18,1 Prozent). Vertiefende Analysen zeigen, dass die in den letzten Jahren wirksame positive Dynamik der „ökonomischen Multikrisen“ offensichtlich aufgebraucht ist. Alleine zwischen 2019, dem letzten Vor-Corona-Jahr, und 2024 sank die Zahl überschuldeter Menschen in Deutschland um rund 1,37 Millionen Fälle (- 19,7 Prozent). Hierzu trugen Konsumzurückhaltung und Ausgabenvorsicht neben den staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, während der Corona-Pandemie und der Energiepreiskrise, erheblich bei, wie auch die letzten Ausgaben des SchuldnerAtlas Deutschland gezeigt haben. Eine Analyse des ifo-Instituts München belegt diese Einschätzung, da das Kernergebnis der Studie mit den Basistrends der Überschuldungsentwicklung der letzten vier Jahre korrespondiert: „Die Verbraucher haben die Multikrise dank starker nominaler Lohnzuwächse mit bemerkenswerter Resilienz gemeistert.“

Viele Verbraucher haben „multikrisenbedingt“ in den letzten Jahren auch von ihren Ersparnissen gelebt oder sind mit ihrem Konto ins Minus gerutscht. Kurzfristig hat das geholfen, ein Abrutschen in Zahlungsschwierigkeiten zu verhindern. In vielen Fällen wurden bestehende Verbindlichkeiten abgetragen, Schulden beglichen. Nun ist, vereinfacht formuliert, der finanzielle Puffer vieler Verbraucher dünner geworden. Die Überschuldungszahlen steigen wieder deutlich, da die finanzielle Resilienz der Verbraucher gelitten hat.<sup>3</sup> Dies

zeigen auch Analysen der Lebenshaltungs-, Energie- und Wohnkosten (s. Kapitel 4). Die Folge: Die 2023 konstatierte „verdeckte Trendumkehr“ hat sich nach einer „Seitwärtsbewegung“ 2024 zu einer echten Trendwende bei der Überschuldungsentwicklung verfestigt. Dabei korrespondiert der weniger starke Anstieg der „harten Überschuldung“ mit der Zunahme der Verbraucherinsolvenzverfahren. Ihre Zahl stieg im 1. Halbjahr 2025 erneut um rund 7 Prozent auf 37.700 Fälle und liegt wieder deutlich über dem Vor-Corona-Niveau (1. Halbjahr 2019: 32.920; 1. Halbjahr 2018: 34.280).<sup>4</sup> Allerdings bilden die in diesem Jahr erwartbaren rund 75.000 Verbraucherinsolvenzverfahren weiterhin nur die „Spitze des Eisbergs“. Der aktuelle Anteil der Verbraucherinsolvenzverfahren an der Entwicklung der Überschuldungsfälle liegt bei weniger als 2 Prozent. Dabei gilt weiterhin: Personen, die eine Verbraucherinsolvenz anmelden, müssen nicht unbedingt hoch verschuldet sein. Ein Großteil der Personen, die eine Privatinsolvenz anmelden, hat eine Gesamtschuldensumme, die unter 10.000 Euro liegt. Im Langzeitvergleich erreicht die Zahl der Privatinsolvenzen aber wieder langsam das Niveau zur Mitte des letzten Jahrzehnts. Allerdings lagen die Zahlen zwischen 2006 und 2013 deutlich höher. Die höchsten Werte der „Verbraucherpleiten“ wurden im Jahr 2007 sowie zwischen 2009 und 2011 gezählt, als jeweils über 100.000 Personen in ein Verbraucherinsolvenzverfahren gingen.

Zudem ist festzustellen, dass der letztjährige Rückgang der Zahl weicher Überschuldungsfälle nur temporär war. Trotz insgesamt pessimistischer Konsum- und Anschaffungsstimmung der Verbraucher zeigen die Daten des Statistischen Bundesamtes, dass die Privaten Konsumausgaben 2024 um rund 65 Milliarden Euro gestiegen sind und 2025 nochmals um fast 70 Milliarden Euro steigen werden (jeweils + 3 Prozent). Auch die Analyse der microm Überschuldungstypologie zeigt, dass dabei weniger der auch psychologisch erklärbare Nachholkonsum (nach Jahren von Konsumverzicht und Ausgabenvorsicht) im Vordergrund steht. Viele Verbraucher sehen sich nach Jahren des Konsumverzichts gezwungen, ihren Lebensstandard durch Ersatzkonsum (meist notwendiger Gebrauchsartikel, beispielsweise für die Reparatur oder den Austausch defekter Haushaltsgeräte) zu erhalten. Letzteres gilt wohl besonders für die Notfall-Überschuldeten, die 2025 mit 33.000 neuen Überschuldungsfällen den absolut größten Zuwachs stellen (+ 2,9 Prozent). Aber auch die Gruppen der Überschuldungsvermeider (+ 2,8 Prozent; + 17.000 Fälle), der Konsum- (+ 1,8 Prozent; + 13.000 Fälle) und der Lifestyle-

**Aus der „Seitwärtsbewegung“ (2024) ist eine Trendwende geworden**

**Seit 2023 kontinuierlicher Anstieg der Verbraucherinsolvenzen**

**Wie 2024 prognostiziert: Der Rückgang weicher Überschuldungsfälle war nur vorübergehend**

„Kriegsangst und Angstsparen“ bleiben für viele Verbraucher handlungsleitend

Das Konsumverhalten der deutschen Verbraucher ist weniger gedämpft als die Konsumstimmung

Vom „Sparschland“ zum „Knauserland“?

Die Breite des Anstiegs der Überschuldungszahlen als Hinweis auf die sich vollziehende Trendwende

Überschuldeten legen ähnlich stark zu, wobei letztere den prozentual stärksten Anstieg aufweisen (+ 3,7 Prozent; + 20.000 Fälle).

2025 bleiben die im letzten Jahr besonders hervorgehobenen Einflussparameter „Kriegsangst und Angstsparen“ sozialpsychologisch zwar weiterhin wirksam – angesichts dünner gewordener finanzieller Puffer gelingt es aber immer mehr Verbrauchern nicht, die finanziellen Belastungen dauerhaft zu tragen. Dafür spricht auch, dass die Anzahl neu aufgenommenen Ratenkredite eine neue Rekordhöhe erreicht hat. Sie war bereits im letzten Jahr erstmals auf über 10 Millionen gestiegen. Zudem ist jeder zweite Ratenkredit inzwischen ein Kleinkredit von unter 1.000 Euro. Dabei sind die verfügbaren Einkommen 2023 (+ 6,2 Prozent) und 2024 (+ 4,0 Prozent) stärker gestiegen als im laufenden Jahr (Hochrechnung für 2025: + 1,2 Prozent). 2025 liegt der Anstieg der privaten Konsumausgaben (+ 3,0 Prozent) erstmals seit 2022 wieder über der Zunahme der Verfügbaren Einkommen (+ 1,3 Prozent).

Sparquote (2025: 11,5 Prozent; + 0,3 Punkte) und Sparguthaben (2025: 301 Milliarden Euro; + 3,9 Prozent) legen im Vergleich zu 2024 nur unterdurchschnittlich zu. Der Indikator „Sparverhalten“ in Form von Sparquote und Sparvolumen sowie der Indikator „Anschaffungsneigung“ der deutschen Verbraucher als wichtige Orientierungsgeber zur Entwicklungsbewertung von Ausgabenvorsicht und zugleich Überschuldungsbetroffenheit zeigen sich derzeit uneinheitlich. Zwar wird das Konsumklima als Querschnittswert bereits seit 2020, also seit Beginn der Corona-Pandemie, durchgehend negativ bewertet (ebenso wie der Teilwert Anschaffungsneigung seit 2022). Die Teilindikatoren Konjunktur- und Einkommenserwartung zeigen sich hingegen seit fast zwei Jahren wieder entspannter und positiver, auch wenn die gemessenen Sparquoten der deutschen Verbraucher hoch und im internationalen Vergleich überdurchschnittlich bleiben. Im letzten Jahr wurde das fast irrational hohe Sparverhalten in Deutschland mit dem ironischen Begriff „Sparschland“ (Zeit-Online, 24.10.2024) betitelt. 2025 gehen die Medien mit der Überschrift „Knauserland – Sogar auf Sylt wird jetzt gespart“ noch weiter (Spiegel-Online, 30.08.2025). So sind derzeit auch finanziell besser aufgestellte Personengruppen („Lifestyle-Überschuldete“) vom zunehmenden Überschuldungsrisiko nicht ausgenommen. Die Breite des Anstiegs der Überschuldungszahlen über alle Typen hinweg ist ein weiterer Hinweis auf die sich vollziehende Trendwende in der Überschuldungsentwicklung.

Bereits im letzten Jahr zeigten die Analysen zur microm ÜberschuldungsTypologie, dass die Überschuldungsbetroffenheit einzelner Personengruppen (wieder resp. weiter) zugenommen hatte. 2024 wurden „nur“ drei Überschuldungstypen identifiziert, die gegen den Trend merkliche Anstiege der Überschuldungszahlen zeigten (Dauerüberschuldete, Konsum-Überschuldete und Überschuldungspragmatiker). In diesem Jahr zeigen sieben von acht Überschuldungstypen Anstiege der Überschuldungsfälle auf (Ausnahme: die „Überschuldungsausblender“). Die aktuellen Daten spiegeln auch die Folgen verstärkter Konsumorientierung – besonders bei den „Lifestyle-Überschuldeten“, den „Konsum-Überschuldeten“ – sowie von Ersatz- und Nachholkonsum bei „Überschuldungspragmatikern“ und „Überschuldungsvermeidern“. Dabei stammen besonders „Lifestyle-Überschuldete“ und „Überschuldungspragmatiker“ aus oberen sozialen Schichten und verfügen in der Regel über eine überdurchschnittliche Kaufkraft. Bei den anderen Typen führen insbesondere die hohen und weiter steigenden Kosten für Lebenshaltung, Energie und Wohnen sowie die schleichende Zunahme von Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit zu Zahlungsstörungen. Die Arbeitslosenzahlen sind bis September 2025 erneut um fast 7 Prozent (+ 177.000) und die Zahl Langzeitarbeitsloser um über 6 Prozent (+ 61.000) merklich gestiegen. Im August 2025 wurde bei den Arbeitslosen erstmals seit Februar 2015 die Drei-Millionen-Grenze überschritten.

**Konsumorientierung  
zwischen Nachhol- und  
Ersatzkonsum**

Auch andere Überschuldungsindikatoren stehen weiterhin auf „Rot“. So wies die Schufa bereits für das Jahr 2024 erstmals mehr als 10 Millionen neu aufgenommene Ratenkredite aus (2020: 6,7 Millionen). Demnach setzte sich auch der „Boom der Kleinkredite“ fort. Jeder zweite Ratenkredit ist inzwischen ein Kleinkredit unter 1.000 Euro. Seit 2019 ist der Anteil von Kleinkrediten an neu abgeschlossenen Ratenkreditverträgen um fast 30 Prozentpunkte gestiegen: 2020 waren nur rund 20 Prozent der neu abgeschlossenen Ratenkredite ein Kleinkredit, 2024 liegt der Anteil bei knapp 50 Prozent.<sup>5</sup> Laut Bankenfachverband stieg das Kreditneugeschäft zur Konsumfinanzierung im 1. Halbjahr 2025 verhaltener als im Vorjahr (1. Halbjahr 2025: + 4,2 Prozent; 30,0 Milliarden Euro; 2024: + 8,1 Prozent; 57,0 Milliarden Euro), aber stärker als bei der Investitionsfinanzierung. Besonders stark wuchs das Geschäft mit Internet-Krediten, das ein Plus von 17,5 Prozent auf 9,6 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahreshalbjahr erzielt (2024: + 15,7 Prozent; 16,2 Milliarden Euro).

**10 Millionen neue  
Ratenkredite und ein  
„Boom der Kleinkredite“**

### **BNPL: Schuldenfalle und Einstieg in die Kaufsucht**

Ein Großteil des Anstiegs von Online-Krediten ist auf die wachsende Nachfrage nach „Buy now, pay later“-Angeboten (BNPL)<sup>6</sup> und entsprechende Angebote durch Zahlungsdienstleister im Online-Handel zurückzuführen. Diese richten sich vor allem an jüngere, internetaffine und besonders konsumoffene Zielgruppen. Auch in der Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes bilden Ratenkredite den größten Einzelposten in einer Aufstellung der mittleren Schuldenhöhe nach Gläubiger- bzw. Schuldnerarten. Fast 10.000 Euro betrug demnach 2024 die Schuldensumme aus Ratenkrediten und wies nach der Gläubiger-/Schuldnerart „Finanzamt“ (1.830 Euro; + 13,7 Prozent) den zweithöchsten Anstieg auf (2024: 9.960 Euro; + 11,1 Prozent). Der Anteil der Ratenkredite war zwischen 2019 und 2024 kontinuierlich um rund 2.280 Euro gestiegen (+ 30,8 Prozent).<sup>7</sup>

### **„Negative Nebenwirkungen“: Ein Drittel der Nutzer verpasst die Bezahlfrist und muss Mahngebühren zahlen**

Die Nutzung von „Buy now, pay later“-Angeboten zeigt mittlerweile deutliche negative „Nebenwirkungen“. So hat nach Angaben einer Verbraucherumfrage der Schufa von April 2025 mehr als jeder dritte BNPL-Nutzer in Deutschland (36 Prozent) in den vergangenen Monaten eine Bezahlfrist bei seinen BNPL-Einkäufen verpasst und musste eine Mahngebühr bezahlen. Im Herbst 2024 lag dieser Anteil bei nur 22 Prozent. Besonders häufig betroffen sind jüngere Menschen: Bei den 18- bis 25-Jährigen (48 Prozent) und den 26- bis 39-Jährigen (47 Prozent) lag der Anteil der Befragten mit Zahlungsverzug bei BNPL-Käufen deutlich höher als bei den älteren Befragten (40 bis 55 Jahre: 37 Prozent; 56 Jahre und älter: 18 Prozent). Dabei sind Männer (42 Prozent) häufiger in Zahlungsverzug geraten als Frauen (30 Prozent).<sup>8</sup> Bereits 2023 bestätigte die Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes den Basistrend: Online-Shopping kann zu nachhaltigen Zahlungsstörungen führen.<sup>9</sup> Änderung soll eine neue EU-Verbraucherkreditrichtlinie mit einer Kreditwürdigkeitsprüfung für Klein- und Kurzzeitkredite bis 200 Euro bringen, die ab dem 20. November 2026 angewendet werden soll.<sup>10</sup>

### **„Erkrankung, Sucht, Unfall“ weiterhin Hauptauslöser Nr. 1 vor Arbeitslosigkeit**

Das oft mit der Nutzung von Ratenkrediten verbundene Konsumverhalten von Verbrauchern und Überschuldeten zeigt sich auch in der Analyse der Hauptauslöser für Überschuldungsprozesse des Statistischen Bundesamtes. Alle sechs Indikatoren weisen 2025 Bedeutungszuwächse auf. Am deutlichsten nehmen erneut die Indikatoren „längerfristiges Niedrigeinkommen“ (0,67 Millionen; + 64.900 Fälle; + 11 Prozent), „Erkrankung, Sucht, Unfall“ (1,08 Millionen Fälle;

+ 70.800 Fälle; + 7 Prozent) sowie „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ (808.000 Fälle; + 46.800 Fälle; + 6 Prozent) zu. Der letztgenannte Auslöser wird dabei meist synonym mit dem Begriff „irrationales Konsumverhalten“ verwendet. Der Auslöser „Erkrankung, Sucht, Unfall“ wird auch im iff-Überschuldungsreport 2025 zum zweiten Mal in Folge als Hauptauslöser für die Überschuldung genannt. Erkrankungen können zum Teil auf die Corona-Pandemie und den steigenden Druck in der Arbeitswelt zurückgeführt werden.

**Tab. 2.: Die Veränderung der Hauptüberschuldungsauslöser („Big Six“) 2008 / 2025 und eine Projektion**

| Hauptüberschuldungsgrund           | Abweichungen |           | Projektion:<br>Überschuldungsfälle 2025 |
|------------------------------------|--------------|-----------|-----------------------------------------|
|                                    | 2024 / 25    | 2008 / 25 |                                         |
| Arbeitslosigkeit                   | + 3%         | - 49%     | 0,99 Mio.                               |
| Trennung, Scheidung, Tod           | + 2%         | - 31%     | 0,65 Mio.                               |
| Erkrankung, Sucht, Unfall          | + 7%         | + 46%     | 1,08 Mio.                               |
| Unwirtschaftliche Haushaltsführung | + 6%         | + 25%     | 0,81 Mio.                               |
| Gescheiterte Selbstständigkeit     | + 2%         | - 28%     | 0,46 Mio.                               |
| Längerfristiges Niedrigeinkommen   | + 11%        | + 191%    | 0,67 Mio. (2015 bis 2025)               |
| Sonstige                           | - 11%        | - 48%     | 1,01 Mio.                               |
| Gesamt                             | + 2%         | - 18%     | 5,67 Mio.                               |

Die Gesamttabelle ist in Kapitel 7.3. zu finden: Tabelle 15.

Auch alle anderen Auslöser zeigen im Jahresverlauf Anstiege der Überschuldungsfälle. In der Langzeitperspektive legen die drei erstgenannten Auslöser deutlich zu. Der Auslöser „längerfristiges Niedrigeinkommen“ (2015 / 2025: + 191 Prozent; + 437.000 Fälle) legt am deutlichsten zu, gefolgt von den Auslösern „Erkrankung, Sucht, Unfall“ (2008 / 2025: + 46 Prozent; + 399.000 Fälle) und „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ (2008 / 2025: + 25 Prozent; + 161.000 Fälle). In der vergleichsweise deutlichen Zunahme des ökonomischen Auslösers „Arbeitslosigkeit“ (2024 / 2025: + 25.500 Fälle; + 3 Prozent) zeigt sich, dass die „stabilen Zeiten“ am Arbeitsmarkt möglicherweise vorbei sind, wie auch die Daten der Bundesagentur für Arbeit zeigen.<sup>11</sup>

**Die Auslöser „längerfristiges Niedrigeinkommen“, „Krankheit, Sucht, Unfall“ sowie „irrationales Konsumverhalten“ nehmen weiter zu**

## 1.2 Die Zahl überschuldeter Männer steigt stärker als die der Frauen – nach Alter steigen sie besonders deutlich „an den Rändern“

**Die Zahl überschuldeter Männer legt 2025 stärker zu als die der Frauen**

**Überschuldungsquoten 2025**  
Männer: 10,20 Prozent  
Frauen: 6,21 Prozent

Auch die Analyse nach Geschlecht spiegelt den aktuellen Negativtrend. Die Statistik weist bei den Männern rund 79.000 neue Überschuldungsfälle (+ 2,3 Prozent) aus, bei den Frauen ist die Zahl um rund 32.000 Fälle (+ 1,5 Prozent) gestiegen. Die Zunahme fällt bei Männern erstmals seit 2011 deutlicher und stärker aus als bei den Frauen. Bei beiden Geschlechtern legen sowohl die harten als auch die weichen Überschuldungsfälle zu, wenn auch bei den Männern absolut stärker als bei den Frauen. Der Anstieg der harten Überschuldung liegt bei den Männern bei rund 24.000 Fällen (+ 1,2 Prozent), bei den Frauen mit knapp 16.000 Fällen anteilig etwas darüber (+ 1,4 Prozent). Die Zunahme der weichen Überschuldung ist bei den Männern (+ 55.000 Fälle; + 2,3 Prozent) wiederum merklich stärker ausgeprägt als bei den Frauen (+ 16.000 Fälle; + 1,6 Prozent). Die Überschuldungsquote bei Frauen steigt 2025 von 6,17 auf 6,21 Prozent (+ 0,04 Punkte) und damit weniger stark als die der Männer (10,20 Prozent; + 0,11 Punkte). Derzeit sind wieder rund 3,47 Millionen überschuldete Personen männlichen und 2,20 Millionen Personen weiblichen Geschlechts.

**Tab. 3.: Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2021 bis 2025**

| Jahr           | Überschuldete Personen |             |             | Überschuldungsquoten |        |        |
|----------------|------------------------|-------------|-------------|----------------------|--------|--------|
|                | Gesamt                 | Männer      | Frauen      | Gesamt               | Männer | Frauen |
| 2021           | 6,16 Mio.              | 3,76 Mio.   | 2,40 Mio.   | 9,87%                | 12,27% | 7,58%  |
| 2022           | 5,88 Mio.              | 3,59 Mio.   | 2,30 Mio.   | 8,48%                | 10,56% | 6,48%  |
| 2023           | 5,65 Mio.              | 3,43 Mio.   | 2,22 Mio.   | 8,15%                | 10,10% | 6,27%  |
| 2024           | 5,56 Mio.              | 3,39 Mio.   | 2,17 Mio.   | 8,09%                | 10,09% | 6,17%  |
| 2025           | 5,67 Mio.              | 3,47 Mio.   | 2,20 Mio.   | 8,16%                | 10,20% | 6,21%  |
| Abw. 2024 / 25 | + 0,11 Mio.            | + 0,08 Mio. | + 0,03 Mio. | + 0,07               | + 0,11 | + 0,04 |
| Abw. 2004 / 25 | - 0,87 Mio.            | - 0,98 Mio. | + 0,11 Mio. | - 1,58               | - 3,35 | + 0,11 |

Weitere Tabellen sind in Kapitel 7.3 zu finden: Tabellen 16 / 17.

**Männer weisen fast traditionell eine höhere Überschuldungsbetroffenheit auf**

Männer stellen weiterhin die meisten Überschuldungsfälle und weisen eine meist höhere Überschuldungsbetroffenheit auf. Ihre Zahl ist allerdings seit 2018 kontinuierlich gesunken, während der Anteil weiblicher Überschuldeter erst seit 2020 auf ähnlichem Niveau abgenommen hat. Beide Geschlechter zeigen erstmals seit 2017

gleichzeitige Anstiege der harten wie auch weichen Überschuldungsfälle. Bei den Frauen nimmt 2025 die Zahl harter, bei den Männern die Zahl weicher Überschuldungsfälle stärker zu. Alleinerziehende Frauen sind weiterhin überdurchschnittlich häufig von Überschuldung betroffen, da sie im Familienleben eine Doppelbelastung „aushalten“ müssen. Die Zahl überschuldeter Frauen hat seit 2004 um rund 113.000 Fälle zugenommen, die Quote ist um 0,12 Punkte auf 6,21 Prozent gestiegen. Die Zahl überschuldeter Männer hat im selben Zeitraum um knapp eine Million Fälle abgenommen (- 980.000 Fälle), die Quote ist von 13,55 Prozent um 3,35 Punkte auf 10,20 Prozent gesunken. Frauen sind zudem laut Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes durch weitaus geringere Schuldensummen belastet als Männer. In diesem Jahr fällt der Anstieg der Schuldensumme bei Frauen (+ 580 Euro; + 2,1 Prozent) deutlicher aus als bei den Männern (+ 510 Euro; + 1,4 Prozent), da die höhere Zahl weicher Fälle bei den Männern offensichtlich geringer zu Buche schlägt.<sup>12</sup>

**Schuldensummen  
steigen bei Frauen 2025  
stärker an als bei  
Männern**

Die merklich negative Überschuldungsentwicklung zeigt sich auch nach Alter. In diesem Jahr weisen alle Altersgruppen Anstiege der Überschuldungsfälle auf – bis auf die Gruppe der 50- bis 59-Jährigen, in der ein vergleichsweise geringer Rückgang zu zählen ist. Dabei nimmt die Zahl überschuldeter junger (bis unter 30 Jahre) und älterer Personen (über 60 Jahre) überdurchschnittlich stark zu, was sich zudem aus einem stärkeren Zuwachs von (harten) Fällen mit juristischer Dimension speist. Bei jungen Personen steigt die Überschuldung seit 2013 bereits zum dritten Mal, bei den älteren Personen zum zweiten Mal in Folge.

**Fast alle Altersgruppen  
zeigen Anstiege von  
Überschuldungsquoten  
und Überschuldungs-  
fällen**

**Tab. 4.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2021 bis 2025**

| Jahr           | unter 30 | 30 – 39 | 40 – 49 | 50 – 59 | 60 – 69 | ab 70  | Gesamt |
|----------------|----------|---------|---------|---------|---------|--------|--------|
| 2021           | 6,98%    | 15,13%  | 12,72%  | 9,30%   | 7,32%   | 3,17%  | 8,86%  |
| 2022           | 6,65%    | 14,12%  | 12,52%  | 8,89%   | 7,06%   | 3,07%  | 8,48%  |
| 2023           | 6,73%    | 13,72%  | 12,17%  | 8,25%   | 6,59%   | 2,96%  | 8,15%  |
| 2024           | 6,76%    | 13,29%  | 12,17%  | 8,24%   | 6,54%   | 2,99%  | 8,09%  |
| 2025           | 6,95%    | 13,39%  | 12,12%  | 8,36%   | 6,50%   | 3,12%  | 8,16%  |
| Abw. 2024 / 25 | + 0,19   | + 0,10  | - 0,05  | + 0,12  | - 0,04  | + 0,13 | + 0,07 |
| Abw. 2013 / 25 | - 8,75   | - 4,74  | + 0,53  | - 0,24  | + 1,81  | + 2,22 | - 1,65 |

Weitere Tabellen sind in Kapitel 7.3. zu finden: Tabellen 18 / 19.

Die Überschuldungsquote der jüngsten Personengruppe (unter 30 Jahre) ist zum dritten Mal in Folge angestiegen und weist 2025 den stärksten Anstieg nach Alter auf. Die Zahl junger überschuldeter

**Altersgruppe  
18 bis 29 Jahre:  
0,76 Millionen  
(+ 19.000 Fälle)**

Personen nimmt merklich zu (0,76 Millionen; + 19.000 Fälle; + 2,6 Prozent). Die Quote steigt auf 6,95 Prozent (+ 0,19 Punkte). Dabei hat die Zahl der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität stärker zugenommen (+ 12.000 Fälle; + 2,8 Prozent) als die Fälle mit geringer Überschuldungsintensität (+ 7.000 Fälle; + 2,2 Prozent). Auch diese Daten zeigen die Folgewirkungen der „Buy now, pay later“-Angebote durch Zahlungsdienstleister im Online-Handel. Diese zielen vor allem auf jüngere, besonders internet- und konsumaffine Zielgruppen. Nicht wenige junge Menschen sind offensichtlich in die harte Überschuldungsspirale „gerutscht“. Oft wird die Bezahlfrist übersehen, die Betroffenen erhalten dann Zahlungserinnerungen und Mahngebühren. Davon sind mehr junge Männer als junge Frauen betroffen (s. Seite 18). Zudem liegt die Wohnkostenbelastung bei Studierenden und Auszubildenden deutlich über dem Durchschnitt.<sup>13</sup>

**Altersgruppe  
30 bis 39 Jahre:  
1,46 Millionen  
(+ 23.000 Fälle)**

Auch 2025 weist die besonders wirtschaftsaktive Gruppe der 30- bis 39-Jährigen die höchste Überschuldungsquote auf (1,46 Millionen; + 23.000 Fälle). Sie steigt erstmals wieder seit 2016 um rund 0,10 Punkte auf 13,39 Prozent. Der Anstieg bildet den drittstärksten aller Altersgruppen. Dabei gehen die Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (- 1.000 Fälle; - 0,1 Prozent) minimal zurück, während Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen deutlich zulegen (+ 24.000 Fälle; + 3,5 Prozent). Auch in dieser Altersgruppe zeigen sich Folgewirkungen der Nutzung von BNPL-Angeboten. Weiterhin weist mehr als jeder vierte 30- bis 39-jährige Verbraucher (25,8 Prozent; - 0,1 Punkte) zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Meist prägen Familiengründung, Hausbau und berufliche Positionierung diesen Altersabschnitt.

**Altersgruppe  
40 bis 49 Jahre:  
1,24 Millionen  
(+ 29.000 Fälle)**

Die Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen zeigt in diesem Jahr den stärksten absoluten Anstieg an Überschuldungsfällen (1,24 Millionen; + 29.000 Fälle; + 2,3 Prozent), der zu gleichen Teilen auf Anstiege von harten und weichen Negativmerkmalen zurückzuführen ist. Die Überschuldungsquote sinkt allerdings auf 12,12 Prozent (- 0,05 Punkte), da die entsprechende Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen hat (+ 281.000 Personen; + 2,8 Prozent). Die Zahl der Fälle mit juristischer Dimension (+ 14.000 Fälle; + 1,9 Prozent) steigt anteilig weniger stark als die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen (+ 14.000 Fälle; + 2,9 Prozent). Ein zweimaliger Anstieg in Folge der harten Überschuldungsfälle in dieser Altersgruppe erfolgt erstmals seit 2013.

Die Gruppe der 50- und 59-Jährigen zeigt 2025 als einzige Altersgruppe einen, wenn auch nur geringen, Rückgang an Überschuldungsfällen (1,03 Millionen; - 7.000 Fälle; - 0,7 Prozent). Dabei geht die Zahl harter Überschuldungsfälle (- 9.000 Fälle; - 1,5 Prozent) zurück, die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen (+ 2.000 Fälle; + 0,5 Prozent) steigt leicht an. Die Überschuldungsquote nimmt dennoch von 8,24 auf 8,36 Prozent zu (+ 0,12 Punkte), da sich die entsprechende Bevölkerungszahl im Vergleich zu den Vorjahren erneut merklich verkleinert hat (- 2,1 Prozent; Vorjahr: - 3,9 Prozent). Die Altersgruppe umfasst einen Teil der so genannten Babyboomer (Jahrgänge 1955 bis 1969), die in den nächsten Jahren teilweise in den (Vor-)Ruhestand gehen werden.<sup>14</sup>

**Altersgruppe  
50 bis 59 Jahre:  
1,03 Millionen  
(- 7.000 Fälle)**

Die 60- bis 69-Jährigen weisen zum vierten Mal in Folge einen Rückgang der Überschuldungsquote auf, obwohl sie 2025 den zweitstärksten Zuwachs der Überschuldungsfälle aufweisen (+ 24.000 Fälle; + 3,4 Prozent). Der Grund: Die zugrunde liegende altersspezifische Bevölkerungszahl nimmt nochmals stärker zu als die Zahl der Überschuldeten (+ 453.000 Personen; + 4,1 Prozent). Weiterhin sind rund 0,75 Millionen Überschuldungsfälle in dieser Altersgruppe zu finden. Die entsprechende Überschuldungsquote sinkt von 6,54 auf 6,50 Prozent (- 0,04 Punkte). Dabei nimmt die Zahl harter Überschuldungsfälle (+ 11.000 Fälle; + 2,8 Prozent) prozentual weniger stark zu als die der weichen Überschuldungsfälle (+ 13.000 Fälle; + 4,1 Prozent). Auch hier zeigt sich: Viele Babyboomer haben das gesetzliche Renteneintrittsalter bereits erreicht. Spätestens 2036 werden sie vollständig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sein.

**Altersgruppe  
60 bis 69 Jahre:  
0,75 Millionen  
(+ 24.000 Fälle)**

Einen ähnlichen Basistrend zeigt auch die älteste Überschuldungsgruppe, allerdings zeigt diese den prozentual stärksten Anstieg an Überschuldungsfällen. Die Zahl überschuldeter Personen ab 70 Jahren nimmt um rund 23.000 Fälle zu (+ 5,7 Prozent). Die spezifische Überschuldungsquote steigt um 0,13 Punkte auf 3,12 Prozent, verbleibt aber weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten aller anderen Altersgruppen. Auffällig: Der deutliche Anstieg basiert auf einer etwa gleich starken Zunahme der harten (+ 11.000 Fälle; + 6,0 Prozent) und der weichen Überschuldungsfälle (+ 12.000 Fälle; + 5,5 Prozent). Derzeit müssen über 420.000 Menschen ab 70 Jahren als überschuldet eingestuft werden. Der Anstieg der Überschuldungsfälle in dieser Altersgruppe bleibt im Langzeitvergleich 2013 / 2025 mit einem Plus von rund 280 Prozent hoch. Nur 2020 wurden mehr

**Altersgruppe ab 70 Jahre:  
0,42 Millionen Fälle  
(+ 23.000 Fälle) – leicht  
stärkere Zunahme  
harter Überschuldungs-  
fälle**

überschuldete ältere Menschen gezählt als in diesem Jahr. Die aktuelle Entwicklung ist trotz zwischenzeitlichen Rückgängen in den Vorjahren besorgniserregend und weiterhin aufmerksam zu beobachten, auch unter dem Aspekt der Altersarmut<sup>15</sup>. Dies auch deshalb, weil sich die Gesamtzahl aller überschuldeten Personen im gleichen Zeitraum um rund 14 Prozent verringert hat. Nur die nächst jüngere Altersgruppe (60 bis 69 Jahre: + 328.000 Fälle) weist im Vergleich zu 2013 einen höheren (absoluten) Anstieg an Überschuldungsfällen auf als die über 70-Jährigen (+ 310.000 Fälle).

**Der Anteil der über 60-jährigen Überschuldeten liegt bei über 20 Prozent – Tendenz weiter zunehmend**

Der Gesamttrend bleibt bedenklich, auch wenn die letzten Jahre von deutlichen Rückgängen bei Überschuldungsfällen und -quote gekennzeichnet waren. Im Langzeitvergleich 2004 / 2025 zeigt die Gruppe der 18- bis 59-Jährigen einen drastischen Rückgang der Überschuldungsfälle (- 1,49 Millionen Fälle), während die über 60-Jährigen im gleichen Zeitraum rund 620.000 neue überschuldete Personen aufweisen. Jüngere Personen (18 bis 59 Jahre) stellen immer noch die große Mehrheit der Überschuldungsfälle (79,4 Prozent; - 0,4 Punkte; 2004: 91,6 Prozent) – ihr Anteil geht aber weiter zurück. Der Anteil der über 60-jährigen Überschuldeten liegt derzeit bei 20,6 Prozent und nimmt zu (+ 0,4 Punkte; 2004: 8,4 Prozent).

**Die Überschuldungszahlen steigen besonders deutlich „an den Rändern“**

Die Überschuldungszahlen steigen besonders deutlich „an den Rändern“ und sind ein Grund zur Sorge. Bei beiden Gruppen gehen Einkommensarmut und mangelnde finanzielle Bildung oft Hand in Hand. Die Überschuldung jüngerer Menschen hat in der Regel noch nicht die Intensität, und das Schuldenvolumen noch nicht das Niveau älterer Personengruppen erreicht.<sup>16</sup> Allerdings sind offensichtlich wieder mehr jüngere Personen, insbesondere angesichts vielfältiger BNPL-Angebote, in eine Überschuldungsspirale geraten – oder es gelingt jüngeren Überschuldeten derzeit weniger schnell, dieser zu entkommen. Viele ältere Personen wollen bzw. müssen einer Erwerbstätigkeit im Rentenalter nachgehen. Sie arbeiten häufig zusätzlich im Rahmen atypischer resp. geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, um fehlende Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes zu beschaffen. So muss nach Angaben des Statistischen Bundesamtes jeder fünfte Rentner oder Pensionär in Deutschland mit höchstens 1.400 Euro netto im Monat auskommen. Das mittlere Einkommen von Personen im Ruhestand ab 65 Jahren lag demnach zuletzt bei 1.990 Euro netto monatlich. Damit steht älteren Menschen deutlich weniger zur Verfügung als der Gesamtbevölkerung, die ein mittleres Einkommen von rund 2.300 Euro aufweist. Zum

**Jeder fünfte Rentner oder Pensionär in Deutschland muss mit höchstens 1.400 Euro netto im Monat auskommen**

Vergleich: Die einkommensstärksten 20 Prozent der zuletzt 16,3 Millionen Rentner und Pensionäre verfügten über mehr als 2.870 Euro im Monat. Zugleich ist eine wachsende Zahl von Rentnern auf staatliche Unterstützung angewiesen. Ende 2024 erhielten knapp 739.000 Menschen Grundsicherung im Alter. Das waren etwa 7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor und 31 Prozent mehr als Ende 2020.<sup>17</sup>

**Tab. 5.: Das Schuldenvolumen in Deutschland 2020 bis 2025 laut Statistischem Bundesamt, Hochrechnung auf der Basis von Realwerten**

| Jahr | Schuldenvolumen nach Werten laut Statistischem Bundesamt |                                       |
|------|----------------------------------------------------------|---------------------------------------|
|      | Mittlere individuelle Schuldenhöhe                       | Volkswirtschaftliches Schuldenvolumen |
| 2020 | 29.500 €                                                 | 202 Mrd. €                            |
| 2021 | 31.100 €                                                 | 191 Mrd. €                            |
| 2022 | 30.900 €                                                 | 182 Mrd. €                            |
| 2023 | 31.600 €                                                 | 178 Mrd. €                            |
| 2024 | 33.000 €                                                 | 183 Mrd. €                            |
| 2025 | 33.500 €                                                 | 190 Mrd. €                            |

Die Spannweite der Schuldenvolumina nach überschlägigen Hochrechnungen für das Jahr 2025 reicht von rund 52.000 Euro je erfasstem Überschuldungsfall bei den über 70-Jährigen (+ 850 Euro zu 2024) bis zu rund 9.000 Euro bei den unter 25-Jährigen (+ 330 Euro).<sup>18</sup> Die durchschnittliche Höhe liegt 2025 mit voraussichtlich rund 33.500 Euro je erfasstem Überschuldungsfall höher als im Vorjahr (+ 520 Euro; + 2 Prozent). Der entsprechende Wert hat sich im Langzeitvergleich seit 2006 von rund 36.900 Euro um rund 3.400 Euro (- 9 Prozent) in allen Altersgruppen deutlich verringert.<sup>19</sup> Nur die älteste Personengruppe weist im Langzeitvergleich einen deutlichen Anstieg der Schuldensumme auf (+ 10.940 Euro; + 27 Prozent). Eine Folge: Das Gesamtschuldenvolumen für ganz Deutschland ist nach einem „Tiefpunkt“ 2023 wieder gestiegen. 2025 liegt das erwartbare Gesamtschuldenvolumen nach überschlägigen Hochrechnungen bei etwa 190 Milliarden Euro (+ 3,6 Prozent). Seit 2006 (265 Milliarden Euro) hat sich das Schuldenvolumen um rund 28 Prozent verringert.<sup>20</sup>

**Die durchschnittliche Schuldensumme steigt auf rund 33.500 Euro (+ 2 Prozent)**

### 1.3 Harte und weiche Überschuldung steigen erstmals seit 2017 zugleich – weiche Überschuldungsfälle steigen fast doppelt so stark wie die harten Fälle

**Harte und weiche Überschuldung steigen erstmals seit 2017 gleichzeitig – allerdings ungleich stark**

Die aktuellen Daten zur Überschuldungsintensität zeigen erstmals seit 2017 einen synchronen Doppeltrend: Harte und weiche Überschuldungsmerkmale steigen gleichzeitig, dabei nimmt die Zahl weicher Überschuldungsfälle etwa doppelt so stark zu wie die der harten Fälle. Die Zahl der Überschuldungsfälle mit juristischen Sachverhalten steigt erstmals seit 2017, nachdem sie seit 2018 durchgehend gesunken war (+ 39.000 Fälle; + 1,2 Prozent). In den letzten sieben Jahren war sie um über eine Million Fälle gesunken, am stärksten in den Jahren der Corona-Pandemie zwischen 2020 und 2023 (2023: - 236.000 Fälle; - 7,0 Prozent; 2022: - 220.000 Fälle; - 6,1 Prozent). Zugleich ist die Zahl mit geringer Überschuldungsintensität in diesem Jahr deutlich angestiegen (+ 72.000 Fälle; + 3,0 Prozent), nachdem sie ebenfalls 2020 / 2022 coronabedingt um über eine halbe Million Fälle gesunken war. Alleine 2021 hatte der Rückgang der weichen Überschuldungsfälle rund 470.000 Fälle betragen (- 15,5 Prozent). Zuletzt hatte die weiche Überschuldung, wenn auch nur leicht, 2023 zugenommen (+ 3.000 Fälle; + 0,1 Prozent).<sup>21</sup>

**Tab. 6.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2020 bis 2025**

| Basiswerte       | Hohe Überschuldungsintensität |                  | Geringe Überschuldungsintensität |                  |
|------------------|-------------------------------|------------------|----------------------------------|------------------|
|                  | Anzahl                        | Abw. zum Vorjahr | Anzahl                           | Abw. zum Vorjahr |
| 2021             | 3,60 Mio.                     | - 225.000        | 2,56 Mio.                        | - 470.000        |
| 2022             | 3,38 Mio.                     | - 220.000        | 2,51 Mio.                        | - 54.000         |
| 2023             | 3,14 Mio.                     | - 236.000        | 2,51 Mio.                        | + 3.000          |
| 2024             | 3,13 Mio.                     | - 12.000         | 2,43 Mio.                        | - 82.000         |
| 2025             | 3,17 Mio.                     | + 39.000         | 2,50 Mio.                        | + 72.000         |
| Abw. 2006 / 2025 | - 6,8%                        | - 231.000        | - 34,0%                          | - 1.288.000      |

Weitere Tabellen sind in Kapitel 7.3 zu finden: Tabellen 20 / 21.

**111.000 weitere Verbraucher geraten in eine Überschuldungsspirale**

In diesem Jahr „rutschen“ rund 111.000 Verbraucher entweder in eine oft dauerhafte Überschuldungsspirale oder schafften es nicht, den Weg in eine Überschuldungskrise zu vermeiden. Trotz aktuellem Anstieg ist die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland zwischen 2019, dem letzten Vor-Corona-Jahr, und 2025 um 1,25 Millionen Fälle gesunken (- 18,1 Prozent). Davon weisen rund 841.000 Fälle harte Negativmerkmale (- 21,0 Prozent) und 413.000 Fälle weiche Negativmerkmale auf (- 14,2 Prozent). Der weniger starke Anstieg der „harten Überschuldung“ korrespondiert, zeitversetzt, mit

der seit 2023 beginnenden Zunahme neuer Verbraucherinsolvenzverfahren. Ihre Zahl stieg im 1. Halbjahr 2025 erneut um rund 7 Prozent und liegt bereits wieder deutlich über dem Vor-Corona-Niveau. Dabei zeigen in diesem Jahr insbesondere jüngere (bis 29 Jahre) und ältere Verbraucher (ab 60 Jahre) deutliche Anstiege harter Überschuldungsmerkmale. Derzeit befinden sich somit rund 3,17 Millionen Menschen in Deutschland in einer dauerhaften Überschuldungsspirale. Der Wert liegt weiterhin und zum vierten Mal unter dem Ausgangswert von 2006 (2006 / 2024: - 231.000 Fälle; - 6,8 Prozent). Auf dem Höchststand im Jahr 2017 waren noch über 4,22 Millionen Personen „hart überschuldet“. Mittlerweile zeigen wieder rund 2,50 Millionen Verbraucher nachhaltige Zahlungsstörungen, die in vielen Fällen als Vorstufe zur harten Überschuldung auftreten. Dies sind rund 1,29 Millionen Fälle weniger als noch im Jahr 2006 (- 34 Prozent).

**3,17 Millionen Menschen in Deutschland befinden sich in einer dauerhaften Überschuldungsspirale**

**2,50 Millionen Verbraucher weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf**

Zudem gilt weiterhin, dass die Corona-Krise zu einem qualifizierten Rückgang der (strukturellen) harten Überschuldung in Deutschland geführt hat. Eine Analyse des ifo-Instituts München belegt diese Einschätzung, da das Kernergebnis der Studie mit den Basistrends der Überschuldungsentwicklung der letzten vier Jahre korrespondiert: „Die Verbraucher haben die Multikrise dank starker nominaler Lohnzuwächse mit bemerkenswerter Resilienz gemeistert.“ Nun ist, vereinfacht formuliert, der finanzielle Puffer vieler Menschen dünner geworden. Die Überschuldungszahlen steigen wieder deutlich, da die finanzielle Resilienz der Verbraucher gelitten hat (s. auch Kapitel 1.1). Das Statistische Bundesamt berichtete im September 2025 von 4,2 Millionen Menschen, die bereits 2024 in Haushalten mit Zahlungsrückständen bei Versorgungsbetrieben lebten.<sup>22</sup>

**Bis Ende 2023 haben die Verbraucher die Multikrise „mit bemerkenswerter Resilienz gemeistert“**

Dabei hatte es schon die andauernde Hochkonjunkturphase (2015 / 2019) vielen hart überschuldeten Verbrauchern ermöglicht, spätestens ab 2017 einen Weg aus dem „Schuldenturm“ zu finden bzw. den Weg dahin zu vermeiden. Die von der Politik bereitgestellten Hilfs- und Unterstützungsprogramme hatten die Folgewirkungen der „multiplen Krisenlagen“ abgefedert, die aus Corona-Krise, dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der darauffolgenden Energiepreiskrise resultierten.<sup>23</sup> Der Rückgang der weichen Überschuldung erfolgte hingegen sprunghaft, insbesondere von 2020 auf 2021 (- 470.000 Fälle; - 16 Prozent), und ebte dann ab. Die Verbraucher in Deutschland nutzten insbesondere das erste Jahr der

**„Krisenangst und Angstsparen“ begründen weiterhin Ausgaben-vorsicht und Konsum-zurückhaltung in Teilen der Bevölkerung**

**Privater Konsum steigt stärker, als „ursprünglich erkennbar“ war**

**Gründe für den Anstieg der weichen Überschuldung: Nachholkonsum und Ersatzkonsum**

Corona-Krise, um sich vorhandener Verbindlichkeiten und Schulden, die noch keinen juristischen Status aufwiesen, zu entledigen. Hierzu trug neben den „Lockdowns“, in denen nur begrenzt Konsum möglich war, die krisenbedingte Verunsicherung bei.

Ein Hauptgrund für den starken Rückgang der Überschuldungszahlen war besonders in den Jahren 2020 bis 2023 sozialpsychologisch das Phänomen „Krisenangst“, das zu Höchstständen der Sparquote führte („Angstsparen“). Zusammen hat dies bis heute zum hohen Stand von Ausgabenvorsicht und Konsumzurückhaltung auf Verbraucherseite geführt. Allerdings zeigte sich durch die Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes (2. Quartal 2025), dass sich „der private Konsum in den vergangenen Jahren deutlich stärker entwickelt [hatte] als ursprünglich erkennbar war“. Das Fazit der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2025 lautet: „Privater Konsum legt auf Jahressicht weiter deutlich zu“.<sup>24</sup> Dabei steigen die Sparguthaben 2025 „nur“ um etwa 11 Milliarden Euro (s. auch Kapitel 2.1). Überschuldeten Personen mit höherem sozialem Status (und damit auch Einkommen) gelingt es in der Regel einfacher, sich aus einer Überschuldungsspirale zu befreien. Allerdings zeigt die microm ÜberschuldungsTypologie, dass 2025 die sozioökonomisch gut aufgestellten „Lifestyle-Überschuldeten“ den höchsten Anstieg an Überschuldungsfällen aufweisen (+ 3,7 Prozent).

Der stärkere Anstieg der weichen Überschuldungsfälle ist nicht nur auf eine Zunahme von (aufgestautem) Nachholkonsum, sondern, nach einigen Jahren Kaufzurückhaltung, auf notwendigen Ersatzkonsum zurückzuführen (meist notwendiger Gebrauchsartikel, beispielsweise für die Reparatur oder den Austausch defekter Haushaltsgeräte). Die Folgen spiegeln sich in einem weiteren Anstieg des Hauptüberschuldungsauslösers „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ (auch als „irrationales Konsumverhalten“ bezeichnet; 2025: 808.000 Fälle; + 46.800 Fälle; + 6 Prozent). Zudem stellen alleine die drei konsumaffinen Typen der microm ÜberschuldungsTypologie „Überschuldungspragmatiker – Konsum-Überschuldete – Lifestyle-Überschuldete“ 2025 mindestens rund zwei Drittel (51.000 Fälle) der neu gemeldeten weichen Überschuldungsfälle (72.000 Fälle).

## 1.4 Der Trend ist in Westdeutschland deutlich, in Ostdeutschland nur leicht negativ – erneut deutliche Verschiebungen auf Kreis- und Stadtebene

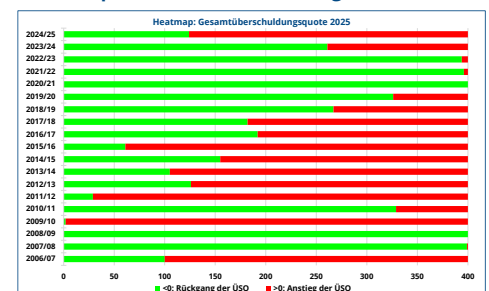
Die Überschuldungsentwicklung zeigt sich 2025 auch auf Ebene der Bundesländer negativ, nachdem sich die Überschuldungsdaten vier Jahre in Folge fast durchgehend verbessert zeigten. Auf Ebene der Überschuldungsquoten zeigen immerhin sechs Bundesländer einen Rückgang (2024: 12), acht Bundesländer verzeichnen einen Anstieg der Gesamtquote (2024: 4). In Niedersachsen und Rheinland-Pfalz stagniert die Quote. Nach Überschuldungsfällen zeigt nur Mecklenburg-Vorpommern einen Rückgang, in Thüringen und Brandenburg bleibt die Zahl der Überschuldungsfälle nahezu konstant. 2025 verzeichnen zudem 276 von 400 Kreisen und kreisfreien Städten einen Anstieg der Überschuldungsquote (69 Prozent). Im letzten Jahr wurden nur in 139 Städten und Landkreisen verschlechterte Überschuldungsquoten gemessen (35 Prozent; - 34 Prozentpunkte). Zum Vergleich: Zwischen 2021 und 2023 stiegen die Überschuldungsquoten in höchstens sechs Räumen an.

Die negative Überschuldungsentwicklung zeigt sich deutlich in der sogenannten Heatmap, die die Entwicklung der harten und weichen Überschuldungsquote auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte auf einen Blick verdeutlicht. Die grünen Balken zeigen die Anteile derjenigen Kreise und kreisfreien Städte, in denen die Überschuldungsquoten gesunken sind. Die roten Balken zeigen die Anteile derjenigen Kreise und kreisfreien Städte, in denen die Überschuldungsquoten gestiegen sind. 2025 hat die Gesamtüberschuldungsquote nur noch in 126 von 400 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland abgenommen – der niedrigste Wert seit dem Jahr 2016. Dabei ist die harte Überschuldungsquote in 209 Kreisen oder kreisfreien Städten gestiegen (Vorjahr: 220). Die weiche Überschuldungsquote (in Form von nachhaltigen Zahlungsstörungen) nimmt mittlerweile in 307 Kreisen oder kreisfreien Städten zu (Vorjahr: 68).

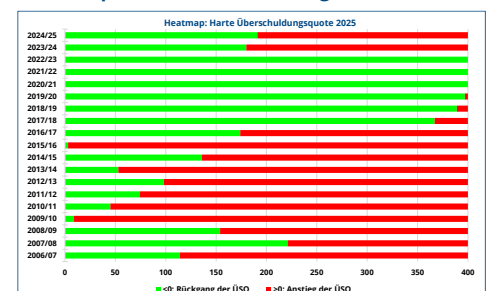
Dabei gilt die Strukturaussage: Alle räumlichen Ordnungstypen weisen 2025 Anstiege der Überschuldungsquoten auf. Die höchsten Anstiege zeigen die zwölf Stadtkreise<sup>25</sup> (Überschuldungsquote: 8,81 Prozent; + 0,09 Punkte) und die 41 Kreise (8,21 Prozent; + 0,13 Punkte). Die 97 kreisfreien Städte weisen eine leicht unterdurchschnittliche Verschlechterung (10,11 Prozent; + 0,07 Punkte) und

**276 von 400 Kreisen und Städten verzeichnen 2025 einen Anstieg der Überschuldungsquote**

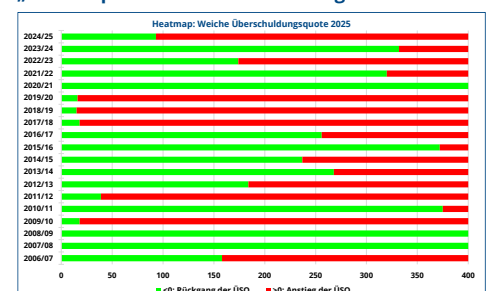
„Heatmap“: Gesamtüberschuldung



„Heatmap“: Harte Überschuldung



„Heatmap“: Weiche Überschuldung



**Positivbeispiel: Stadt Jena verbessert sich auch 2025 gegen den Trend**

traditionell die höchsten Überschuldungsquoten auf. Landkreise (6,92 Prozent; + 0,06 Punkte) weisen die geringsten Überschuldungsquoten und Anstiege auf. In diesem Jahr zeigt sich, dass sich diejenigen Kreise und kreisfreien Städte mit besonders hohen Überschuldungsquoten deutlicher und die mit besonders geringen Überschuldungsquoten weniger stark verschlechtert haben. Auffällig: Die kreisfreie Stadt Jena aus Thüringen hat sich nach dem letztjährigen Einzug in die „Top 10“ mit den niedrigsten Überschuldungsquoten erneut verbessert (4,32 Prozent; - 0,10 Punkte) und „springt“ innerhalb von zwei Jahren von Rang 85 auf Rang 6. Ähnliches gilt für den Landkreis Oberallgäu (von Rang 80 auf Rang 8). Die Zahl der Überschuldeten ist in der Stadt Jena in den letzten rund 20 Jahren von gut 6.100 um rund 2.100 Fälle zurückgegangen (- 33 Prozent).<sup>26</sup>

**Tab. 7.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2021 bis 2025**

| Jahr           | Überschuldete Personen |           |           | Überschuldungsquoten |        |        |           |
|----------------|------------------------|-----------|-----------|----------------------|--------|--------|-----------|
|                | West                   | Ost       | Gesamt    | West                 | Ost    | Gesamt | Spreizung |
| 2021           | 5,17 Mio.              | 0,99 Mio. | 6,16 Mio. | 8,79%                | 9,29%  | 8,86%  | + 0,50    |
| 2022           | 4,94 Mio.              | 0,94 Mio. | 5,88 Mio. | 8,40%                | 8,93%  | 8,48%  | + 0,53    |
| 2023           | 4,75 Mio.              | 0,90 Mio. | 5,65 Mio. | 8,08%                | 8,53%  | 8,15%  | + 0,45    |
| 2024           | 4,69 Mio.              | 0,87 Mio. | 5,56 Mio. | 8,04%                | 8,36%  | 8,09%  | + 0,32    |
| 2025           | 4,79 Mio.              | 0,88 Mio. | 5,67 Mio. | 8,13%                | 8,35%  | 8,16%  | + 0,22    |
| Abw. 2024 / 25 | + 106.000              | + 5.000   | + 111.000 | + 0,09               | - 0,01 | + 0,07 | - 0,10    |
| Abw. 2004 / 25 | - 554.000              | - 316.000 | - 870.000 | - 1,46               | - 2,15 | - 1,58 | - 1,01    |

Westdeutschland, einschließlich Berlin. Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Siehe auch Tabelle 22 in Kapitel 7.3.

**Überschuldungsfälle: Leichte Zunahme in Ost- und deutlicher Anstieg in Westdeutschland**

Dabei steht das Beispiel Jena stellvertretend für die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland. Der Trend ist im Osten erneut positiver als im Westen. Die Zahl der Überschuldungsfälle ist zwar in beiden Teilen von Deutschland angestiegen, in den ostdeutschen allerdings weniger stark als in den westdeutschen Bundesländern. Hier nimmt die Quote erstmals nach sieben Rückgängen zu, in Ostdeutschland sinkt sie bereits zum neunten Mal in Folge. Die Überschuldungsquote sinkt in Ostdeutschland minimal auf 8,35 Prozent (- 0,01 Punkte) – in Westdeutschland steigt sie auf 8,13 Prozent (+ 0,09 Punkte). Beide Quoten bleiben weiter unter der Neun-Prozent-Marke, im Westen zum fünften und im Osten zum vierten Mal, somit weiterhin im hellgrünen Bereich der Überschuldungsampel.

Insgesamt sind derzeit im Osten rund 0,88 Millionen Personen überschuldet – rund 5.000 Überschuldungsfälle mehr als noch 2024

(+ 0,5 Prozent). Im letzten Jahr war die Zahl um rund 27.000 Fälle gesunken (- 3,0 Prozent). Im Westen stieg die Zahl überschuldeter Verbraucher deutlich von 4,69 Millionen um 106.000 Fälle auf rund 4,79 Millionen Fälle (+ 2,3 Prozent). 2024 betrug der Rückgang noch 67.000 Fälle (- 1,4 Prozent). War die Zahl Überschuldeter im Osten zwischen 2014 und 2019 noch vergleichsweise stabil geblieben (summarisch: - 1.000 Fälle; - 0,1 Prozent), sank sie seit 2020 um rund 208.000 Fälle (- 19,2 Prozent). In den westlichen Bundesländern (einschließlich Berlin) war die Zahl Überschuldeter zwischen 2015 und 2019 um rund 205.000 Fälle angestiegen (+ 3,7 Prozent), seit 2020 sinkt sie um rund 1,19 Millionen Fälle (- 17,3 Prozent).<sup>27</sup>

**Trend weiterhin in Ost-deutschland positiver als im Westen**

Die Analyse nach Überschuldungsintensität zeigt, dass sich die Überschuldungsspirale auch 2025 im Osten Deutschlands trotz Anstieg der Überschuldungszahlen langsamer dreht als im Westen. So gehen im Osten die Fälle mit hoher Überschuldungsintensität erneut zurück (- 0,4 Prozent; 2024: - 1,6 Prozent; 2023: - 7,7 Prozent), während ihre Zahl im Westen erneut und überdurchschnittlich zugelegt hat (+ 1,6 Prozent; 2024: - 0,1 Prozent; 2023: - 6,9 Prozent). Fälle mit weichen Negativmerkmalen steigen allerdings in beiden Teilen an, wenn auch im Osten (+ 1,8 Prozent; 2024: - 4,8 Prozent; 2023: - 1,0 Prozent) weniger stark als im Westen (+ 3,2 Prozent; 2024: - 3,0 Prozent; 2023: + 0,3 Prozent). Im Osten sinkt die Zahl harter Fälle um 2.000 Fälle (Vorjahr: - 8.000 Fälle), im Westen steigt sie um 41.000 Fälle (Vorjahr: - 4.000 Fälle). Die Zahl weicher Überschuldungsfälle steigt im Westen um 65.000 Fälle (Vorjahr: - 63.000 Fälle), während sie im Osten nur um 7.000 Fälle zulegt (Vorjahr: - 19.000 Fälle). Der Grundtrend der letzten Jahre bleibt gleich: Die Zahl der Überschuldungsfälle ist im Osten zwischen 2006 und 2025 anteilig stärker gesunken (- 32 Prozent; - 410.000 Fälle) als im Westen (- 19 Prozent; - 1,11 Millionen Fälle). Dabei gilt auch: Die immer noch höhere Überschuldungsquote im Osten basiert auf dem starken Rückgang der Bevölkerung, insbesondere in Form einer „Landflucht“ in den ländlichen Regionen der östlichen Bundesländer.

**Die Überschuldungsspirale dreht sich 2025 im Osten Deutschlands erneut langsamer als im Westen**

Dennoch zeigen auch die Daten der Überschuldungsentwicklung, dass sich Ost und West sozioökonomisch nicht voneinander entfernen, sondern einander annähern. Eine aktuelle Studie belegt, dass das West-Ost-Muster durch ein Stadt-Land-Gefälle abgelöst wurde.<sup>28</sup> Zwar ist auch 35 Jahre nach der Deutschen Einheit eine beträchtliche Ost-West-Lücke bei den Löhnen zu beobachten, aber der

„Die Trennlinie verläuft heute nicht mehr zwischen Ost und West, sondern zwischen Arm und Reich“

Ruhrgebiet: Der Positivtrend der letzten Jahre „kippt“ ins Negative – 2025: plus 19.200 Überschuldungsfälle

Mindestlohn hat den Angleichungsprozess in den letzten zehn Jahren beschleunigt, wie eine Auswertung zum Tag der Deutschen Einheit des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) feststellt.<sup>29</sup> Auch ein Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) von Anfang Oktober 2025 kommt zu dem Schluss: „35 Jahre nach der Deutschen Einheit zeigt sich: Die Ostländer nähern sich zunehmend den finanzschwachen Westländern an. Die Trennlinie verläuft heute nicht mehr zwischen Ost und West, sondern zwischen Arm und Reich.“<sup>30</sup> Dies belegen die Überschuldungsdaten nach Bundesländern und für den Westen Deutschlands, der seit 2008 – fast traditionell – das Schlusslicht der Überschuldungsentwicklung bildet. Das Ruhrgebiet wird als altindustriell geprägt und strukturschwach eingestuft.

Allerdings hat das Ruhrgebiet in den letzten vier Jahren, wie fast die gesamte Bundesrepublik, einen deutlichen Rückgang der Überschuldungsdaten verzeichnet. Die Zahl der Überschuldungsfälle sank zwischen 2020 und 2024 in den elf Städten und vier Kreisen des Ruhrgebiets um insgesamt rund 83.700 überschuldete Personen, die Überschuldungsquote ging von 13,86 Prozent im Jahr 2020 auf 12,06 Prozent im letzten Jahr zurück (- 1,80 Punkte). 2024 hatte sich der Positivtrend im Ruhrgebiet bereits leicht abgeschwächt, um in diesem Jahr wieder deutlich „ins Negative zu kippen“. Die Überschuldungsquote im Ruhrgebiet steigt deutlich stärker als im Bundestrend auf nunmehr wieder 12,44 Prozent (+ 0,38 Punkte). Im Bund nimmt die Überschuldungsquote nur um 0,07 Punkte zu. Die Zahl der Überschuldungsfälle nimmt binnen Jahresfrist um rund 19.200 Fälle auf 529.000 Überschuldungsfälle zu (+ 3,8 Prozent). Allerdings wurde 2019 noch ein Höchstwert von 596.000 Überschuldungsfällen gemessen. Die Städte Duisburg (16,32 Prozent; + 0,55 Punkte), Essen (12,83 Prozent; + 0,22 Punkte) und Dortmund (12,22 Prozent; + 37 Punkte) führen zudem das Überschuldungsranking der Städte mit über 400.000 Einwohnern an, ebenfalls mit überdurchschnittlichen Anstiegen.<sup>31</sup>

Der deutliche Anstieg von Überschuldungsfällen und -quoten zeigt, dass das Ruhrgebiet, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, das „Sorgenkind“ der Überschuldungsentwicklung bleibt. Aber auch das Bundesland Nordrhein-Westfalen selbst zeigt einen deutlichen Anstieg von Überschuldungsfällen und stellt fast rund 40 Prozent aller neuen Überschuldungsfälle (1,46 Millionen Fälle; + 44.000 Fälle). Die

Quote steigt von 9,58 Prozent auf 9,79 Prozent (+ 0,21 Punkte). Die Trendumkehr spiegelt sich zudem in zahlreichen Einzelbeispielen auf Stadt- und Kreisebene. Nicht nur bereits seit Längerem überschuldungsbelastete Städte und Kreise zeigen merkliche Anstiege der Überschuldungsdaten, sondern auch Städte und Kreise, die bislang entweder besonders geringe Überschuldungsquoten oder nur geringe Anstiege aufwiesen. In diesem Jahr fällt der Flächenkreis Rhein-Kreis Neuss (NRW) auf, dessen vergleichsweise niedrige Überschuldungsquote von 8,23 auf 8,69 Prozent, also um 0,46 Punkte, angestiegen ist. Hier sind in den letzten zwölf Monaten rund 2.100 neue Überschuldungsfälle festzustellen. Das Plus (+ 6,9 Prozent) fällt mehr als dreimal so hoch aus wie im Bundesschnitt (+ 2,0 Prozent). Aber auch die beiden Groß- und Landeshauptstädte München (97.800 Fälle; + 3.800 Fälle; + 4,0 Prozent; Quote: 7,82 Prozent; + 0,24 Prozent) und Stuttgart (41.900 Fälle; + 1.230 Fälle; + 3,0 Prozent; Quote: 8,14 Prozent; + 0,23 Prozent) weisen 2025 deutlich mehr Überschuldungsfälle auf als noch im letzten Jahr. In Stuttgart wirft möglicherweise die Krise des Automobilbaus erste Schatten, hier sollen in naher Zukunft Zehntausende Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Süddeutsche Zeitung fragt, ob Stuttgart angesichts des anstehenden Arbeitsplatzabbaus das Schicksal von Detroit drohe.<sup>32</sup>

**Auch bislang eher gering überschuldete Kreise und Städte zeigen 2025 überdurchschnittliche Anstiege**

**Drei Beispiele mit hohen Anstiegen: Rhein-Kreis Neuss, die Städte München und Stuttgart**

Die insgesamt negative Überschuldungsentwicklung zeigt sich auch in den Bundesländern. Zwar weisen immer noch sechs von ihnen einen Rückgang (2024: 12) der Überschuldungsquote auf, allerdings verzeichnen acht Bundesländer einen Anstieg der Gesamtquote (2024: 4). In Niedersachsen und Rheinland-Pfalz stagniert sie. Nach Überschuldungsfällen weisen nur drei Bundesländer einen leichten Positivtrend auf: Mecklenburg-Vorpommern (8,39 Prozent; - 0,14 Punkte) zeigt einen Rückgang (- 1.000 Fälle), in Thüringen (7,44 Prozent; - 0,01 Punkte) und Brandenburg (7,48 Prozent; - 0,06 Punkte) bleibt die Zahl der Überschuldungsfälle nahezu konstant. Alle anderen Bundesländer weisen 2025 steigende Überschuldungszahlen auf. Die stärksten Verschlechterungen zeigen 2025 Bremen (12,11 Prozent; + 0,30 Punkte) und NRW (9,79 Prozent; + 0,21 Punkte). Danach folgen Baden-Württemberg (6,88 Prozent; + 0,14 Punkte) und Bayern (6,05 Prozent; + 0,12 Punkte), wobei Bayern erstmals seit 2022 wieder über die Sechs-Prozent-Marke „rutscht“. Bayern und Baden-Württemberg führen weiterhin das Positiv-Ranking an, stellen aber jeweils 20.000 neue Überschuldungsfälle. Thüringen (7,44 Prozent; - 0,01 Punkte) verbleibt mit weiterhin über einem Punkt Abstand und gleich vielen Überschuldungsfällen

**Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen bleiben 2025 vorne**

**Das Schlusslicht bilden weiterhin Berlin, Sachsen-Anhalt und Bremen**

wie 2024 auf Rang drei. Schlusslichter bleiben wie in den Vorjahren Bremen (12,11 Prozent; + 0,30 Punkte), Sachsen-Anhalt (10,73 Prozent; + 0,05 Punkte) und Berlin (10,01 Prozent; - 0,15 Punkte). Alle drei verzeichnen einen Anstieg von rund 2.000 neuen Überschuldungsfällen. In Berlin sinkt die Überschuldungsquote dennoch, da der Bevölkerungsanstieg (über 18 Jahre) größer ausfällt als die Zunahme der Überschuldungsfälle. Der Trend im Langzeitvergleich 2004 / 2025 bleibt durch den starken Rückgang der Überschuldungszahlen in den letzten vier Jahren („multikrisenbedingt“) positiv. Kein Bundesland verzeichnet im Vergleich zu 2004 einen Anstieg von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquote.

**Tab. 8.: Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2023 bis 2025**

| Bundesland             | Überschuldungs-<br>quoten |              |              | Abw.          |               | Überschuldungs-<br>fälle in Mio. |             |             | Abw.             |                  |
|------------------------|---------------------------|--------------|--------------|---------------|---------------|----------------------------------|-------------|-------------|------------------|------------------|
|                        | 2023                      | 2024         | 2025         | 24 / 25       | 04 / 25       | 2023                             | 2024        | 2025        | 24 / 25          | 04 / 25          |
| Bayern                 | 5,87%                     | 5,93%        | 6,05%        | + 0,12        | - 1,14        | 0,64                             | 0,64        | 0,66        | + 20.000         | - 56.000         |
| Baden-Württemberg      | 6,72%                     | 6,74%        | 6,88%        | + 0,14        | - 0,62        | 0,62                             | 0,62        | 0,64        | + 20.000         | - 3.000          |
| Thüringen              | 7,71%                     | 7,45%        | 7,44%        | - 0,01        | - 2,57        | 0,14                             | 0,13        | 0,13        | ± 0              | - 67.000         |
| Brandenburg            | 7,72%                     | 7,54%        | 7,48%        | - 0,06        | - 3,72        | 0,16                             | 0,16        | 0,16        | ± 0              | - 79.000         |
| Sachsen                | 8,21%                     | 8,04%        | 8,07%        | + 0,03        | - 0,88        | 0,28                             | 0,27        | 0,27        | + 3.000          | - 53.000         |
| Niedersachsen          | 8,18%                     | 8,09%        | 8,09%        | ± 0,00        | - 2,04        | 0,55                             | 0,53        | 0,54        | + 6.000          | - 111.000        |
| Schleswig-Holstein     | 8,38%                     | 8,19%        | 8,14%        | - 0,05        | - 2,68        | 0,21                             | 0,20        | 0,20        | + 1.000          | - 45.000         |
| Hamburg                | 8,17%                     | 8,23%        | 8,15%        | - 0,08        | - 2,73        | 0,13                             | 0,12        | 0,12        | + 2.000          | - 33.000         |
| Hessen                 | 8,12%                     | 8,12%        | 8,15%        | + 0,03        | - 1,42        | 0,42                             | 0,42        | 0,42        | + 6.000          | - 52.000         |
| Rheinland-Pfalz        | 8,36%                     | 8,27%        | 8,27%        | ± 0,00        | - 1,86        | 0,29                             | 0,28        | 0,28        | + 2.000          | - 47.000         |
| Mecklenburg-Vorpommern | 8,64%                     | 8,53%        | 8,39%        | - 0,14        | - 3,11        | 0,12                             | 0,11        | 0,11        | - 1.000          | - 53.000         |
| Saarland               | 9,54%                     | 9,23%        | 9,34%        | + 0,11        | - 1,71        | 0,08                             | 0,08        | 0,08        | + 2.000          | - 17.000         |
| Nordrhein-Westfalen    | 9,72%                     | 9,58%        | 9,79%        | + 0,21        | - 0,89        | 1,45                             | 1,42        | 1,46        | + 44.000         | - 94.000         |
| Berlin                 | 10,04%                    | 10,16%       | 10,01%       | - 0,15        | - 4,01        | 0,31                             | 0,30        | 0,31        | + 2.000          | - 93.000         |
| Sachsen-Anhalt         | 10,78%                    | 10,68%       | 10,73%       | + 0,05        | - 1,49        | 0,20                             | 0,19        | 0,20        | + 2.000          | - 65.000         |
| Bremen                 | 12,00%                    | 11,81%       | 12,11%       | + 0,30        | - 1,24        | 0,07                             | 0,07        | 0,07        | + 2.000          | - 4.000          |
| <b>Deutschland</b>     | <b>8,15%</b>              | <b>8,09%</b> | <b>8,16%</b> | <b>+ 0,07</b> | <b>- 1,58</b> | <b>5,65</b>                      | <b>5,56</b> | <b>5,67</b> | <b>+ 111.000</b> | <b>- 871.000</b> |

Abweichung in Prozentpunkten / Überschuldete Personen in Millionen / Rundungsdifferenzen möglich.

## **2 Wirtschaft und Überschuldungsentwicklung in Deutschland: Trendwende durch den Rückgang der finanziellen Resilienz der Verbraucher**

## 2.1 Ergebniseinordnung: Die Entwicklung überschuldungsaffiner Wirtschaftsindikatoren in den vergangenen zwölf Monaten

**Die aktuelle Wirtschaftslage belastet die finanzielle Resilienz der Verbraucher ab 2023 / 2024 stärker als angenommen**

Die Überschuldungslage der Verbraucher in Deutschland korrespondiert Ende 2025 mit der aktuellen Wirtschafts- und Konjunkturlage in Deutschland im negativen Sinne. Die üblicherweise nach dem 2. Quartal eines Jahres vom Statistischen Bundesamt vorgenommene Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigte zweierlei: Erstens war die Erholung der deutschen Wirtschaft nach der Corona-Pandemie ausgeprägter als angenommen. Zudem erweist sich die konjunkturelle Schwächephase nach Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine als deutlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung.<sup>33</sup> Kurz: Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Rezession, also einer Phase mit einem deutlichen, länger anhaltenden und breit angelegten Rückgang der Wirtschaftsleistung. Eine Folge für die Überschuldungsentwicklung: Die konjunkturelle Krise ist tief im Arbeitsmarkt angekommen, die Daten für Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind weiter gestiegen und liegen über den Werten des letzten „Vor-Krisen-Jahres“ (2019). Zusammengenommen erklären diese Faktoren zeitversetzt, warum in diesem Jahr die Zahl überschuldeter Verbraucher deutlich angestiegen ist. Nicht zuletzt, da ein sicherer Arbeitsplatz weiterhin den besten Schutz vor Überschuldung bietet.

**Deutsche Bank: „Deutsche Wirtschaft kann sich nicht aus der Schwächephase lösen“**

Auch wenn sich der Private Konsum stärker entwickelt hat als angenommen, so ein weiteres Ergebnis der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, fällt er als Stabilitätsanker und Impulsgeber für die weitere Wirtschaftsentwicklung weiterhin aus. Aus Analystensicht bleibt er für die nächsten Monate „ohne Schwung“. Dafür spricht auch, dass die finanzielle Resilienz vieler Verbraucher in Deutschland nach mehreren Jahren „Multikrise“ gelitten hat (s. auch Kapitel 1.2). Dies zeigt das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das 2025 nach „positivem Jahresbeginn“ (1. Quartal: + 0,3 Prozent) stärker zurückgegangen ist als erwartet (2. Quartal: - 0,3 Prozent). Die Deutsche Bundesbank kommentiert im Monatsbericht Oktober 2025: „Deutsche Wirtschaft kann sich nicht aus der Schwächephase lösen“. Und auch andere Konjunkturprognosen bestätigen eher verhaltene Konjunkturaussichten für das laufende sowie zurückhaltend-positive für das nächste Jahr (s. auch Tabelle 9).

Zugleich – und für die künftige Überschuldungsentwicklung bedenklich – bleibt die Schwäche der Arbeitsmarktentwicklung. Die entsprechenden Institute, wie die Bundesagentur für Arbeit (BAA) resp. das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB), zeigen nur verhalten positive Trends: „Das Wachstum beim Arbeitskräftepotenzial bleibt mittlerweile aus. Damit kann zwar die Arbeitslosigkeit eher sinken, für einen starken Beschäftigungsaufbau reicht es aber nicht mehr.“ So das nüchterne Ergebnis des IAB-Arbeitsmarktbarometers von Ende September 2025, nach sechs Anstiegen in Folge. Die BAA fasst zusammen: „Die konjunkturelle Schwäche ist am Arbeitsmarkt weiter sichtbar: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben im September allein im Zuge der Herbstbelegung abgenommen. [...] Das Risiko, durch den Verlust der Beschäftigung arbeitslos zu werden, ist zwar vergleichsweise niedrig, nimmt aber stetig zu. Gleichzeitig liegen die Chancen, Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Beschäftigung zu beenden, auf einem historisch niedrigen Niveau.“<sup>34</sup>

**Wachstum beim  
Arbeitskräftepotenzial  
bleibt aus**

**„Die Chancen,  
Arbeitslosigkeit durch  
Aufnahme einer  
Beschäftigung zu  
beenden, liegen auf  
einem historisch  
niedrigen Niveau“**

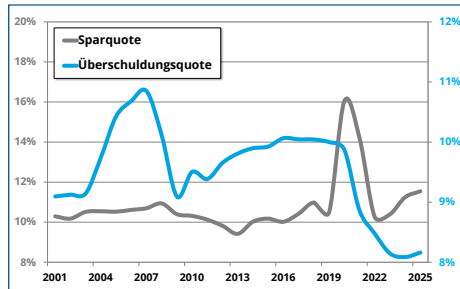
Die entsprechenden Kennziffern für das Gesamtjahr bestätigen die negative Lage am Arbeitsmarkt: Die Zahl arbeitsloser Personen ist im September 2025 auf 2,95 Millionen Personen und eine Quote von 6,3 Prozent gestiegen (+ 177.000 Arbeitslose; + 6,3 Prozent zu 2024). Die Arbeitslosenzahl lag Ende August erstmals wieder seit Februar 2015 über der Drei-Millionen-Grenze (3,03 Millionen). Der aktuelle Wert liegt um rund 690.000 Arbeitslose über dem Wert des letzten Vor-Corona-Jahres 2019 (2,27 Millionen). Zugleich überschreitet auch die Zahl langzeitarbeitsloser Personen wieder die Ein-Millionen-Grenze wie zuletzt 2021. Im September 2025 waren 1,03 Millionen Personen langzeitarbeitslos, 61.000 oder 6,3 Prozent mehr als noch im Mittel des Jahres 2024 (0,97 Millionen). Zugleich nimmt auch die Unterbeschäftigung weiter zu. Hier ist die Zahl betroffener Personen im Vergleich zu 2024 merklich angestiegen (2024: 3,58 Millionen; Januar bis September 2025: 3,65 Millionen; + 70.000; + 1,9 Prozent zu 2024). Der Wert liegt deutlich über dem Höchstwert im Jahr 2020 (3,49 Millionen; + 158.000).<sup>35</sup>

**Arbeitslosigkeit,  
Langzeitarbeitslosigkeit  
und Unterbeschäftigung  
nehmen weiter zu**

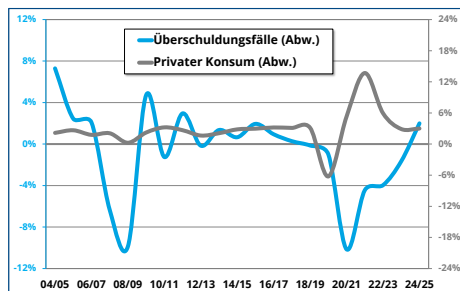
## Positive Signale aus der Einkommensperspektive

### Basistrends 2024 / 2025

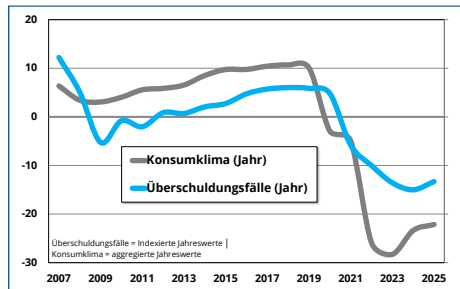
#### Überschuldung und Sparquote



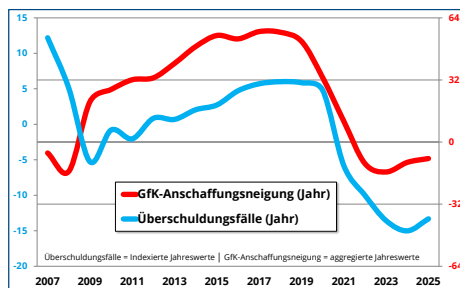
#### Überschuldung und privater Konsum



#### Überschuldung und Konsumklima



#### Überschuldung und Anschaffungsneigung



Aus der Einkommensperspektive zeigen sich weiterhin positive Signale: Die verfügbaren Einkommen der Verbraucher waren bis Ende 2024, wie bereits 2022 und 2023, deutlich gestiegen (2024: + 4,0 Prozent; + 96 Milliarden Euro; 2023: + 6,2 Prozent; + 141,0 Milliarden Euro). 2025 wird die Zunahme voraussichtlich merklich geringer ausfallen (+ 1,3 Prozent; + 33,3 Milliarden Euro). Auch 2025 ist, wie bereits 2024, bei den privaten Konsumausgaben ein Anstieg zu erwarten – trotz Verbraucherverunsicherung, Kriegsangst und Angstsparen. Hierzu tragen auch die Faktoren Nachhol- und Ersatzkonsum<sup>36</sup> bei. Der Anstieg des privaten Konsums liegt 2025 bei etwa 69 Milliarden Euro (+ 3,0 Prozent; 2024: + 64,5 Milliarden Euro; + 2,9 Prozent) – und damit mehr als doppelt so hoch wie der Anstieg der verfügbaren Einkommen. Das Konsumverhalten der deutschen Verbraucher ist insgesamt weniger gedämpft als die Konsumstimmung.

Verfügbares Einkommen und private Konsumausgaben steigen auch dank höherer Lohnabschlüsse. Zugleich wurde die Kaufkraft der privaten Haushalte im laufenden Jahr, weniger als in beiden Vorjahren, durch steigende Verbraucherpreise geschmälert. Die Inflationsrate lag im September 2025 bei 2,4 Prozent (Oktober 2024: + 1,6 Prozent). Im Oktober 2022 wurde mit 10,4 Prozent die höchste Inflationsrate seit 1951 gemessen. Zudem lagen die Reallöhne im 2. Quartal 2025 um 1,9 Prozent höher als im Vorjahresquartal (2024: + 3,1 Prozent). Der Anstieg der Nominallohne fällt weiterhin höher aus als die Zunahme der Verbraucherpreise – bei nachlassender Stärke. Somit setzt sich der positive Trend der Reallohnentwicklung seit dem 2. Quartal 2023 fort. In den Quartalen von Ende 2021 bis Anfang 2023 waren noch Reallohnverluste zu verzeichnen.<sup>37</sup>

Die aktuelle Sparquote liegt zwar deutlich unter den Höchstwerten zu Beginn der Corona-Krise (2. Quartal 2020: 19,8 Prozent; 1. Quartal 2021: 20,8 Prozent), verbleibt aber über dem Durchschnittswert der vergangenen Jahre. Für 2025 ist eine Sparquote von etwa 11,5 Prozent zu erwarten (+ 0,3 Punkte). Summarisch bedeutet dies, dass die Sparguthaben in diesem Jahr von 289 auf etwa 301 Milliarden Euro, also „nur“ um etwa 11 Milliarden Euro steigen werden (+ 3,9 Prozent). Der Anstieg erreicht somit nicht das Niveau des Vorjahres (+ 12,4 Prozent) und liegt deutlich unter dem Hochstand 2019 / 2020 (+ 52,8 Prozent).<sup>38</sup>

**Tab. 9.: Synopse: Die Entwicklung überschuldungsaffiner Wirtschaftsindikatoren 2021 bis 2025 (Stand: September 2025)**

| Statistisches Bundesamt:<br>Daten zu Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise - Einkommen, Konsum, Sparen |                 |              |         |              |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|--------------|---------|--------------|
| Bruttoinlandsprodukt (saison- und kalenderbereinigt)                                                     | Bezug           | Index        | Abw.    |              |
| Bezug: Vorjahre                                                                                          | 2022            | 105,6        | + 1,9%  |              |
|                                                                                                          | 2023            | 104,9        | - 0,7%  |              |
|                                                                                                          | 2024            | 104,4        | - 0,5%  |              |
|                                                                                                          | 2025            | 104,5        | + 0,1%  |              |
| Bezug: Vorquartale                                                                                       | Q1 2025         | 104,8        | + 0,3%  |              |
|                                                                                                          | Q2 2025         | 104,5        | - 0,3%  |              |
|                                                                                                          | Q3 2025         | 104,1        | - 0,4%  |              |
| Eckdaten: „Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2025“<br>(Bezug: Vorjahr)                                        | Gesamtjahr 2024 |              | -0,5%   |              |
|                                                                                                          | Gesamtjahr 2025 |              | +0,2%   |              |
|                                                                                                          | Gesamtjahr 2026 |              | +1,3%   |              |
| Verbraucherpreisindex (saison- und kalenderbereinigt)                                                    | Bezug           | Index        | Abw.    |              |
| Bezug: Vorjahre                                                                                          | 2021            | 103,1        | + 3,1%  |              |
|                                                                                                          | 2022            | 110,2        | + 6,9%  |              |
|                                                                                                          | 2023            | 116,7        | + 5,9%  |              |
|                                                                                                          | 2024            | 119,3        | + 2,2%  |              |
|                                                                                                          | Juli 25         | 122,2        | + 2,4%  |              |
| Eckdaten: „Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2025“<br>(Bezug: Vorjahr)                                        | Gesamtjahr 2024 |              | +2,2%   |              |
|                                                                                                          | Gesamtjahr 2025 |              | +2,1%   |              |
|                                                                                                          | Gesamtjahr 2026 |              | +2,0%   |              |
|                                                                                                          | Gesamtjahr 2027 |              | +2,3%   |              |
| Verfügbare Einkommen                                                                                     | Bezug           | Absolut      | Abw.    | Absolut      |
|                                                                                                          | Ø 2021          | 2.088,0 Mrd. | + 3,0%  | + 60,7 Mrd.  |
|                                                                                                          | Ø 2022          | 2.274,3 Mrd. | + 8,9%  | + 186,2 Mrd. |
|                                                                                                          | Ø 2023          | 2.415,3 Mrd. | + 6,2%  | + 141,0 Mrd. |
|                                                                                                          | Ø 2024          | 2.511,2 Mrd. | + 4,0%  | + 95,9 Mrd.  |
| Hochrechnung für Gesamtjahr                                                                              | Ø 2025          | 2.544,6 Mrd. | + 1,3%  | + 33,3 Mrd.  |
| Private Konsumausgaben                                                                                   | Bezug           | Absolut      | Abw.    | Absolut      |
|                                                                                                          | Ø 2021          | 1.841,7 Mrd. | + 5,3%  | + 92,9 Mrd.  |
|                                                                                                          | Ø 2022          | 2.094,0 Mrd. | + 13,7% | + 252,4 Mrd. |
|                                                                                                          | Ø 2023          | 2.218,5 Mrd. | + 5,9%  | + 124,5 Mrd. |
|                                                                                                          | Ø 2024          | 2.283,0 Mrd. | + 2,9%  | + 64,5 Mrd.  |
| Hochrechnung für Gesamtjahr                                                                              | Ø 2025          | 2.351,4 Mrd. | + 3,0%  | + 68,5 Mrd.  |
| Sparguthaben                                                                                             | Bezug           | Absolut      | Abw.    | Absolut      |
|                                                                                                          | Ø 2021          | 305,1 Mrd.   | - 8,6%  | - 28,8 Mrd.  |
|                                                                                                          | Ø 2022          | 239,5 Mrd.   | - 21,5% | - 65,6 Mrd.  |
|                                                                                                          | Ø 2023          | 257,4 Mrd.   | + 7,5%  | + 17,9 Mrd.  |
|                                                                                                          | Ø 2024          | 289,4 Mrd.   | + 12,4% | + 32,0 Mrd.  |
| Hochrechnung für Gesamtjahr                                                                              | Ø 2025          | 300,7 Mrd.   | + 3,9%  | + 11,3 Mrd.  |
| Sparquote                                                                                                | Bezug           | Absolut      | Abw.    |              |
|                                                                                                          | Ø 2021          | 14,2%        | - 1,8   |              |
|                                                                                                          | Ø 2022          | 10,3%        | - 3,9   |              |
|                                                                                                          | Ø 2023          | 10,4%        | + 0,1   |              |
|                                                                                                          | Ø 2024          | 11,2%        | + 0,9   |              |
| Hochrechnung für Gesamtjahr                                                                              | Ø 2025          | 11,5%        | + 0,3   |              |
| Höchster Wert                                                                                            | Q1 2021         | 20,8%        | + 10,6  |              |

**Bundesagentur für Arbeit:  
Daten zum Arbeitsmarkt**

| <b>Arbeitslose</b>                                                 | <b>Bezug</b> | <b>Absolut</b> | <b>Abw.</b> | <b>Absolut</b> |
|--------------------------------------------------------------------|--------------|----------------|-------------|----------------|
|                                                                    | Ø 2021       | 2,61 Mio.      | - 3,0%      | - 82.000       |
|                                                                    | Ø 2022       | 2,42 Mio.      | - 7,5%      | - 195.000      |
|                                                                    | Ø 2023       | 2,61 Mio.      | + 7,9%      | + 191.000      |
|                                                                    | Ø 2024       | 2,79 Mio.      | + 6,8%      | + 178.000      |
| Januar bis September 2025                                          | Ø 2025       | 2,96 Mio.      | + 6,3%      | + 177.000      |
| Abweichung zu Ø 2025                                               | September 25 | 2,95 Mio.      | - 0,3%      | - 9.000        |
| Bislang höchster Wert (2019-2025; Abw. zu Ø 2025)                  | August 25    | 3,03 Mio.      | + 2,1%      | + 61.000       |
| Effekte: Corona / Inflation / Ukraine-Krieg (Ø 2019 zu Sept. 2025) | -            | + 688.000      |             |                |
| <b>Langzeitarbeitslose</b>                                         | <b>Bezug</b> | <b>Absolut</b> | <b>Abw.</b> | <b>Absolut</b> |
|                                                                    | Ø 2021       | 1,03 Mio.      | + 25,8%     | 210.000        |
|                                                                    | Ø 2022       | 0,92 Mio.      | - 10,8%     | - 111.000      |
|                                                                    | Ø 2023       | 0,91 Mio.      | - 1,1%      | - 10.000       |
|                                                                    | Ø 2024       | 0,97 Mio.      | + 7,2%      | + 66.000       |
| Januar bis September 2025                                          | Ø 2025       | 1,03 Mio.      | + 6,3%      | + 61.000       |
| Abweichung zu Ø 2025                                               | September 25 | 1,05 Mio.      | + 1,5%      | + 76.000       |
| Bislang höchster Wert (2019-2025; Abw. zu Ø 2025)                  | April 21     | 1,07 Mio.      | + 3,5%      | + 97.000       |
| Effekte: Corona / Inflation / Ukraine-Krieg (Ø 2019 zu Sept. 2025) | -            | + 321.000      |             |                |
| <b>Kurzarbeiter</b>                                                | <b>Bezug</b> | <b>Absolut</b> | <b>Abw.</b> | <b>Absolut</b> |
|                                                                    | Ø 2021       | 1,54 Mio.      | - 50,5%     | - 1,57 Mio.    |
|                                                                    | Ø 2022       | 0,28 Mio.      | - 81,9%     | - 1,26 Mio.    |
|                                                                    | Ø 2023       | 0,15 Mio.      | - 45,8%     | - 0,13 Mio.    |
|                                                                    | Ø 2024       | 0,22 Mio.      | + 44,5%     | + 0,07 Mio.    |
| Januar bis März 2025 / Hochrechnung für April bis Juni 2025        | Ø 2025       | 0,23 Mio.      | + 4,1%      | + 0,01 Mio.    |
| Abweichung zu Ø 2025                                               | März 25      | 0,26 Mio.      | + 16,6%     | + 0,038 Mio.   |
| Höchster Wert (2019-2025; Abw. zu Ø 2025)                          | April 20     | 6,00 Mio.      | 2547,2%     | + 5,77 Mio.    |
| Effekte: Corona / Inflation / Ukraine-Krieg (Ø 2019 zu März 2025)  | -            | + 197.000      |             |                |
| <b>Unterbeschäftigung</b>                                          | <b>Bezug</b> | <b>Absolut</b> | <b>Abw.</b> | <b>Absolut</b> |
|                                                                    | Ø 2021       | 3,37 Mio.      | - 3,5%      | - 120.000      |
|                                                                    | Ø 2022       | 3,19 Mio.      | - 5,4%      | - 183.000      |
|                                                                    | Ø 2023       | 3,45 Mio.      | + 8,3%      | + 263.000      |
|                                                                    | Ø 2024       | 3,58 Mio.      | + 3,7%      | + 129.000      |
| Januar bis September 2025                                          | Ø 2025       | 3,65 Mio.      | + 1,9%      | + 70.000       |
| Abweichung zu Ø 2025                                               | September 25 | 3,58 Mio.      | - 1,8%      | - 65.000       |
| Höchster Wert (2019-2025; Abw. zu Ø 2025)                          | August 20    | 3,67 Mio.      | + 0,7%      | + 25.000       |
| Effekte: Corona / Inflation / Ukraine-Krieg (Ø 2019 zu Sept. 2025) | -            | + 410.000      |             |                |
| <b>Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung</b>                 | <b>Bezug</b> | <b>Absolut</b> | <b>Abw.</b> | <b>Absolut</b> |
|                                                                    | Ø 2021       | 34,01 Mio.     | + 1,2%      | + 396.000      |
|                                                                    | Ø 2022       | 34,60 Mio.     | + 1,7%      | + 584.000      |
|                                                                    | Ø 2023       | 34,85 Mio.     | + 0,7%      | + 252.000      |
|                                                                    | Ø 2024       | 34,97 Mio.     | + 0,4%      | + 123.000      |
| Abweichung zu Ø 2024                                               | März 25      | 34,89 Mio.     | - 0,2%      | - 84.000       |
| Effekte: Corona / Inflation / Ukraine-Krieg (Ø 2019 zu März 2025)  | -            | + 1.295.000    |             |                |
| <b>„Mini-Jobs“ (geringfügig entlohnte Beschäftigung)</b>           | <b>Bezug</b> | <b>Absolut</b> | <b>Abw.</b> | <b>Absolut</b> |
|                                                                    | Ø 2021       | 7,33 Mio.      | + 0,1%      | + 5.000        |
|                                                                    | Ø 2022       | 7,56 Mio.      | + 3,1%      | + 227.000      |
|                                                                    | Ø 2023       | 7,75 Mio.      | + 2,6%      | + 197.000      |
|                                                                    | Ø 2024       | 7,81 Mio.      | + 0,8%      | + 59.000       |
| Abweichung zu Ø 2024                                               | März 25      | 7,69 Mio.      | - 1,6%      | - 125.000      |
| Effekte: Corona / Inflation / Ukraine-Krieg (Ø 2019 zu März 2025)  | -            | - 76.000       |             |                |
| nachrichtlich: Abweichung Ø 2020 zu März 2025                      | -            | + 363.000      |             |                |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit. Eigenberechnungen (zum Teil revidierte Daten). Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2025, 25.09.2025: Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche.

### **3 microm ÜberschuldungsTypologie: Aktuelle Detail- analysen**

### 3.1 Die Überschuldungsbetroffenheit der acht Überschuldungstypen: Lage, Trends, Perspektiven

Fast alle Typen zeigen 2025 Anstiege der Überschuldungszahlen

Die Analyse der microm Überschuldungstypologie<sup>39</sup> zeigt, dass 2025 offensichtlich eine Trendumkehr stattgefunden hat. Bis auf die Gruppe der „Überschuldungsausblender“ zeigen alle anderen Typen Anstiege der Überschuldungsfälle. Zwar weisen vier Typen Rückgänge ihrer Anteile am Überschuldungsgeschehen auf, was allerdings bei drei Typen mit einem Anstieg der Überschuldungsfälle einhergeht. Alles in allem sind 2025, wie bereits festgestellt, weitere 111.000 Personen in eine Überschuldungsspirale geraten. Die stärksten Anstiege der Überschuldungsfälle weisen 2025 die „Lifestyle-Überschuldeten“, die „Notfall-Überschuldeten“ sowie „Überschuldungspragmatiker“ und „Überschuldungsvermeider“ auf. Die Daten spiegeln die Folgen verstärkter Konsumorientierung: bei den „Lifestyle-Überschuldeten“ und „Konsum-Überschuldeten“ eher durch Nachholkonsum – bei „Überschuldungspragmatikern“ und „Überschuldungsvermeidern“ eher durch Ersatzkonsum.

Tab. 10.: microm Überschuldungstypologie: Basis- und Abweichungswerte 2024 / 2025

|                                                                                   |                               | 2024         |             | 2025         |             | Abweichung 2024 / 25 |                  |               | Abweichung 2021 / 25 |                  |                |
|-----------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------|--------------|-------------|--------------|-------------|----------------------|------------------|---------------|----------------------|------------------|----------------|
|                                                                                   |                               | %            | n           | %            | n           | Punkte               | n                | %             | Punkte               | n                | %              |
| <b>Nachhaltige Überschuldung – Schwerpunkt: Absolute Überschuldung</b>            |                               |              |             |              |             |                      |                  |               |                      |                  |                |
| 1                                                                                 | Der Notfall-Überschuldete     | 20,5%        | 1,14        | 20,7%        | 1,17        | + 0,19               | + 33.000         | + 2,9%        | - 0,19               | - 113.000        | - 8,8%         |
| 6                                                                                 | Der Überschuldungsausblender  | 14,8%        | 0,82        | 14,4%        | 0,81        | - 0,41               | - 7.000          | - 0,8%        | - 0,60               | - 107.000        | - 11,6%        |
| 8                                                                                 | Der Dauerüberschuldete        | 15,7%        | 0,87        | 15,7%        | 0,89        | - 0,07               | + 13.000         | + 1,5%        | + 2,80               | + 96.000         | + 12,1%        |
| <b>Summe</b>                                                                      |                               | <b>51,0%</b> | <b>2,83</b> | <b>50,7%</b> | <b>2,87</b> | <b>- 0,29</b>        | <b>+ 40.000</b>  | <b>+ 1,4%</b> | <b>+ 2,01</b>        | <b>- 125.000</b> | <b>- 4,2%</b>  |
| <b>Temporäre Überschuldung – Schwerpunkt: Relative Überschuldung</b>              |                               |              |             |              |             |                      |                  |               |                      |                  |                |
| 3                                                                                 | Der Konsum-Überschuldete      | 13,0%        | 0,72        | 12,9%        | 0,73        | - 0,03               | + 13.000         | + 1,8%        | + 1,08               | + 3.000          | + 0,4%         |
| 4                                                                                 | Der Lifestyle-Überschuldete   | 9,5%         | 0,53        | 9,7%         | 0,55        | + 0,16               | + 20.000         | + 3,7%        | - 1,92               | - 166.000        | - 23,2%        |
| <b>Summe</b>                                                                      |                               | <b>22,5%</b> | <b>1,25</b> | <b>22,6%</b> | <b>1,28</b> | <b>+ 0,13</b>        | <b>+ 32.000</b>  | <b>+ 2,6%</b> | <b>- 0,84</b>        | <b>- 162.000</b> | <b>- 11,2%</b> |
| <b>Periodische Überschuldung – Schwerpunkt: Absolute / relative Überschuldung</b> |                               |              |             |              |             |                      |                  |               |                      |                  |                |
| 2                                                                                 | Der Überschuldungspragmatiker | 11,4%        | 0,64        | 11,5%        | 0,65        | + 0,09               | + 18.000         | + 2,8%        | + 0,15               | - 47.000         | - 6,7%         |
| 5                                                                                 | Der Überschuldungsnaive       | 4,3%         | 0,24        | 4,3%         | 0,24        | - 0,02               | + 4.000          | + 1,5%        | - 2,70               | - 187.000        | - 43,6%        |
| 7                                                                                 | Der Überschuldungsvermeider   | 10,8%        | 0,60        | 10,9%        | 0,62        | + 0,09               | + 17.000         | + 2,8%        | + 1,38               | + 32.000         | + 5,4%         |
| <b>Summe</b>                                                                      |                               | <b>26,5%</b> | <b>1,47</b> | <b>26,7%</b> | <b>1,51</b> | <b>+ 0,16</b>        | <b>+ 38.000</b>  | <b>+ 2,6%</b> | <b>- 1,17</b>        | <b>- 202.000</b> | <b>- 11,8%</b> |
| <b>Gesamt</b>                                                                     |                               | <b>100%</b>  | <b>5,56</b> | <b>100%</b>  | <b>100%</b> | <b>± 0,00</b>        | <b>+ 111.000</b> | <b>+ 2,0%</b> | <b>± 0,00</b>        | <b>- 490.000</b> | <b>- 8,0%</b>  |

Anzahl = n, Werte in Millionen.

Dabei weist die weiterhin größte Gruppe der „Notfall-Überschuldeten“ (Anteil: 20,7 Prozent; + 0,2 Punkte) in diesem Jahr auch den absolut stärksten Anstieg an Überschuldungsfällen auf (+ 2,9 Prozent; + 33.000 Fälle). Im letzten Jahr wies diese Gruppe noch den stärksten Rückgang auf. Der Positivtrend der letzten Jahre spiegelt sich in dieser Gruppe, wenn auch nur leicht überdurchschnittlich (2021 / 2025: - 9 Prozent; - 113.000 Fälle). Im Mittel betrug der Rückgang der Überschuldungsfälle zwischen 2021 und 2025 rund 8 Prozent. Der „Notfall-Überschuldete“ gerät meist durch eine ökonomische Notlage in eine oft dauerhafte Überschuldung. Diese begründet sich häufig durch dauerhafte Einkommensarmut, die mit einem geringen bis mittleren sozialen Status einhergeht und oft durch akute Notlagen, Krankheit, Unfall oder kurzfristig entstandene Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Die Überschuldungsbetroffenheit dieses Typs und die Schuldenhöhe sind eher hoch, die Dauer der Zahlungsprobleme meist lang resp. dauerhaft. Die Zunahmen der (realen) Arbeitslosenzahlen sowie des Hauptüberschuldungsauslösers „Erkrankung, Sucht, Unfall“ in den letzten Jahren korrespondieren mit diesem Teilergebnis.

**Notfall-Überschuldete geraten wieder verstärkt in eine Überschuldungsspirale**

Den zweitstärksten Anstieg an Überschuldungsfällen verzeichnen 2025 die eher gut situierten „Lifestyle-Überschuldeten“ (+ 3,7 Prozent; + 20.000 Fälle), nachdem diese Gruppe in den letzten Jahren deutliche Rückgänge der Überschuldungszahlen zeigte (2021 / 2025: - 23 Prozent; - 166.000 Fälle). Die Überschuldungsbetroffenheit dieses Typs ist angesichts guter finanzieller Ausstattung begrenzt und kann oft schnell auch wieder beendet werden. Der „Lifestyle-Überschuldete“ (Anteil: 9,7 Prozent; + 0,2 Punkte) ist der Prototyp eines multioptionalen „Konsum-Pioniers“ und fast ausschließlich in den höchsten sozioökonomischen Statusgruppen zu finden. Eigentlich kennt dieser Typ keine finanziellen Sorgen, aber Schuldenmachen gehört zum Dasein und erhöht nochmals die Lebensqualität, da man sich außergewöhnliche Dinge kurzfristig leisten kann. Grenzüberschreitung in finanziellen Dingen gehört zum guten Ton. Der Lifestyle-Überschuldete weist überdurchschnittlich viele verschiedene Forderungsgründe bei einer überdurchschnittlich hohen Anzahl an Gläubigern auf. In der Entwicklung des „Lifestyle-Überschuldeten“ zeigt sich zweierlei: der auf Teile der Bevölkerung

**Lifestyle-Überschuldete zeigen verstärkt, dass Konsumschulden (zumindest) temporär in die Überschuldung führen können**

beschränkte (Wieder-)Anstieg von Konsumorientierung und zugleich des Hauptüberschuldungsauslösers „Unwirtschaftliche Haushaltsführung“.

**Überschuldungspragmatiker weisen zum zweiten Mal in Folge einen Anstieg auf**

Die „Überschuldungspragmatiker“ (0,65 Millionen; + 18.000 Fälle; + 2,8 Prozent) zeigen 2025 die drittstärkste (absolute) Zunahme an Überschuldungsfällen und zugleich den zweiten Anstieg in Folge. Für diesen Typ sind Schulden Mittel zum Zweck (Anteil: 11,5 Prozent; + 0,1 Punkte), die zur vorübergehenden Finanzierung notwendiger und als sinnvoll angesehener Konsum- und Lebenswünsche eingesetzt werden. Er weist in der Regel eine zurückhaltende Kreditnutzung auf, geht aber zeitweise das temporäre Risiko einer finanziellen Überlastung ein. Zugleich verfügt er über eine überdurchschnittliche Kaufkraft. Sein Ziel ist die Sicherung von Lebensqualität bei gleichzeitig mittlerem finanziellem Risiko. Die Überschuldungsbedroffenheit dieses Typs ist in der Regel unterdurchschnittlich, die Dauer der Zahlungsprobleme meist kurz, oft periodisch. Die Höhe der Zahlungsforderungen ist vergleichsweise gering. Der Anstieg der Überschuldungsfälle ist offensichtlich auch auf Nach-Krisenbedingten Nachhol-, aber auch Ersatzkonsum zurückzuführen. Im Vergleich 2021 / 2025 bleibt die Überschuldungsbilanz dieses Typs positiv, wenn auch nur unterdurchschnittlich (2021 / 2025: - 6,7 Prozent; - 47.000 Fälle).

**Überschuldungsvermeider zeigen erneut einen merklichen Anstieg**

Auch die ebenfalls finanziell besser gestellte Gruppe der „Überschuldungsvermeider“ (Anteil: 10,9 Prozent; + 0,1 Punkte) zeigt 2025, nach einem Rückgang im letzten Jahr, einen merklichen Anstieg der Überschuldungsfälle (0,62 Millionen; + 17.000 Fälle; + 2,8 Prozent). Status und Kaufkraft dieses Typs sind überdurchschnittlich. Er ist der älteste Typ der Typologie und lehnt einerseits Schulden und Überschuldung meist aus grundsätzlichen Überlegungen und tradierten Wertorientierungen ab. Andererseits hat er aber situativ bestimmte Anschaffungen getätigt oder tätigen müssen und damit die eigenen finanziellen Möglichkeiten über die Maßen in Anspruch genommen. Generell ist das Bestreben des Überschuldungsvermeiders groß, seine finanzielle Misere so schnell wie möglich zu beenden. Er weist unterdurchschnittlich viele verschiedene Forderungsgründe auf. Gleiches gilt für die Höhe des Schuldenvolumens. Offensichtlich konnten aber „situativ und ausnahmsweise“ aufgenommene Schulden, die auch in Folge der Energiepreiskrise und durch steigende Lebenshaltungs- und Wohnkosten aufgelaufen waren, nicht zurückgezahlt werden und führten vermehrt zu

nachhaltigen Zahlungsstörungen und Überschuldung. Im Langzeitvergleich ist die Überschuldungsbilanz dieses Typs negativ, er weist neben Konsum- und Dauerüberschuldeten mehr Überschuldungsfälle auf als zu Beginn des Betrachtungszeitraums (2021 / 2025: + 5 Prozent; + 32.000 Fälle).

Auch die Gruppe der „Konsum-Überschuldeten“ (Anteil: 12,9 Prozent; - 0,1 Punkte) weist 2025 einen Anstieg an Überschuldungsfällen auf (0,73 Millionen; + 13.000 Fälle; + 1,8 Prozent), der allerdings nicht das hohe Niveau des Vorjahres erreicht. Die Überschuldungsbilanz dieses Typs bleibt im Langzeitvergleich (leicht) negativ, da er mehr Überschuldungsfälle aufweist als noch 2021 (2021 / 2025: + 0,4 Prozent; + 3.000 Fälle). Dieser Typ ist überwiegend in den unteren Einkommensgruppen mit geringer Kaufkraft zu finden. Er ist eher jung und zeigt oft eine starke Konsum- und Marken-Fixierung. Er weist zudem eine überdurchschnittliche Nutzung von Konsumkrediten auf. Analoges und digitales Shopping sind trotz eher begrenztem Finanzbudget Ausdruck seiner Konsumkultur. Hierbei spielt auch der Aspekt des Status-Konsums eine große Rolle. Diesem Typ gelingt es allerdings schneller als anderen Personengruppen, sich wieder aus einer Überschuldungsspirale zu befreien, da die Höhe der Zahlungsforderungen vergleichsweise gering ist und die Rückzahlung der Schulden meist eher schnell erfolgt. Die aktuelle Entwicklung korrespondiert mit dem Anstieg der Überschuldungsfälle unter jüngeren Personen bis 39 Jahre.

**Konsum-Überschuldete weisen 2021 / 2025 eine negative Überschuldungsbilanz auf**

Die nach den Notfall-Überschuldeten zweitgrößte Gruppe der Dauerüberschuldeten (Anteil: 15,7 Prozent; + 0,1 Punkte) zeigt erneut einen Anstieg der Überschuldungsfälle (0,89 Millionen; + 13.000 Fälle; + 1,8 Prozent) und ist offensichtlich auch in Folge der ökonomischen Krisenfolgen der letzten Jahre mit den deutlich gestiegenen Wohn-, Energie- und Lebensmittelkosten in weitere Zahlungsprobleme geraten. Dieser Typ ist in den unteren sozialen Schichten zu finden und durch geringe Haushaltsnettoeinkommen gekennzeichnet. Der Dauerüberschuldete hat sein Leben zum Teil generationsübergreifend in sozialen Sicherungssystemen verbracht. Status und Kaufkraft dieses Typs weisen die niedrigsten Werte aller acht Typen auf. Schulden und Überschuldung gehören zum Leben und werden oft gleichsam vererbt, da ein sozialer Aufstieg meist nicht gelingen will. Die Überschuldungsbetroffenheit dieses Typs ist sehr hoch und dauerhaft. Er zeigt die meisten verschiedenen For-

**Dauerüberschuldete: Vierter Anstieg in Folge**

derungsgründe. Im Langzeitvergleich weist er die negativste Überschuldungsbilanz und gegen den Trend der letzten Jahre fast 100.000 Überschuldungsfälle mehr auf als noch im Jahr 2021 (2021 / 2025: + 12,1 Prozent; + 96.000 Fälle).

**Leichter Anstieg bei den Überschuldungsnaiven – trotz stark ausgeprägter Ausgabenvorsicht**

Die eher kleine Gruppe der „Überschuldungsnaiven“ zeigt in diesem Jahr den absolut geringsten Anstieg an Überschuldungsfällen (+ 1,5 Prozent; + 4.000 Fälle), nachdem ihre Anzahl in den letzten vier Jahren in Folge der „Krisenkonjunktur“ jeweils zweistellig zurückgegangen war – in Summe um 187.000 Fälle (- 44 Prozent). Ein Grund: Bei den Überschuldungsnaiven (Anteil: 4,3 Prozent;  $\pm$  0,0 Punkte) geht geringer sozialer Status generell mit einer stark ausgeprägten Ausgabenvorsicht und Zurückhaltung in finanziellen Dingen einher, die wiederum mit einer insgesamt geringen Anschaffungsbereitschaft korrespondiert. Gutgläubigkeit, geringe Bildung und fehlende Finanzkompetenz gehen bei diesem Typ Hand in Hand. Überschuldung entwickelt sich bei diesem Typ oft „aus Versehen“, gepaart mit Unwissenheit oder auch Vergesslichkeit. Seine Überschuldungsbetroffenheit ist aufgrund des geringen Einkommens vergleichsweise hoch und weist unterdurchschnittlich viele verschiedene Forderungsgründe auf. Die Dauer der Zahlungsprobleme ist eher kurz. Offensichtlich haben aber die sozialpsychologische Intensität und Dauerpräsenz der ökonomischen „Multikrisen“ in den letzten Jahren dazu geführt, durch Konsumverzicht oder -zurückhaltung Schulden abzutragen und neue Überschuldungslagen zu vermeiden.

**Positivtrend bei den Überschuldungsausblendern – bei weiterhin hoher Überschuldungsbetroffenheit**

Eine positive Entwicklung ist 2025 nur bei den „Überschuldungsausblendern“ zu finden (- 7.000 Fälle; - 0,8 Prozent). Diese Gruppe weist auch langfristig einen Positivtrend auf, bildet aber weiterhin die drittgrößte Gruppe überschuldeter Personen (Anteil: 14,4 Prozent; - 0,4 Punkte). Der Überschuldungsausblender bildet einen in Umfang und Dauer fortgeschrittenen Typus einer überschuldeten Person. Dieser tendenziell ältere Typ stammt aus den unteren sozialen Schichten und gerät oft durch eine Mischung aus finanzieller Not und zugleich fahrlässiger Selbstüberschätzung in eine Überschuldungsspirale. Sein Ziel ist, durch hohe finanzielle Risikobereitschaft eigene Vorteile zu erzielen. Das Problem selbstverstärkend, werden die Problematik der eigenen finanziellen Lage wie auch ganz konkret Rechnungen und Mahnungen über längere Zeiträume ausgeblendet resp. nicht als real wahrgenommen. Die Überschuldungsbetroffenheit dieses Typs ist stark bis sehr stark und dauerhaft. Er

weist meist viele verschiedene Forderungsgründe auf. Die Rückzahlung der Schulden erfolgt eher schleppend. Im Vergleich 2021 / 2025 bleibt die Überschuldungsbilanz dieses Typs dennoch überdurchschnittlich positiv (2021 / 2025: - 11,6 Prozent; - 107.000 Fälle). Wie beim Überschuldungsnaiven haben sozialpsychologische Intensität und Dauerpräsenz der ökonomischen „Multikrisen“ offenbar positive Auswirkungen auf das Verschuldungs- und Überschuldungsverhalten des Überschuldungsausblenders gehabt.

Zusammengefasst bestätigen die diesjährigen Daten der Typologie-Analyse, dass eine möglicherweise grundlegende Trendumkehr in der Überschuldungsentwicklung begonnen hat. Sieben von acht Typen zeigen zum Teil deutliche Anstiege der Überschuldungsfälle. Nur die Überschuldungsausblender weisen 2025 einen eher geringen Rückgang auf. Die Überschuldungsbetroffenheit aller anderen Typen hat merklich zugenommen. Besonders betroffen waren in den letzten zwölf Monaten die Notfall-Überschuldeten, die Lifestyle-Überschuldeten und die Überschuldungspragmatiker, die alle drei einen zumindest mittleren, wenn nicht überdurchschnittlichen sozialen Status aufweisen. 2024 nahm die Zahl der Überschuldungsfälle noch eher bei denjenigen zu, die einen unterdurchschnittlichen sozialen Status aufweisen (Konsum-Überschuldete, Überschuldungsnaive, Überschuldungsausblender und Dauerüberschuldete).

Im Langzeitvergleich 2021 / 2025 zeigt sich zudem, dass diejenigen Überschuldungstypen die geringsten Rückgänge aufweisen, die der Gruppe der nachhaltig überschuldeten Personen zugeordnet werden können (- 4,2 Prozent; - 125.000 Fälle). Notfall-Überschuldete, Überschuldungsausblender und Dauerüberschuldete sind auch dank ähnlicher Ausgangsvoraussetzungen (insbesondere eher geringer sozioökonomischer Status) in der Regel längerfristig überschuldet („Nachhaltige Überschuldung“, Anteil 2025: 50,7 Prozent; + 2,1 Punkte). Hierzu tragen im Wesentlichen objektive Notlagen (wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit), aber auch dauerhaftes Niedrigeinkommen sowie soziale und Bildungsimmobilität bei. Die staatlichen Hilfs- und Unterstützungsprogramme der Krisenjahre 2020 bis 2022 haben daran nur wenig geändert, wie sich insbesondere im Anstieg der Überschuldungsfälle der Dauerüberschuldeten zeigt (2021 / 2025: + 96.000 Fälle; + 12,1 Prozent). Die beiden anderen Gruppen konnten ihre Überschuldungsbetroffenheit seit 2021 deutlicher verringern, begleitet und verstärkt durch staatliche Hilfs-

**2025 hat die  
Trendumkehr begonnen**

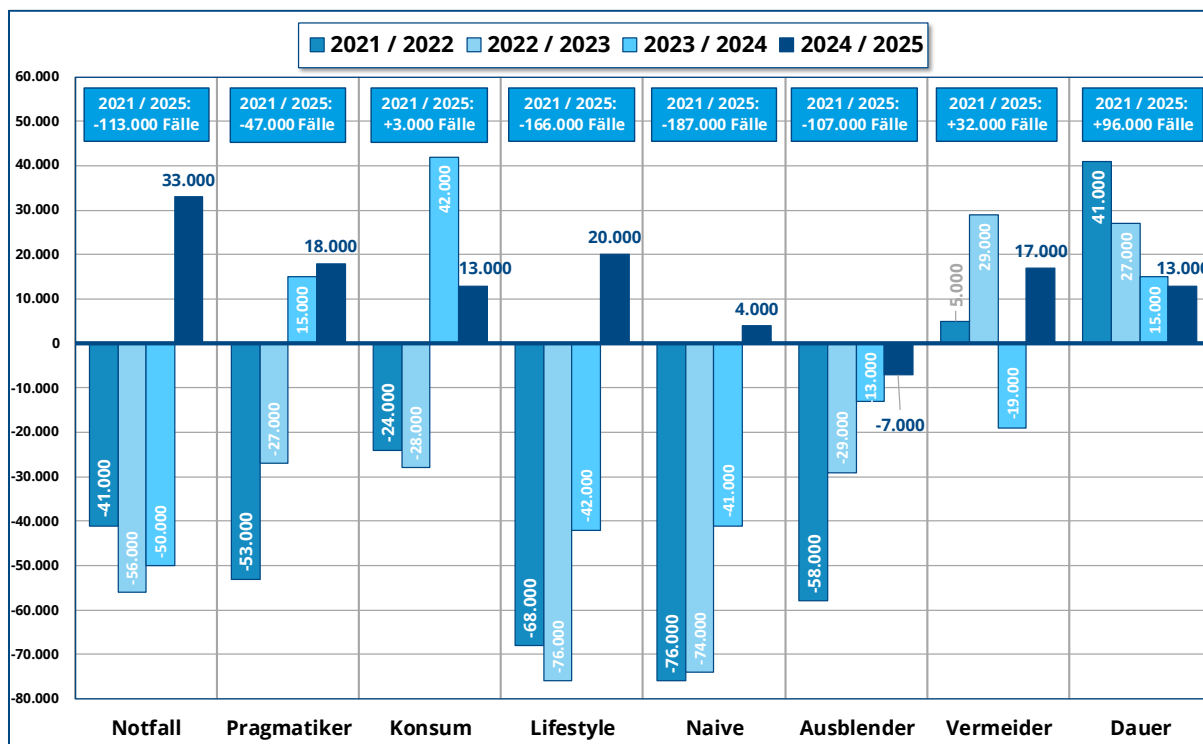
**Die „nachhaltige  
Überschuldung“ steigt  
aktuell weniger stark an,  
geht aber zugleich im  
Vergleich zu 2021  
weniger stark zurück**

maßnahmen und Ausgabenvorsicht. Die Anzahl von Überschuldungspragmatikern, Überschuldungsnaiven und Überschuldungsvermeidern („Periodische Überschuldung“, Anteil 2025: 26,7 Prozent; + 0,2 Punkte; absolut: - 202.000 Fälle) nimmt absolut etwas ab gegenüber der Zahl der Konsum- und Lifestyle-Überschuldeten („Temporäre Überschuldung“, Anteil 2025: 22,6 Prozent; + 0,1 Punkte; - 162.000 Fälle).

**Anstiege bei Konsum-, Lifestyle-Überschuldeten und Überschuldungspragmatikern korrespondieren mit der weiterhin hohen Nachfrage nach Ratenkrediten und BNPL-Angeboten**

Die Befunde für Konsum-, Lifestyle-Überschuldete und Überschuldungspragmatiker korrespondieren mit den Basistrends des letzten Jahres: der stark gestiegenen und weiterhin zunehmenden Nachfrage nach Ratenkrediten und den „Buy now, pay later“-Angeboten (BNPL). Diese zielen vor allem auf jüngere, internetaffine und besonders konsumoffene Zielgruppen. Die aktuellen Daten der Typologie-Analyse legen den Befund einer grundlegenden Trendumkehr in der Überschuldungsentwicklung nahe. Die inneren Verschiebungen zeigen, dass die Überschuldungsbetroffenheit einzelner Personengruppen zum Teil merklich zugenommen hat. Generell deutet einiges darauf hin, dass der finanzielle Puffer vieler Menschen nach fünf Jahren Dauerkrise dünner geworden ist. Kurz: Überschuldungsrisiko und Überschuldungsfälle sind gestiegen.

**Abb. 11.: microm Überschuldungstypologie: Abweichungswerte der Überschuldungsfälle für die acht Typen 2021 bis 2025**



## **4 Überschuldungs- treiber Lebens- haltungs-, Energie- und Wohnkosten in Deutschland**

## 4.1 Die Entwicklung von Lebenshaltungs-, Energie- und Wohnkosten in Deutschland und ihr Einfluss auf das Überschuldungsrisiko

**Bereits 2018:**  
„Bedeutung steigender Miet- und Immobilienpreise für die Überschuldungsentwicklung in Deutschland“

**Seit 2022 Lebensmittel um rund 39 Prozent, Energie um knapp 36 Prozent teurer**

**2024: 12 Prozent der Bevölkerung lebten in Haushalten, die durch Wohnkosten überbelastet waren**

Der Anstieg der Lebenshaltungs- und Wohnkosten hat unbestritten Bedeutung für die Überschuldungsentwicklung in Deutschland. Bereits im SchuldnerAtlas Deutschland 2018, als rund 6,93 Millionen Verbraucher in Deutschland überschuldet waren, befasste sich ein Exkurs mit der „Bedeutung steigender Miet- und Immobilienpreise für die Überschuldungsentwicklung in Deutschland“. Seinerzeit musste befürchtet werden, dass die Überschuldungszahlen wieder über die Sieben-Millionen-Grenze steigen würde. Die große Teuerungswelle ist zwar ausgelaufen. Seit Monaten bewegt sich die Inflationsrate in Deutschland um die Zwei-Prozent-Marke. Zuletzt stieg die Inflation stärker als erwartet an. Im September lag sie bei 2,4 Prozent.<sup>40</sup> Allerdings sind die Lebensmittel- und Energiepreise seit 2022 deutlich gestiegen, wie der „Inflationsmonitor“ des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) Mitte Oktober berichtet: „Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lagen im September 2025 um 39,3 Prozent höher als im September 2019, also vor Pandemie und Ukrainekrieg. [...] Energie war trotz der Preisrückgänge in den vergangenen beiden Jahren um 35,8 Prozent teurer als 2019, darunter Haushaltsenergie um 45,4 Prozent und Kraftstoffe um 22,6 Prozent.“<sup>41</sup> Derzeit ziehen auch die Kosten für Wohnimmobilien und Eigentumswohnungen in Deutschland wieder an, nachdem sie in Folge der Corona-Pandemie deutlich gesunken waren.<sup>42</sup> Zusammengenommen verschärfen diese Entwicklungen die ökonomische Lage für viele Verbraucher merklich. Erkennbar ist nun die finanzielle Resilienz vieler Verbraucher am Limit angekommen, wie bereits die ifo-Studie dargelegt hat (s. besonders Kapitel 1.3).

Auch die Entwicklung der Wohnkosten in den letzten Jahren ist einer der großen (indirekten) Überschuldungstreiber. Die sogenannten Mietbelastungsquoten vieler Haushalte sind deutlich gestiegen sind. Die Mietbelastungsquote bezeichnet den Anteil am Haushaltsnettoeinkommen, der für die Bruttokaltmiete aufgebracht werden muss. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebten 2024 rund 12 Prozent der Bevölkerung in Deutschland in Haushalten, die

durch Wohnkosten überbelastet waren – das heißt, sie mussten mehr als 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen ausgeben. Die Verbraucher in Deutschland liegen damit über dem EU-Durchschnitt, der 8,2 Prozent beträgt.<sup>43</sup> Hohe Wohnkosten belasten vor allem die Budgets junger Menschen, besonders auch Studierende und Auszubildende: „Das gilt insbesondere für diejenigen, die nicht mehr im Elternhaus leben. Studierende mit eigener Haushaltsführung geben im Durchschnitt 53 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnkosten aus [...]. Das ist deutlich mehr als die Wohnkostenbelastung der Gesamtbevölkerung, die im Schnitt bei knapp 25 Prozent lag. Die Wohnkostenbelastung für alleinlebende Studierende liegt mit durchschnittlich 54 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens ebenfalls sehr hoch.“<sup>44</sup> Die Auswirkungen unterscheiden sich nach Personen- und Einkommensgruppe. Eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB, Berlin) vom Februar 2025 zeigt, dass einkommensstarke Personen im Jahr 2020 etwa 18 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgaben (+ 2 Prozentpunkte gegenüber 1990). Die Mietkostenbelastung blieb beim einkommensstärksten Fünftel der Bevölkerung somit weitgehend stabil. Ganz anders ist die Situation bei Menschen, die zum unteren Fünftel der Einkommensverteilung gehören: Sie wendeten im Durchschnitt rund 44 Prozent ihres gesamten Einkommens für die Miete auf. Damit überschreiten viele Personen eine kritische Grenze der Europäischen Union, die ab einem Mietanteil von 40 Prozent von Mietkostenüberbelastung spricht.<sup>45</sup>

Selbst wenn die Mietbelastungsquoten seit Anfang der 2000er-Jahre annähernd konstant geblieben sind, wie eine Studie des DIW von Ende Oktober 2024 nahelegt, zeigt diese auch, dass besonders ärmere Haushalte eine (oft zu) hohe Mietbelastung tragen. Alleinerziehende und Einpersonenhaushalte sind am stärksten belastet. Die Studienautoren fassen zusammen: „Wohnen entwickelt sich mehr und mehr zur sozialen Frage. Die ärmsten Haushalte zahlen einen deutlich höheren Anteil ihres Einkommens für Miete als Besserverdienende – und die Schere geht immer weiter auseinander.“<sup>46</sup> Dabei liegen Mietschulden im Ranking der häufigsten Schuldenarten weiterhin nur auf Rang 9 und die Höhe der entsprechenden Schulden auf Rang 11 der Überschuldungstatistik des Statistischen Bundesamtes. Der Grund für die hohe Priorität der Begleichung von Mietschulden: Die Nichtzahlung von Mietkosten hat für den Mieter meist harte Folgen. Mietkosten werden selbst bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen meist vorrangig beglichen. Ein weiterer

**Besonders betroffen sind junge Menschen, Studierende, Auszubildende ...**

**... und einkommensschwache Personen-  
gruppen**

**DIW: „Wohnen entwickelt sich mehr und mehr zur sozialen Frage“**

**Mietkosten werden selbst bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen meist vorrangig beglichen**

Überschuldungstreiber sind die Wohnnebenkosten, die nach deutlichen Rückgängen in Folge der „coronaren Wirtschaftskrise“ und der Energiepreiskrise (bis etwa 2023) wieder merklich ansteigen. Die Preise für Wohnungsnebenkosten lagen im August 2025 um etwa 4 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Zum Vergleich: Die Verbraucherpreise insgesamt nahmen im selben Zeitraum um 2,2 Prozent zu.<sup>47</sup>

**Lebenshaltungs- und Heizkosten bleiben trotz Rückgang der Inflation auf hohem Niveau**

Eine Betrachtung der Lebenshaltungskosten zeigt, dass sich das Niveau der Inflationsrate (September 2025: + 2,4 Prozent) wieder in etwa auf Vor-Krisen-Niveau eingependelt hat. Heizen hingegen ist in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich teurer geworden. Vor allem, wer seine Anlage mit Gas, Öl oder Fernwärme betreibt, muss inzwischen deutlich mehr bezahlen. Aber: Die Verbraucher in Deutschland haben sich, zumindest zeitweise, darauf eingestellt. Viele Haushalte hatten ihren Energieverbrauch in den vergangenen Jahren deutlich zurückgefahren.<sup>48</sup> Allerdings verzeichnete die Heizsaison 2024 / 2025 bereits wieder einen deutlichen Anstieg des Heizenergieverbrauchs um rund 24 Prozent, wobei Erdgas mit etwa 28 Prozent den größten Anstieg aufwies. Die Preise für fossile Energieträger sind zudem zwischen 2021 bis 2024 im Mittel um etwa 82 Prozent und die Verbrauchskosten pro Quadratmeter um rund 40 Prozent (gegenüber 2023) gestiegen. In vielen Regionen ist zudem eine Umkehr des Heizverhaltens erkennbar. Nicht wenige Verbraucher haben zuletzt sogar wieder stärker die Heizung aufgedreht, wie ARD online titelt: „Deutsche sparen nicht mehr beim Heizen“ (14.10.2025).

**Der Spardruck beim Heizen hat nachgelassen und sorgt für steigende Kosten**

Es überrascht daher nicht, wenn das Statistische Bundesamt im September 2025 von 4,2 Millionen Menschen berichtet, die bereits 2024 in Haushalten mit Zahlungsrückständen bei Versorgungsbetrieben lebten. Dabei sind Personen aus Mieterhaushalten häufiger im Zahlungsverzug als Personen aus Eigentümerhaushalten. Zudem hat rund ein Drittel der Bevölkerung (32 Prozent) keine Rücklagen für unerwartet anfallende Ausgaben, wie beispielsweise für die Reparatur oder den Austausch defekter Haushaltsgeräte.<sup>49</sup> Eines scheint klar: Die Überschuldungsgefährdung wird in nächsten Monaten für viele Verbraucher in Deutschland weiter zunehmen. Die bereits seit rund fünf Jahren andauernde ökonomische Instabilität und die strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft tun ihr Übriges.

**4,2 Millionen Menschen leben in Haushalten mit Zahlungsrückständen bei Versorgungsbetrieben**

## **5 Blick in die Zukunft: Die Überschuldungs- ampel bleibt auch 2025 im „grünen Bereich“, aber deut- licher Negativtrend**

### **Trendumkehr: Erster Anstieg seit 2018**

### **Die Überschuldungs-ampel bleibt auch 2024 auf „Hellgrün“**

### **Der Negativtrend spiegelt sich in vielen Detaildaten**

### **Der finanzielle Puffer vieler Menschen ist dünner geworden**

Erstmals seit 2018 hat die Zahl überschuldeter Verbraucher wieder zugenommen, nachdem sie sechs Mal in Folge gesunken war. Die Gesamtzahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland steigt auf 5,67 Millionen – ein Plus von rund 111.000 Fällen. Die aktuelle Überschuldungsquote nimmt um 0,07 Punkte zu und liegt derzeit bei 8,16 Prozent. Aus der 2023 konstatierten „verdeckten Trendumkehr“ ist nach einem erneuten Rückgang im letzten Jahr eine messbare Trendwende geworden. Die Überschuldungsampel bleibt allerdings trotz Anstieg auf „Hellgrün“. Die Zahl „weicher Negativmerkmale“ ist mehr als doppelt so stark angestiegen wie die Zahl „harter Negativmerkmale“. Der Anstieg der harten Überschuldungsfälle korrespondiert mit dem „stabilen Zuwachs“ bei den Verbraucherinsolvenzverfahren und dem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Die Zunahme der weichen Überschuldungsfälle korreliert mit der Entwicklung basaler Überschuldungstreiber, die von den Belastungen durch steigende Lebenshaltungs-, Energie- und Wohnkosten bis hin zu einer generell sinkenden finanziellen Belastbarkeit der deutschen Verbraucher reicht.

Der aktuelle Negativtrend spiegelt sich in vielen Detaildaten: Die Gesamtüberschuldungsquote ist in 276 von 400 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland gestiegen (69 Prozent; + 34 Punkte). Die weiche Überschuldungsquote hat sogar in 307 Kreisen oder kreisfreien Städten zugenommen (77 Prozent; + 60 Punkte). Der Anstieg harter Überschuldungsquoten erreicht in etwa das gleiche Niveau wie 2024 (52 Prozent; - 3 Punkte). Überschuldungsquoten und -fälle steigen bei Männern und Frauen zugleich – bei Männern allerdings stärker als bei Frauen. Die Überschuldungszahlen legen besonders deutlich „an den Rändern“ zu: Die Zahl überschuldeter junger (bis unter 30 Jahre) und älterer Personen (über 60 Jahre) nimmt überdurchschnittlich zu. Zudem zeigen sieben von acht Typen der microm Überschuldungstypologie Anstiege der Überschuldungsfälle.

Bei vielen Verbrauchern in Deutschland ist die finanzielle Krisenresilienz gesunken – trotz weiter steigender Reallöhne und vergleichsweise niedrigen Inflationsraten. Vereinfacht formuliert: Der finanzielle Puffer vieler Menschen ist dünner geworden, nicht zuletzt, da Lebensmittel und Energie seit 2022 um fast 40 Prozent teurer geworden sind. Auch die Wohnkosten sind einer der großen (indirekten) Überschuldungstreiber. Die „Mietbelastungsquoten“ sind deutlich gestiegen, nicht für alle Personengruppen, aber für diejenigen,

die zum unteren Fünftel der Einkommensverteilung gehören: Sie wendeten im Durchschnitt in den letzten Jahren rund 44 Prozent ihres gesamten Einkommens für die Miete auf. Damit überschreiten viele Mieter eine kritische Grenze. Die Europäische Union spricht ab einem Mietanteil von 40 Prozent von Mietkostenüberbelastung. Das Statistische Bundesamt berichtete zudem im September 2025 von 4,2 Millionen Menschen, die bereits 2024 in Haushalten mit Zahlungsrückständen bei Versorgungsbetrieben lebten. Viele Verbraucher haben allerdings „multikrisenbedingt“ in den letzten Jahren von ihren Ersparnissen gelebt oder sind mit ihrem Konto ins Minus gerutscht. Kurzfristig hat das geholfen, das Abrutschen in Zahlungsschwierigkeiten und Überschuldung zu verhindern. Zwischen 2020 und 2024 sank die Zahl überschuldeter Menschen um rund 1,3 Millionen Fälle. Die Trendumkehr wird aber auch von anderen Faktoren ausgelöst bzw. verstärkt: Die Zahl arbeitsloser Menschen ist in Deutschland seit 2022 um rund 540.000 Personen gestiegen, die der Langzeitarbeitslosen um rund 120.000 Personen. Im August 2025 wurde erstmals seit Februar 2015 die Drei-Millionen-Grenze überschritten. Auch im Konsumverhalten bleiben problematische Veränderungen virulent: Raten- und Kleinkredite „boomen“. Gleiches gilt für „Buy now, pay later“-Angebote (BNPL), die sich besonders an jüngere, internetaffine und besonders konsumoffene Zielgruppen richten. Die vom Statistischen Bundesamt gemessenen Schuldensummen legen ebenfalls merklich zu.

**Mietbelastung und  
Arbeitslosenzahlen  
steigen**

**Raten- und Kleinkredite  
sowie „Buy now, pay  
later“-Angebote boomen**

Auch 2025 gilt: Überschuldung ist am besten von vorneherein zu vermeiden (Prävention) und Beratungssuchenden sind möglichst frühzeitig adäquate Hilfsangebote (Beratung) an die Hand zu geben. Folgende Querschnittsaufgaben bieten sich an: ein weiterer Aufbau der Vollzeitbeschäftigung, der Ausbau eines bedarfsgerechten Wohnungsangebotes mit entsprechender Mietpreisgestaltung, höhere und gezielte Bildungsinvestitionen zur Förderung von Finanzkompetenz der gesamten Bevölkerung, Stärkung und Ausbau der Insolvenz- und Schuldnerberatung (einschließlich sozialmedizinischer Beratungs- und Informationsangebote zur Gesundheitskompetenz), beispielsweise durch „Familienpaten“ bei besonders stark und dauerhaft überschuldeten Familien, stärkere politische Sensibilisierung für die Belange überschuldeter Personen, die Förderung einer verantwortungsbewussten Kreditvergabe und eine qualifizierte Informationsoffensive zur Überschuldungsproblematik sowie eine stärkere Einbindung der Überschuldungsforschung in die Armuts- und Bildungsdebatte.

**Allgemeine Maßnahmen  
und Handlungs-  
anregungen**



## **6 Ergebnisse kompakt**

Die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland hat erstmals seit 2018 wieder zugenommen, nachdem sie sechs Mal in Folge gesunken war. Für die gesamte Bundesrepublik wird zum Stichtag 1. Oktober 2025 eine Überschuldungsquote von 8,16 Prozent gemessen (+ 0,07 Prozentpunkte). Rund 5,67 Millionen Bürger über 18 Jahre sind überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 111.000 Personen mehr als noch im letzten Jahr (+ 2,0 Prozent). Die Überschuldungsquote für Deutschland bleibt dennoch zum fünften Mal in Folge deutlich unter der Neun-Prozent-Marke, die Zahl der Überschuldungsfälle unter der Sechs-Millionen-Grenze.

Die Zahlen „harter“ und „weicher“ Überschuldungsfälle steigen gleichzeitig, dabei nimmt die Zahl weicher Fälle etwa doppelt so stark zu wie die der harten Fälle. Die Zahl harter Überschuldungsfälle steigt erstmals seit 2017 (+ 39.000 Fälle; + 1,2 Prozent), nachdem sie seit 2018 durchgehend gesunken war. In den letzten sieben Jahren war sie um über eine Million Fälle gesunken, am stärksten in den Jahren der Corona-Pandemie zwischen 2020 und 2023 (2023: - 236.000 Fälle; - 7,0 Prozent; 2022: - 220.000 Fälle; - 6,1 Prozent). Zugleich ist 2025 die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität deutlich angestiegen (+ 72.000 Fälle; + 3,0 Prozent), nachdem sie ebenfalls 2020 / 2022 coronabedingt um über eine halbe Million Fälle gesunken war. Allein 2021 hatte der Rückgang der weichen Überschuldungsfälle rund 470.000 Fälle betragen (- 15,5 Prozent). Zuletzt hatte die weiche Überschuldung 2023 zugenommen, wenn auch nur leicht (+ 3.000 Fälle; + 0,1 Prozent).

Der Negativtrend zeigt sich in Ostdeutschland weniger stark als im Westen, auch wenn die Zahl der Überschuldungsfälle in beiden Teilen Deutschlands angestiegen ist. Im Westen steigt die Quote erstmals nach sieben Rückgängen, in Ostdeutschland sinkt sie bereits zum neunten Mal in Folge. Die Überschuldungsquote sinkt in Ostdeutschland minimal auf 8,35 Prozent (- 0,01 Punkte), in Westdeutschland steigt sie auf 8,13 Prozent (+ 0,09 Punkte). Insgesamt sind derzeit im Osten rund 0,88 Millionen Personen überschuldet (+ 5.000 Fälle; + 0,5 Prozent). Im Vorjahr betrug der Rückgang noch 3,0 Prozent. Im Westen steigt die Zahl überschuldeter Verbraucher deutlich von 4,69 Millionen auf rund 4,79 Millionen Fälle (+ 106.000 Fälle; + 2,3 Prozent; 2023 / 2024: - 67.000 Fälle; - 1,4 Prozent). Die Überschuldungsspirale dreht sich im Osten Deutschlands trotz Anstieg der Überschuldungszahlen weiterhin langsamer als im

Westen. So gehen im Osten die Fälle mit hoher Überschuldungsintensität erneut zurück (- 0,4 Prozent), während ihre Zahl im Westen weiter zulegt (+ 1,6 Prozent). Fälle mit weichen Negativmerkmalen legen allerdings in beiden Teilen zu, wenn auch im Osten (+ 1,8 Prozent) weniger stark als im Westen (+ 3,2 Prozent).

Die insgesamt negative Überschuldungsentwicklung zeigt sich auch in den Bundesländern. Zwar weisen immer noch sechs Bundesländer einen Rückgang der Überschuldungsquote auf (2024: 12), allerdings verzeichnen acht Bundesländer einen Anstieg der Gesamtquote (2024: 4). In Niedersachsen und Rheinland-Pfalz stagniert sie. Nach Überschuldungsfällen zeigen nur drei Bundesländer einen leichten Positivtrend: Mecklenburg-Vorpommern (8,39 Prozent; - 0,14 Punkte), Thüringen (7,44 Prozent; - 0,01 Punkte) und Brandenburg (7,48 Prozent; - 0,06 Punkte). Die stärksten Anstiege zeigen 2025 Bremen (12,11 Prozent; + 0,30 Punkte) und Nordrhein-Westfalen (9,79 Prozent; + 0,20 Punkte). Danach folgen Baden-Württemberg (6,88 Prozent; + 0,14 Punkte) und Bayern (6,05 Prozent; + 0,12 Punkte) – beide stellen jeweils 20.000 neue Überschuldungsfälle. Schlusslichter bleiben wie in den Vorjahren Bremen (12,11 Prozent; + 0,20 Punkte), Sachsen-Anhalt (10,73 Prozent; + 0,05 Punkte) und Berlin (10,01 Prozent; - 0,15 Punkte).

Der Negativtrend zeigt sich auch nach Geschlecht und Alter. Die Überschuldungsquote von Männern nimmt 2025 mit 10,20 Prozent (+ 0,11 Punkte) stärker zu als die von Frauen (6,21 Prozent; + 0,03 Punkte). Derzeit sind rund 3,47 Millionen überschuldete Personen männlichen und 2,20 Millionen weiblichen Geschlechts. Die Statistik weist bei den Männern rund 78.000 neue Überschuldungsfälle (+ 2,3 Prozent) aus, bei Frauen steigt die Zahl um rund 32.000 Fälle (+ 1,5 Prozent). Der Anstieg der harten Überschuldung liegt bei den Männern bei rund 24.000 Fällen (+ 1,2 Prozent), bei den Frauen mit knapp 16.000 Fällen anteilig etwas darüber (+ 1,4 Prozent). Die Zunahme der weichen Überschuldung ist bei den Männern (+ 55.000 Fälle; + 2,3 Prozent) wiederum merklich stärker ausgeprägt als bei den Frauen (+ 16.000 Fälle; + 1,6 Prozent). 2025 weisen fast alle Altersgruppen Anstiege der Überschuldungsfälle auf – bis auf die Gruppe der 50- bis 59-Jährigen. Die Überschuldungszahlen legen aber deutlich „an den Rändern“ zu. Die Zahl überschuldeter Personen unter 30 Jahre steigt merklich (0,74 Millionen; + 19.000 Fälle; + 2,6 Prozent). Die Quote steigt auf 6,95 Prozent (+ 0,19 Punkte). Die Zahl überschuldeter Personen über 70 Jahren nimmt um rund

23.000 auf 0,40 Millionen Fälle zu (+ 5,7 Prozent). Die spezifische Überschuldungsquote steigt um 0,13 Punkte auf 3,12 Prozent. Bei den Jüngeren nimmt die harte Überschuldung (+ 12.000 Fälle; + 2,8 Prozent) stärker zu als die weiche (+ 7.000 Fälle; + 2,2 Prozent). Bei den über 70-Jährigen ist die Entwicklung ähnlich (hart: + 11.000 Fälle; + 6,0 Prozent; weich: + 12.000 Fälle; + 5,5 Prozent). Beide Trends sind Grund genug zur Sorge – bei beiden Gruppen gehen Einkommensarmut und mangelnde finanzielle Bildung oft Hand in Hand.

Vertiefende Analysen zeigen, dass die in den letzten Jahren wirksame positive Dynamik der „ökonomischen Multikrisen“ offensichtlich aufgebraucht ist. Zwischen 2020 und 2024 sank die Zahl überschuldeter Menschen in Deutschland um rund 1,3 Millionen Fälle. Hierzu trugen Konsumzurückhaltung, Ausgabenvorsicht sowie die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen während der Corona-Pandemie und der Energiepreiskrise erheblich bei. Eine Analyse des ifo-Instituts München belegt diese Einschätzung: „Die Verbraucher haben die Multikrise dank starker nominaler Lohnzuwächse mit bemerkenswerter Resilienz gemeistert.“ Aber: Viele Verbraucher haben „multikrisenbedingt“ auch von ihren Ersparnissen gelebt oder sind mit ihrem Konto ins Minus gerutscht. Kurzfristig hat das geholfen, ein Abrutschen in Zahlungsschwierigkeiten zu verhindern. Nun ist der finanzielle Puffer vieler Menschen dünner geworden, nicht zuletzt da Lebensmittel und Energie seit 2022 um fast 40 Prozent teurer geworden sind. Zudem sind auch die Wohnkosten einer der großen (indirekten) Überschuldungstreiber.

Die aktuellen Daten legen nahe, dass aus der bereits 2023 konstatierten „verdeckten Trendumkehr“ und einem erneuten Rückgang im letzten Jahr eine messbare Trendwende geworden ist. So zeigen in diesem Jahr auch Städte und Kreise merkliche Anstiege der Überschuldungsdaten, die bislang entweder eher geringe Überschuldungsquoten oder meist nur geringe Anstiege aufwiesen. 2025 fällt der Flächenkreis Rhein-Kreis Neuss (NRW) auf, dessen vergleichsweise niedrige Überschuldungsquote von 8,23 auf 8,69 Prozent angestiegen ist (+ 0,46 Punkte; + 2.100 Fälle). Das Plus (+ 7 Prozent) fällt mehr als dreimal so hoch aus wie im Bundesschnitt (+ 2 Prozent). Aber auch die beiden Groß- und Landeshauptstädte München (97.800 Fälle; + 3.800 Fälle; + 4 Prozent) und Stuttgart (41.900 Fälle; + 1.200 Fälle; + 3 Prozent) weisen 2025 deutlich mehr Überschuldungsfälle auf als noch im letzten Jahr.

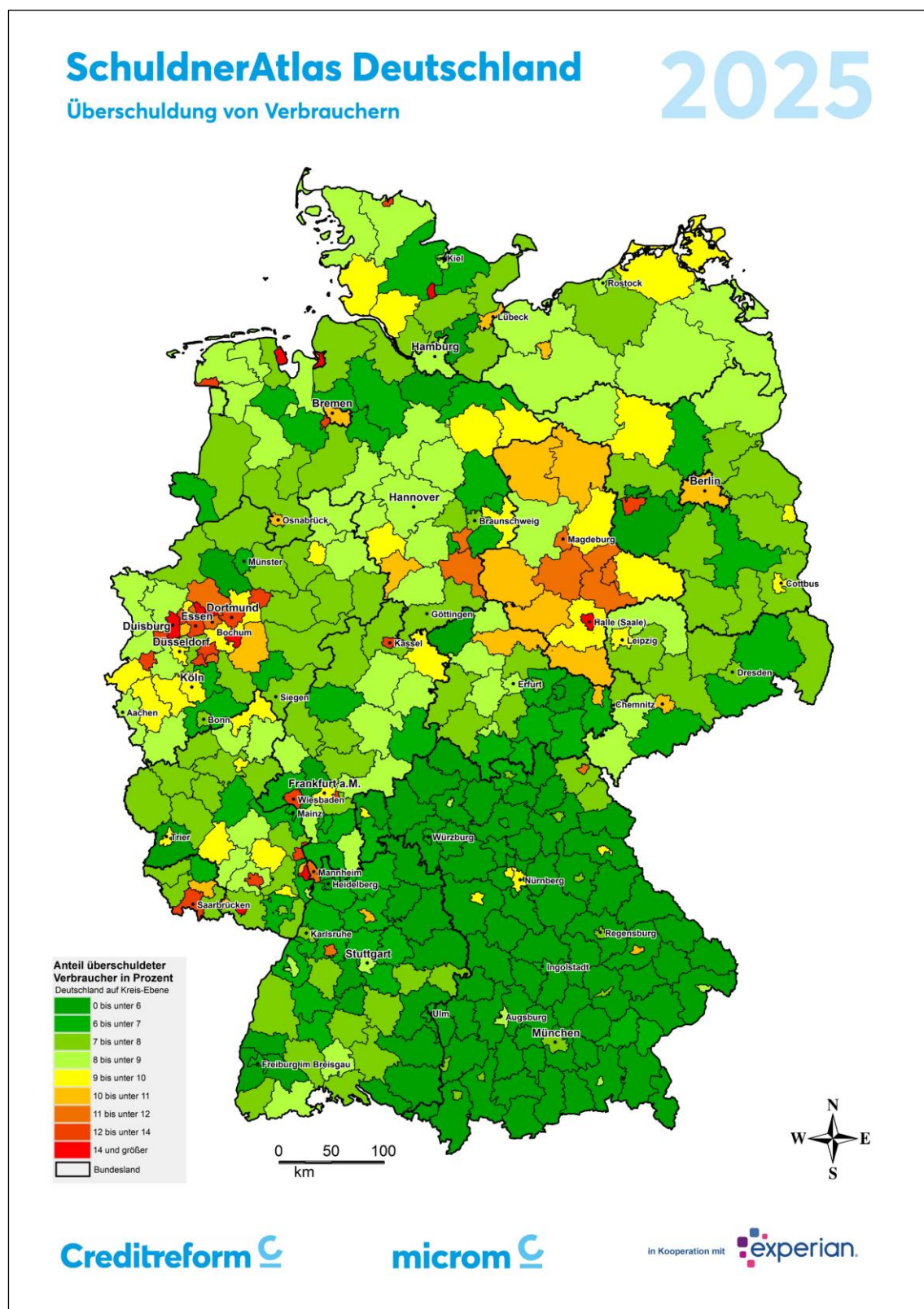
## **7 Basisdaten: Karten und Tabellen**

## 7.1 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

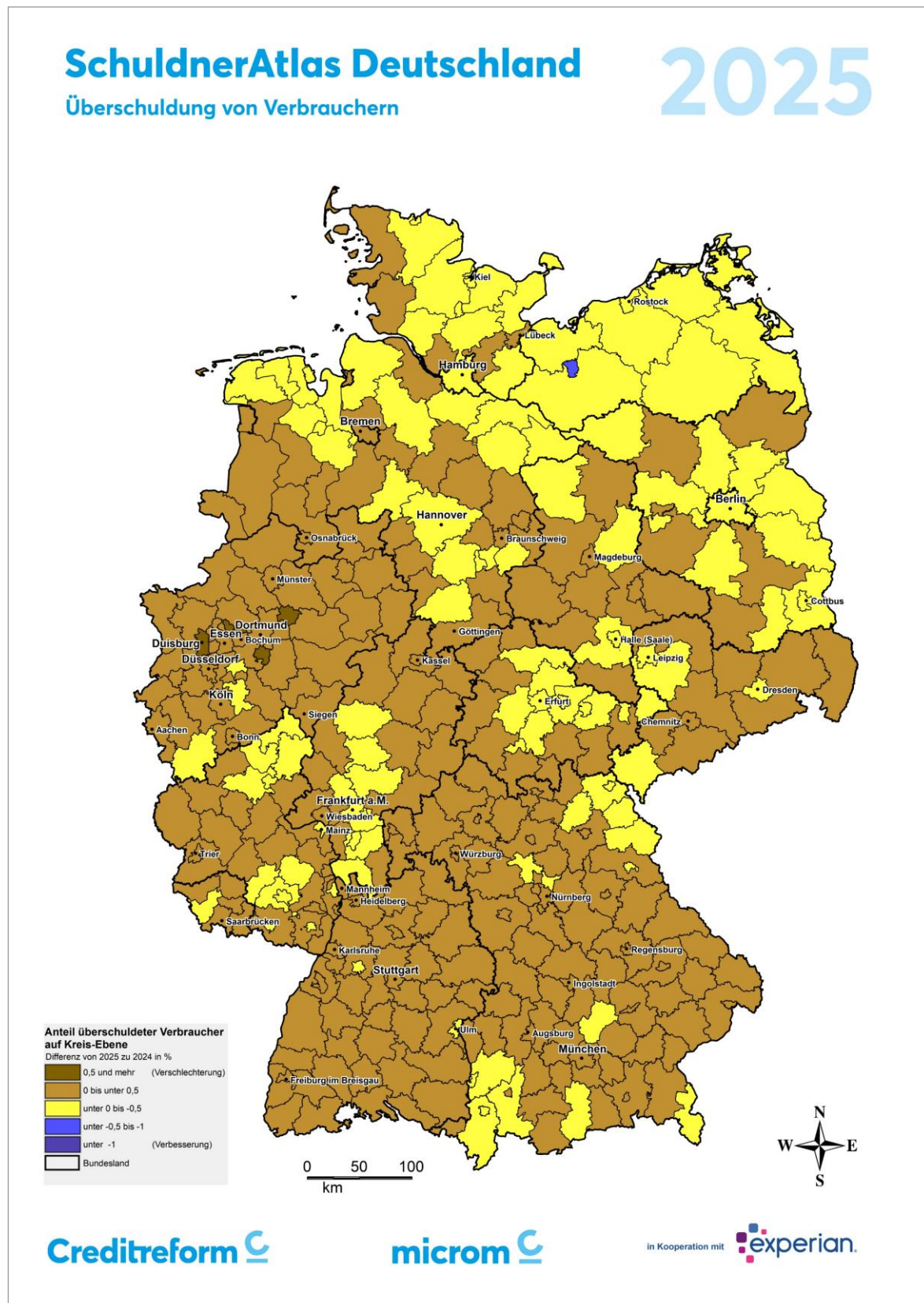
|            |                                                                                                                                   |    |
|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Tab. 1.:   | Überschuldungsquoten in Deutschland 2021 bis 2025 .....                                                                           | 13 |
| Tab. 2.:   | Die Veränderung der Hauptüberschuldungsauslöser („Big Six“) 2008 / 2025 und eine Projektion.....                                  | 19 |
| Tab. 3.:   | Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2021 bis 2025 .....                                                  | 20 |
| Tab. 4.:   | Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2021 bis 2025 .....                                                                       | 21 |
| Tab. 5.:   | Das Schuldenvolumen in Deutschland 2020 bis 2025 laut Statistischem Bundesamt, Hochrechnung<br>auf der Basis von Realwerten.....  | 25 |
| Tab. 6.:   | Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2020 bis 2025 .....                                                          | 26 |
| Tab. 7.:   | Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2021 bis 2025 .....                                   | 30 |
| Tab. 8.:   | Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2023 bis 2025 .....                                     | 34 |
| Tab. 9.:   | Synopse: Die Entwicklung überschuldungsaffiner Wirtschaftsindikatoren 2021 bis 2025 (Stand:<br>September 2025) .....              | 39 |
| Tab. 10.:  | microm ÜberschuldungsTypologie: Basis- und Abweichungswerte 2024 / 2025 .....                                                     | 42 |
| Abb. 11.:  | microm ÜberschuldungsTypologie: Abweichungswerte der Überschuldungsfälle für die acht Typen<br>2021 bis 2025 .....                | 48 |
| Karte 12.: | SchuldnerAtlas Deutschland 2025 nach Kreisen und kreisfreien Städten .....                                                        | 63 |
| Karte 13.: | SchuldnerAtlas Deutschland 2025: Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2024 / 2025 .....                            | 64 |
| Tab. 14.:  | Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2025 .....                                                                           | 65 |
| Tab. 15.:  | Hauptüberschuldungsauslöser 2018 bis 2025 – „big six“ gemäß Statistischem Bundesamt.....                                          | 66 |
| Tab. 16.:  | Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2025.....                                                | 67 |
| Tab. 17.:  | Überschuldete Personen n. Geschlecht / Überschuldungsintensität 2019 bis 2025 .....                                               | 67 |
| Tab. 18.:  | Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2013 bis 2025 .....                                                                       | 68 |
| Tab. 19.:  | Überschuldete Personen nach Altersgruppen 2015 bis 2025 .....                                                                     | 69 |
| Tab. 20.:  | Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in West- und Ostdeutschland 2015 bis<br>2025 (Basiswerte in Millionen) ..... | 69 |
| Tab. 21.:  | Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2012 bis 2025 .....                                                   | 70 |
| Tab. 22.:  | Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2005 / 2025.....                                      | 70 |
| Tab. 23.:  | Die Überschuldungsquoten der 16 Landeshauptstädte im Ranking 2020 bis 2025 .....                                                  | 71 |
| Tab. 24.:  | Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2025: Rang 1 bis<br>10.....                        | 71 |
| Tab. 25.:  | Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2025: Rang 400 bis 391 .....                                                 | 72 |
| Tab. 26.:  | Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem stärksten Rückgang der Überschuldungsquote<br>2024 / 2025.....                     | 72 |
| Tab. 27.:  | Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2024 /<br>2025 .....                      | 72 |
| Tab. 28.:  | Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote<br>2004 / 2025.....                      | 73 |
| Tab. 29.:  | Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 /<br>2025 .....                      | 73 |
| Tab. 30.:  | Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten<br>Überschuldungsquoten 2025.....                      | 73 |

## 7.2 Karten

Karte 12.: SchuldnerAtlas Deutschland 2025 nach Kreisen und kreisfreien Städten



Karte 13.: SchuldnerAtlas Deutschland 2025: Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2024 / 2025



Legende: blau = starke Verbesserungen / gelb = leichte Verbesserungen / hellbraun = leichte Verschlechterungen / dunkelbraun = starke Verschlechterungen

## 7.3 Tabellen

**Tab. 14.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2025**

| Jahr | Einwohner  | Personen über 18 Jahre | Überschuldete Personen | Überschuldungsquote | Überschuldete Haushalte |
|------|------------|------------------------|------------------------|---------------------|-------------------------|
| 2004 | 82,50 Mio. | 67,13 Mio.             | 6,54 Mio.              | 9,74%               | 3,10 Mio.               |
| 2005 | 82,44 Mio. | 67,30 Mio.             | 7,02 Mio.              | 10,43%              | 3,33 Mio.               |
| 2006 | 82,31 Mio. | 67,29 Mio.             | 7,19 Mio.              | 10,68%              | 3,47 Mio.               |
| 2007 | 82,22 Mio. | 67,63 Mio.             | 7,34 Mio.              | 10,85%              | 3,54 Mio.               |
| 2008 | 82,00 Mio. | 67,97 Mio.             | 6,87 Mio.              | 10,11%              | 3,36 Mio.               |
| 2009 | 81,80 Mio. | 68,12 Mio.             | 6,19 Mio.              | 9,09%               | 3,04 Mio.               |
| 2010 | 81,68 Mio. | 68,26 Mio.             | 6,49 Mio.              | 9,50%               | 3,19 Mio.               |
| 2011 | 80,33 Mio. | 68,26 Mio.             | 6,41 Mio.              | 9,38%               | 3,21 Mio.               |
| 2012 | 80,52 Mio. | 68,31 Mio.             | 6,59 Mio.              | 9,65%               | 3,31 Mio.               |
| 2013 | 80,77 Mio. | 67,14 Mio.             | 6,58 Mio.              | 9,81%               | 3,30 Mio.               |
| 2014 | 81,20 Mio. | 67,43 Mio.             | 6,67 Mio.              | 9,90%               | 3,34 Mio.               |
| 2015 | 82,18 Mio. | 67,69 Mio.             | 6,72 Mio.              | 9,92%               | 3,33 Mio.               |
| 2016 | 82,52 Mio. | 68,05 Mio.             | 6,85 Mio.              | 10,06%              | 3,40 Mio.               |
| 2017 | 82,79 Mio. | 68,83 Mio.             | 6,91 Mio.              | 10,04%              | 3,45 Mio.               |
| 2018 | 83,02 Mio. | 69,03 Mio.             | 6,93 Mio.              | 10,04%              | 3,46 Mio.               |
| 2019 | 83,17 Mio. | 69,24 Mio.             | 6,92 Mio.              | 10,00%              | 3,46 Mio.               |
| 2020 | 83,16 Mio. | 69,41 Mio.             | 6,85 Mio.              | 9,87%               | 3,42 Mio.               |
| 2021 | 83,24 Mio. | 69,48 Mio.             | 6,16 Mio.              | 8,86%               | 3,08 Mio.               |
| 2022 | 83,12 Mio. | 69,41 Mio.             | 5,88 Mio.              | 8,48%               | 2,95 Mio.               |
| 2023 | 83,46 Mio. | 69,37 Mio.             | 5,65 Mio.              | 8,15%               | 2,83 Mio.               |
| 2024 | 83,58 Mio. | 68,73 Mio.             | 5,56 Mio.              | 8,09%               | 2,78 Mio.               |
| 2025 | 83,63 Mio. | 69,46 Mio.             | 5,67 Mio.              | 8,16%               | 2,83 Mio.               |

Quelle für Einwohner 2004 bis 2025: Statistisches Bundesamt, Datenbank GENESIS, Bevölkerung auf Grundlage der Zensusdaten 2011, ab 2024: Zensus 2022 (Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes). Revidierte Werte für Einwohnerzahlen 2021 bis 2024; Wert für 2025: eigene Hochrechnung. – Quelle für Haushalte 2004 bis 2020: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2035, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2017, 28.02.2017. Quelle für Haushalte ab 2021: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2040, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2020, 20.03.2020. Revidierte Werte für überschuldete Haushalte für 2024.

### **Zuordnung Kreise / kreisfreie Städte**

Die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte hatte sich bereits 2023 von 401 auf 400 verringert. Die bisher kreisfreie Stadt Eisenach gehört seit 1. Juli 2021 zum Wartburgkreis. Zunächst galt die 2019 vom Thüringer Landtag beschlossene Fusion aber nur juristisch. Erst zum 1. Januar 2022 gingen die Aufgaben an den Landkreis über. Zuletzt hatte sich 2017 die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte von 402 auf 401 verringert. Der Landkreis Göttingen entstand am 1. November 2016 durch die Fusion des bisherigen Landkreises Göttingen mit dem Landkreis Osterode am Harz. Seit 2007 / 2008 hatte sich die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte durch Kreisgebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern (4. September 2011), Sachsen-Anhalt (1. Juli 2007) und Sachsen (1. August 2008) in mehreren Schritten von ehemals 439 Kreisen und kreisfreien Städten reduziert. Und auch die Gründung der Städteregion Aachen trug 2009 / 2010 zur Verringerung bei.

**Tab. 15.: Hauptüberschuldungsauslöser 2018 bis 2025 – „Big Six“ gemäß Statistischem Bundesamt**

| Überschuldungsfälle                                                                                | 2018    | 2019    | 2020    | 2021    | 2022    | 2023    | 2024    | 2025    |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Die sechs wichtigsten Hauptüberschuldungsgründe                                                    |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Arbeitslosigkeit                                                                                   | 20,0%   | 19,9%   | 19,7%   | 19,9%   | 19,2%   | 18,3%   | 17,4%   | 17,5%   |
| Trennung, Scheidung, Tod                                                                           | 13,1%   | 12,5%   | 12,0%   | 12,2%   | 12,1%   | 12,1%   | 11,5%   | 11,5%   |
| Erkrankung, Sucht, Unfall                                                                          | 15,9%   | 16,3%   | 16,5%   | 16,9%   | 17,4%   | 18,0%   | 18,1%   | 19,0%   |
| Unwirtschaftliche Haushaltsführung                                                                 | 12,9%   | 14,3%   | 14,5%   | 14,3%   | 15,3%   | 14,3%   | 13,7%   | 14,3%   |
| Gescheiterte Selbstständigkeit                                                                     | 8,5%    | 8,3%    | 8,2%    | 8,3%    | 8,4%    | 8,1%    | 8,1%    | 8,1%    |
| Längerfristiges Niedrigeinkommen                                                                   | 8,3%    | 8,7%    | 9,6%    | 10,0%   | 10,1%   | 10,4%   | 10,8%   | 11,7%   |
| Anteile von „Big Six“                                                                              | 78,7%   | 80,0%   | 80,5%   | 81,6%   | 82,5%   | 81,2%   | 79,6%   | 82,1%   |
| Sonstige Auslöser                                                                                  | 21,3%   | 20,0%   | 19,5%   | 18,4%   | 17,5%   | 18,8%   | 20,4%   | 17,9%   |
| Gesamt                                                                                             | 100%    |         |         |         |         |         |         |         |
| Projektion: Überschuldungsfälle nach den sechs wichtigsten Hauptüberschuldungsgründen in Millionen |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Arbeitslosigkeit                                                                                   | 1,39    | 1,38    | 1,35    | 1,23    | 1,13    | 1,03    | 0,97    | 0,99    |
| Trennung, Scheidung, Tod                                                                           | 0,91    | 0,87    | 0,82    | 0,75    | 0,71    | 0,68    | 0,64    | 0,65    |
| Erkrankung, Sucht, Unfall                                                                          | 1,10    | 1,13    | 1,13    | 1,04    | 1,02    | 1,02    | 1,01    | 1,08    |
| Unwirtschaftliche Haushaltsführung                                                                 | 0,89    | 0,99    | 0,99    | 0,88    | 0,90    | 0,81    | 0,76    | 0,81    |
| Gescheiterte Selbstständigkeit                                                                     | 0,59    | 0,57    | 0,56    | 0,51    | 0,49    | 0,46    | 0,45    | 0,46    |
| Längerfristiges Niedrigeinkommen                                                                   | 0,58    | 0,60    | 0,66    | 0,62    | 0,59    | 0,59    | 0,60    | 0,67    |
| Anteile von „Big Six“                                                                              | 5,46    | 5,54    | 5,52    | 5,02    | 4,85    | 4,59    | 4,42    | 4,65    |
| Sonstige Gründe                                                                                    | 1,48    | 1,38    | 1,34    | 1,13    | 1,03    | 1,06    | 1,13    | 1,01    |
| Gesamt                                                                                             | 6,93    | 6,92    | 6,85    | 6,16    | 5,88    | 5,65    | 5,56    | 5,67    |
| Abweichungen der Zahl der Überschuldungsfälle im Vergleich zum Vorjahr                             |         |         |         |         |         |         |         |         |
|                                                                                                    | 18 / 19 | 19 / 20 | 20 / 21 | 21 / 22 | 22 / 23 | 23 / 24 | 24 / 25 | 08 / 25 |
| Arbeitslosigkeit                                                                                   | - 1%    | - 2%    | - 9%    | - 8%    | - 5%    | - 6%    | + 3%    | - 49%   |
| Trennung, Scheidung, Tod                                                                           | - 5%    | - 5%    | - 9%    | - 5%    | ± 0%    | - 7%    | + 2%    | - 31%   |
| Erkrankung, Sucht, Unfall                                                                          | + 2%    | ±0%     | - 8%    | - 2%    | + 3%    | - 1%    | + 7%    | + 46%   |
| Unwirtschaftliche Haushaltsführung                                                                 | + 11%   | ±0%     | - 11%   | + 2%    | - 7%    | - 6%    | + 6%    | + 25%   |
| Gescheiterte Selbstständigkeit                                                                     | - 2%    | - 2%    | - 9%    | - 3%    | - 4%    | - 2%    | + 2%    | - 28%   |
| Längerfristiges Niedrigeinkommen                                                                   | + 5%    | + 9%    | - 6%    | - 3%    | + 3%    | + 2%    | + 11%   | + 191%  |
| Anteile von „Big Six“                                                                              | + 2%    | ± 0%    | - 9%    | - 3%    | - 2%    | - 4%    | + 5%    | - 5%    |
| Sonstige Gründe                                                                                    | - 6%    | - 3%    | - 15%   | - 9%    | - 15%   | + 7%    | - 11%   | - 48%   |
| Gesamt                                                                                             | ± 0%    | - 1%    | - 10%   | - 4%    | - 4%    | - 2%    | + 2%    | - 18%   |

Die Darstellung der „Hauptauslöser der Überschuldung“ (Hauptüberschuldungsgründe) erfolgt seit 2013 aus Gründen der Einheitlichkeit auf Grundlage der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, die seit 2008 vorliegen. Bis 2022 wurden diese einmal jährlich in Form von Pressemitteilungen, Kurzberichten und Excel-Tabellen veröffentlicht. Ab 2023 stehen die Daten in der Online-Datenbank GENESIS für die Jahre ab 2015 zum Download zur Verfügung ([www-genesis.destatis.de](http://www-genesis.destatis.de), Suchbereich Überschuldungsstatistik). Die Werte für 2025 basieren auf einer Hochrechnung. Die Tabelle beinhaltet die prozentualen Anteile der sechs wichtigsten „Hauptüberschuldungsauslöser“ (nach iff-Überschuldungsreport: „Big Six“). Der Überschuldungsauslöser „längerfristiges Niedrigeinkommen“ wird in der amtlichen Überschuldungsstatistik seit 2015 berücksichtigt. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes betrug der Anteil dieser sechs wichtigsten „Hauptauslöser der Überschuldung“ im Jahr 2023 rund 82 Prozent (2024: 80 Prozent). Die Werte für 2025 wurden mithilfe der Vorjahreswerte und der Zahl der Überschuldungsfälle für die Jahre 2008 bis 2025 hochgerechnet sowie die entsprechenden Abweichungswerte berechnet (revidierte Werte für 2024). Unter „sonstige Überschuldungsauslöser“ werden folgende Angaben subsumiert (in Klammern Abweichungswerte zum Vorjahr): Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft, Übernahme oder Mithaftung (2,0 Prozent; - 0,1 Punkte); gescheiterte Immobilienfinanzierung (1,0 Prozent; - 0,1 Punkte); Schadenersatz wegen unerlaubter Handlungen (1,5 Prozent; + 0,2 Punkte); Haushaltsgründung / Geburt eines Kindes (2,2 Prozent; ± 0,0 Punkte); Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen (0,8 Prozent; ± 0,0 Punkte); unzureichende Kredit- oder Bürgschaftsberatung (1,3 Prozent; + 0,1 Punkte) sowie Sonstiges (10,0 Prozent; - 1,6 Punkte).

**Tab. 16.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2025**

| Basiswerte            | Überschuldete Personen (in Millionen) |               |               | Überschuldungsquoten |               |               |
|-----------------------|---------------------------------------|---------------|---------------|----------------------|---------------|---------------|
|                       | Gesamt                                | Männer        | Frauen        | Gesamt               | Männer        | Frauen        |
| 2004                  | 6,54                                  | 4,45          | 2,09          | 9,74%                | 13,55%        | 6,09%         |
| 2005                  | 7,02                                  | 4,74          | 2,27          | 10,43%               | 14,41%        | 6,61%         |
| 2006                  | 7,19                                  | 4,80          | 2,38          | 10,68%               | 14,59%        | 6,94%         |
| 2007                  | 7,34                                  | 4,81          | 2,52          | 10,85%               | 14,52%        | 7,32%         |
| 2008                  | 6,87                                  | 4,44          | 2,43          | 10,11%               | 13,32%        | 7,02%         |
| 2009                  | 6,20                                  | 3,95          | 2,25          | 9,10%                | 11,82%        | 6,47%         |
| 2010                  | 6,49                                  | 4,05          | 2,44          | 9,51%                | 12,09%        | 7,01%         |
| 2011                  | 6,41                                  | 4,09          | 2,32          | 9,39%                | 12,25%        | 6,64%         |
| 2012                  | 6,60                                  | 4,20          | 2,39          | 9,66%                | 12,57%        | 6,86%         |
| 2013                  | 6,59                                  | 4,08          | 2,51          | 9,81%                | 12,55%        | 7,24%         |
| 2014                  | 6,67                                  | 4,12          | 2,56          | 9,90%                | 12,61%        | 7,35%         |
| 2015                  | 6,72                                  | 4,14          | 2,58          | 9,92%                | 12,61%        | 7,39%         |
| 2016                  | 6,85                                  | 4,21          | 2,64          | 10,06%               | 12,72%        | 7,55%         |
| 2017                  | 6,91                                  | 4,24          | 2,68          | 10,04%               | 12,59%        | 7,61%         |
| 2018                  | 6,93                                  | 4,23          | 2,70          | 10,04%               | 12,55%        | 7,65%         |
| 2019                  | 6,92                                  | 4,22          | 2,70          | 10,00%               | 12,46%        | 7,65%         |
| 2020                  | 6,85                                  | 4,17          | 2,69          | 9,87%                | 12,27%        | 7,58%         |
| 2021                  | 6,16                                  | 3,76          | 2,40          | 8,86%                | 11,07%        | 6,75%         |
| 2022                  | 5,88                                  | 3,59          | 2,30          | 8,48%                | 10,56%        | 6,48%         |
| 2023                  | 5,65                                  | 3,43          | 2,22          | 8,15%                | 10,10%        | 6,27%         |
| 2024                  | 5,56                                  | 3,39          | 2,17          | 8,09%                | 10,09%        | 6,17%         |
| <b>2025</b>           | <b>5,67</b>                           | <b>3,47</b>   | <b>2,20</b>   | <b>8,16%</b>         | <b>10,20%</b> | <b>6,21%</b>  |
| <b>Abw. 2024 / 25</b> | <b>+ 0,11</b>                         | <b>+ 0,08</b> | <b>+ 0,03</b> | <b>+ 0,07</b>        | <b>+ 0,11</b> | <b>+ 0,03</b> |
| <i>Abw. 2004 / 25</i> | <i>- 0,87</i>                         | <i>- 0,98</i> | <i>+ 0,11</i> | <i>- 1,58</i>        | <i>- 3,35</i> | <i>+ 0,11</i> |

Abweichungen in Prozentpunkten bzw. in Millionen; Rundungsdifferenzen möglich.

**Tab. 17.: Überschuldete Personen n. Geschlecht / Überschuldungsintensität 2019 bis 2025**

|                               | Männer    |           | Frauen    |           | Gesamt    |           |
|-------------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Überschuldungsfälle: Gesamt   |           |           |           |           |           |           |
| 2019                          | 4.218.000 | - 16.000  | 2.704.000 | + 6.000   | 6.922.000 | - 10.000  |
| 2020                          | 4.167.000 | - 52.000  | 2.687.000 | - 17.000  | 6.853.000 | - 69.000  |
| 2021                          | 3.763.000 | - 403.000 | 2.395.000 | - 292.000 | 6.158.000 | - 695.000 |
| 2022                          | 3.587.000 | - 177.000 | 2.297.000 | - 97.000  | 5.884.000 | - 274.000 |
| 2023                          | 3.429.000 | - 158.000 | 2.222.000 | - 75.000  | 5.651.000 | - 233.000 |
| 2024                          | 3.387.000 | - 42.000  | 2.170.000 | - 52.000  | 5.557.000 | - 94.000  |
| 2025                          | 3.465.000 | + 78.000  | 2.203.000 | + 32.000  | 5.668.000 | + 111.000 |
| Abw. 2013 / 25                |           | - 611.000 |           | - 306.000 |           | - 916.000 |
| Hohe Überschuldungsintensität |           |           |           |           |           |           |
| 2019                          | 2.501.000 | - 76.000  | 1.510.000 | - 49.000  | 4.010.000 | - 125.000 |
| 2020                          | 2.388.000 | - 113.000 | 1.435.000 | - 75.000  | 3.822.000 | - 188.000 |
| 2021                          | 2.254.000 | - 134.000 | 1.344.000 | - 91.000  | 3.597.000 | - 225.000 |
| 2022                          | 2.118.000 | - 136.000 | 1.260.000 | - 84.000  | 3.378.000 | - 220.000 |
| 2023                          | 1.971.000 | - 147.000 | 1.171.000 | - 89.000  | 3.142.000 | - 236.000 |
| 2024                          | 1.957.000 | - 14.000  | 1.173.000 | + 2.000   | 3.130.000 | - 12.000  |
| 2025                          | 1.981.000 | + 24.000  | 1.189.000 | + 16.000  | 3.169.000 | + 39.000  |
| Abw. 2013 / 25                |           | - 403.000 |           | - 214.000 |           | - 618.000 |

|                                  | Männer    |           | Frauen    |           | Gesamt    |           |
|----------------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Geringe Überschuldungsintensität |           |           |           |           |           |           |
| 2019                             | 1.717.000 | + 60.000  | 1.195.000 | + 55.000  | 2.912.000 | + 115.000 |
| 2020                             | 1.779.000 | + 62.000  | 1.252.000 | + 57.000  | 3.031.000 | + 119.000 |
| 2021                             | 1.509.000 | - 270.000 | 1.051.000 | - 201.000 | 2.561.000 | - 470.000 |
| 2022                             | 1.468.000 | - 41.000  | 1.038.000 | - 13.000  | 2.506.000 | - 54.000  |
| 2023                             | 1.457.000 | - 11.000  | 1.052.000 | + 14.000  | 2.509.000 | + 3.000   |
| 2024                             | 1.430.000 | - 27.000  | 998.000   | - 54.000  | 2.427.000 | - 82.000  |
| 2025                             | 1.485.000 | + 55.000  | 1.014.000 | + 16.000  | 2.499.000 | + 72.000  |
| Abw. 2013 / 25                   |           | - 207.000 |           | - 91.000  |           | - 298.000 |

Rundungsdifferenzen möglich.

**Tab. 18.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2013 bis 2025**

|                                     | unter 30      | 30 – 39       | 40 – 49       | 50 – 59       | 60 – 69       | ab 70         | Gesamt        |
|-------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| <b>Überschuldungsquoten: Gesamt</b> |               |               |               |               |               |               |               |
| 2013                                | 15,70%        | 18,13%        | 11,58%        | 8,60%         | 4,68%         | 0,90%         | 9,81%         |
| 2014                                | 15,37%        | 18,63%        | 11,77%        | 8,73%         | 4,96%         | 1,06%         | 9,90%         |
| 2015                                | 14,86%        | 18,81%        | 12,06%        | 8,77%         | 5,25%         | 1,16%         | 9,92%         |
| 2016                                | 14,50%        | 19,17%        | 12,56%        | 8,90%         | 5,51%         | 1,34%         | 10,06%        |
| 2017                                | 14,06%        | 18,93%        | 12,88%        | 8,80%         | 5,48%         | 1,50%         | 10,04%        |
| 2018                                | 13,47%        | 18,57%        | 13,13%        | 8,85%         | 5,65%         | 2,04%         | 10,04%        |
| 2019                                | 12,13%        | 17,72%        | 13,12%        | 9,17%         | 6,36%         | 2,95%         | 10,00%        |
| 2020                                | 9,63%         | 17,31%        | 13,48%        | 9,64%         | 7,04%         | 3,61%         | 9,87%         |
| 2021                                | 6,98%         | 15,13%        | 12,72%        | 9,30%         | 7,32%         | 3,17%         | 8,86%         |
| 2022                                | 6,65%         | 14,12%        | 12,52%        | 8,89%         | 7,06%         | 3,07%         | 8,48%         |
| 2023                                | 6,73%         | 13,72%        | 12,17%        | 8,25%         | 6,59%         | 2,96%         | 8,15%         |
| 2024                                | 6,76%         | 13,29%        | 12,17%        | 8,24%         | 6,54%         | 2,99%         | 8,09%         |
| <b>2025</b>                         | <b>6,95%</b>  | <b>13,39%</b> | <b>12,12%</b> | <b>8,36%</b>  | <b>6,50%</b>  | <b>3,12%</b>  | <b>8,16%</b>  |
| Abw. 2013 / 14                      | - 0,33        | + 0,50        | + 0,19        | + 0,12        | + 0,28        | + 0,16        | + 0,09        |
| Abw. 2014 / 15                      | - 0,51        | + 0,18        | + 0,29        | + 0,04        | + 0,29        | + 0,10        | + 0,03        |
| Abw. 2015 / 16                      | - 0,36        | + 0,36        | + 0,49        | + 0,13        | + 0,27        | + 0,18        | + 0,14        |
| Abw. 2016 / 17                      | - 0,45        | - 0,24        | + 0,33        | - 0,10        | - 0,03        | + 0,16        | - 0,02        |
| Abw. 2017 / 18                      | - 0,59        | - 0,36        | + 0,25        | + 0,04        | + 0,17        | + 0,54        | ± 0,00        |
| Abw. 2018 / 19                      | - 1,34        | - 0,85        | - 0,01        | + 0,32        | + 0,72        | + 0,90        | - 0,04        |
| Abw. 2019 / 20                      | - 2,50        | - 0,40        | + 0,36        | + 0,47        | + 0,68        | + 0,67        | - 0,12        |
| Abw. 2020 / 21                      | - 2,65        | - 2,18        | - 0,76        | - 0,34        | + 0,28        | - 0,44        | - 1,01        |
| Abw. 2021 / 22                      | - 0,32        | - 1,01        | - 0,21        | - 0,40        | - 0,27        | - 0,09        | - 0,39        |
| Abw. 2022 / 23                      | + 0,08        | - 0,40        | - 0,35        | - 0,64        | - 0,47        | - 0,11        | - 0,33        |
| Abw. 2023 / 24                      | + 0,03        | - 0,43        | ± 0,00        | - 0,01        | - 0,05        | + 0,03        | - 0,06        |
| <b>Abw. 2024 / 25</b>               | <b>+ 0,19</b> | <b>+ 0,10</b> | <b>- 0,05</b> | <b>+ 0,12</b> | <b>- 0,04</b> | <b>+ 0,13</b> | <b>+ 0,07</b> |
| Abw. 2013 / 25                      | - 8,75        | - 4,74        | + 0,53        | - 0,24        | + 1,81        | + 2,22        | - 1,65        |

Abweichungen in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

**Tab. 19.: Überschuldete Personen nach Altersgruppen 2015 bis 2025**

|                                       | unter 30       | 30 – 39          | 40 – 49          | 50 – 59          | 60 – 69        | ab 70          | Gesamt           |
|---------------------------------------|----------------|------------------|------------------|------------------|----------------|----------------|------------------|
| <b>Überschuldete Personen: Gesamt</b> |                |                  |                  |                  |                |                |                  |
| 2015                                  | 1.689.000      | 1.827.000        | 1.494.000        | 1.087.000        | 471.000        | 150.000        | 6.718.000        |
| 2016                                  | 1.661.000      | 1.884.000        | 1.495.000        | 1.130.000        | 504.000        | 174.000        | 6.848.000        |
| 2017                                  | 1.655.000      | 1.915.000        | 1.483.000        | 1.143.000        | 522.000        | 194.000        | 6.913.000        |
| 2018                                  | 1.583.000      | 1.908.000        | 1.456.000        | 1.168.000        | 556.000        | 263.000        | 6.932.000        |
| 2019                                  | 1.416.000      | 1.850.000        | 1.409.000        | 1.225.000        | 641.000        | 381.000        | 6.922.000        |
| 2020                                  | 1.113.000      | 1.841.000        | 1.406.000        | 1.298.000        | 725.000        | 470.000        | 6.853.000        |
| 2021                                  | 796.000        | 1.630.000        | 1.296.000        | 1.250.000        | 769.000        | 417.000        | 6.158.000        |
| 2022                                  | 742.000        | 1.534.000        | 1.261.000        | 1.183.000        | 755.000        | 409.000        | 5.884.000        |
| 2023                                  | 745.000        | 1.493.000        | 1.217.000        | 1.078.000        | 722.000        | 397.000        | 5.651.000        |
| 2024                                  | 744.000        | 1.442.000        | 1.216.000        | 1.035.000        | 723.000        | 398.000        | 5.557.000        |
| <b>2025</b>                           | <b>763.000</b> | <b>1.465.000</b> | <b>1.245.000</b> | <b>1.028.000</b> | <b>747.000</b> | <b>420.000</b> | <b>5.668.000</b> |
| Abw. 2015 / 16                        | - 1,7%         | + 3,1%           | ± 0,0%           | + 3,9%           | + 7,1%         | + 16,4%        | + 1,9%           |
| Abw. 2016 / 17                        | - 0,4%         | + 1,6%           | - 0,8%           | + 1,1%           | + 3,5%         | + 11,5%        | + 0,9%           |
| Abw. 2017 / 18                        | - 4,4%         | - 0,4%           | - 1,9%           | + 2,2%           | + 6,4%         | + 35,4%        | + 0,3%           |
| Abw. 2018 / 19                        | - 10,5%        | - 3,0%           | - 3,2%           | + 4,9%           | + 15,4%        | + 44,8%        | - 0,1%           |
| Abw. 2019 / 20                        | - 21,4%        | - 0,5%           | - 0,2%           | + 5,9%           | + 13,0%        | + 23,3%        | - 1,0%           |
| Abw. 2020 / 21                        | - 28,5%        | - 11,4%          | - 7,8%           | - 3,7%           | + 6,1%         | - 11,2%        | - 10,1%          |
| Abw. 2021 / 22                        | - 6,8%         | - 5,9%           | - 2,7%           | - 5,4%           | - 1,8%         | - 1,9%         | - 4,4%           |
| Abw. 2022 / 23                        | + 0,4%         | - 2,7%           | - 3,5%           | - 8,8%           | - 4,5%         | - 3,0%         | - 4,0%           |
| Abw. 2023 / 24                        | - 0,2%         | - 3,4%           | ± 0,0%           | - 4,0%           | + 0,2%         | + 0,1%         | - 1,7%           |
| <b>Abw. 2024 / 25</b>                 | <b>+ 2,6%</b>  | <b>+ 1,6%</b>    | <b>+ 2,3%</b>    | <b>- 0,7%</b>    | <b>+ 3,4%</b>  | <b>+ 5,7%</b>  | <b>+ 2,0%</b>    |
| Abw. 2013 / 25                        | - 57,5%        | - 15,0%          | - 18,6%          | + 1,9%           | + 78,3%        | + 280,4%       | - 13,9%          |

Abweichungen in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

**Tab. 20.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in West- und Ostdeutschland 2015 bis 2025 (Basiswerte in Millionen)**

| Überschuldungsintensität | Deutschland   |               |               | Westdeutschland |               |               | Ostdeutschland |               |               |
|--------------------------|---------------|---------------|---------------|-----------------|---------------|---------------|----------------|---------------|---------------|
|                          | Gesamt        | Hoch          | Gering        | Gesamt          | Hoch          | Gering        | Gesamt         | Hoch          | Gering        |
| 2015                     | 6,72          | 3,95          | 2,77          | 5,62            | 3,30          | 2,32          | 1,10           | 0,65          | 0,45          |
| 2016                     | 6,85          | 4,17          | 2,68          | 5,73            | 3,48          | 2,25          | 1,12           | 0,69          | 0,43          |
| 2017                     | 6,91          | 4,22          | 2,69          | 5,79            | 3,53          | 2,27          | 1,12           | 0,69          | 0,43          |
| 2018                     | 6,93          | 4,13          | 2,80          | 5,82            | 3,46          | 2,36          | 1,11           | 0,67          | 0,44          |
| 2019                     | 6,92          | 4,01          | 2,91          | 5,82            | 3,36          | 2,46          | 1,10           | 0,65          | 0,45          |
| 2020                     | 6,85          | 3,82          | 3,03          | 5,77            | 3,20          | 2,57          | 1,08           | 0,62          | 0,47          |
| 2021                     | 6,16          | 3,60          | 2,56          | 5,17            | 3,01          | 2,16          | 0,99           | 0,58          | 0,40          |
| 2022                     | 5,88          | 3,38          | 2,51          | 4,94            | 2,83          | 2,11          | 0,94           | 0,55          | 0,40          |
| 2023                     | 5,65          | 3,14          | 2,51          | 4,75            | 2,64          | 2,12          | 0,90           | 0,51          | 0,39          |
| 2024                     | 5,56          | 3,13          | 2,43          | 4,69            | 2,63          | 2,05          | 0,87           | 0,50          | 0,37          |
| <b>2025</b>              | <b>5,67</b>   | <b>3,17</b>   | <b>2,50</b>   | <b>4,79</b>     | <b>2,67</b>   | <b>2,12</b>   | <b>0,88</b>    | <b>0,49</b>   | <b>0,38</b>   |
| <b>2024 / 25</b>         | <b>+ 0,11</b> | <b>+ 0,04</b> | <b>+ 0,07</b> | <b>+ 0,10</b>   | <b>+ 0,04</b> | <b>+ 0,07</b> | <b>+ 0,01</b>  | <b>- 0,01</b> | <b>+ 0,01</b> |
| 2006 / 25                | - 1,52        | - 0,23        | - 1,29        | - 1,11          | - 0,11        | - 1,00        | - 0,41         | - 0,12        | - 0,29        |

Westdeutschland, einschl. Berlin; Rundungsdifferenzen möglich.

**Tab. 21.: Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2012 bis 2025**

| Zeitraum                          | Hohe Überschuldungsintensität |                  | Geringe Überschuldungsintensität |                    |
|-----------------------------------|-------------------------------|------------------|----------------------------------|--------------------|
|                                   | Abw. Prozent                  | Fälle            | Abw. Prozent                     | Fälle              |
| 2012 / 2013                       | + 0,3%                        | + 11.000         | - 0,7%                           | - 21.000           |
| 2013 / 2014                       | + 2,8%                        | + 105.000        | - 0,6%                           | - 16.000           |
| 2014 / 2015                       | + 1,5%                        | + 57.000         | - 0,5%                           | - 13.000           |
| 2015 / 2016                       | + 5,6%                        | + 220.000        | - 3,2%                           | - 89.000           |
| 2016 / 2017                       | + 1,2%                        | + 52.000         | + 0,5%                           | + 12.000           |
| 2017 / 2018                       | - 2,1%                        | - 87.000         | + 3,9%                           | + 106.000          |
| 2018 / 2019                       | - 3,0%                        | - 124.000        | + 4,1%                           | + 115.000          |
| 2019 / 2020                       | - 4,7%                        | - 188.000        | + 4,1%                           | + 119.000          |
| 2020 / 2021                       | - 5,9%                        | - 225.000        | - 15,5%                          | - 470.000          |
| 2021 / 2022                       | - 6,1%                        | - 220.000        | - 2,1%                           | - 54.000           |
| 2022 / 2023                       | - 7,0%                        | - 236.000        | + 0,1%                           | + 3.000            |
| 2023 / 2024                       | - 0,4%                        | - 12.000         | - 3,3%                           | - 82.000           |
| <b>2024 / 2025</b>                | <b>+ 1,2%</b>                 | <b>+ 39.000</b>  | <b>+ 3,0%</b>                    | <b>+ 72.000</b>    |
| <b>Abw. 2006 / 2025</b>           | <b>- 6,8%</b>                 | <b>- 231.000</b> | <b>- 34,0%</b>                   | <b>- 1.288.000</b> |
| <i>nachrichtlich: 2006 / 2024</i> | <i>- 7,9%</i>                 | <i>- 270.000</i> | <i>- 35,9%</i>                   | <i>- 1.360.000</i> |

Rundungsdifferenzen möglich.

**Tab. 22.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2005 / 2025**

| Jahr                  | Überschuldete Personen |                  |                  | Überschuldungsquoten |               |               |                |
|-----------------------|------------------------|------------------|------------------|----------------------|---------------|---------------|----------------|
|                       | West                   | Ost              | Gesamt           | West                 | Ost           | Gesamt        | Sprei-<br>zung |
| 2005                  | 5,75 Mio.              | 1,27 Mio.        | 7,02 Mio.        | 10,27%               | 11,16%        | 10,43%        | + 0,89         |
| 2006                  | 5,90 Mio.              | 1,29 Mio.        | 7,19 Mio.        | 10,55%               | 11,35%        | 10,68%        | + 0,81         |
| 2007                  | 6,03 Mio.              | 1,31 Mio.        | 7,34 Mio.        | 10,72%               | 11,50%        | 10,85%        | + 0,78         |
| 2008                  | 5,70 Mio.              | 1,17 Mio.        | 6,87 Mio.        | 10,07%               | 10,30%        | 10,11%        | + 0,23         |
| 2009                  | 5,17 Mio.              | 1,03 Mio.        | 6,19 Mio.        | 9,10%                | 9,08%         | 9,09%         | - 0,02         |
| 2010                  | 5,41 Mio.              | 1,07 Mio.        | 6,49 Mio.        | 9,51%                | 9,45%         | 9,50%         | - 0,06         |
| 2011                  | 5,36 Mio.              | 1,05 Mio.        | 6,41 Mio.        | 9,40%                | 9,29%         | 9,38%         | - 0,12         |
| 2012                  | 5,51 Mio.              | 1,09 Mio.        | 6,60 Mio.        | 9,63%                | 9,75%         | 9,65%         | + 0,12         |
| 2013                  | 5,50 Mio.              | 1,09 Mio.        | 6,58 Mio.        | 9,78%                | 9,97%         | 9,81%         | + 0,19         |
| 2014                  | 5,57 Mio.              | 1,10 Mio.        | 6,67 Mio.        | 9,84%                | 10,17%        | 9,90%         | + 0,33         |
| 2015                  | 5,62 Mio.              | 1,10 Mio.        | 6,72 Mio.        | 9,86%                | 10,26%        | 9,92%         | + 0,40         |
| 2016                  | 5,73 Mio.              | 1,12 Mio.        | 6,85 Mio.        | 10,00%               | 10,43%        | 10,06%        | + 0,43         |
| 2017                  | 5,79 Mio.              | 1,12 Mio.        | 6,91 Mio.        | 9,97%                | 10,42%        | 10,04%        | + 0,45         |
| 2018                  | 5,82 Mio.              | 1,11 Mio.        | 6,93 Mio.        | 9,98%                | 10,40%        | 10,04%        | + 0,42         |
| 2019                  | 5,82 Mio.              | 1,10 Mio.        | 6,92 Mio.        | 9,94%                | 10,33%        | 10,00%        | + 0,39         |
| 2020                  | 5,77 Mio.              | 1,08 Mio.        | 6,85 Mio.        | 9,82%                | 10,20%        | 9,87%         | + 0,38         |
| 2021                  | 5,17 Mio.              | 0,99 Mio.        | 6,16 Mio.        | 8,79%                | 9,29%         | 8,86%         | + 0,50         |
| 2022                  | 4,94 Mio.              | 0,94 Mio.        | 5,88 Mio.        | 8,40%                | 8,93%         | 8,48%         | + 0,53         |
| 2023                  | 4,75 Mio.              | 0,90 Mio.        | 5,65 Mio.        | 8,08%                | 8,53%         | 8,15%         | + 0,45         |
| 2024                  | 4,69 Mio.              | 0,87 Mio.        | 5,56 Mio.        | 8,04%                | 8,36%         | 8,09%         | + 0,32         |
| <b>2025</b>           | <b>4,79 Mio.</b>       | <b>0,88 Mio.</b> | <b>5,67 Mio.</b> | <b>8,13%</b>         | <b>8,35%</b>  | <b>8,16%</b>  | <b>+ 0,22</b>  |
| <b>Abw. 2024 / 25</b> | <b>+ 106.000</b>       | <b>+ 5.000</b>   | <b>+ 111.000</b> | <b>+ 0,09</b>        | <b>- 0,01</b> | <b>+ 0,07</b> | <b>- 0,10</b>  |
| <i>Abw. 2004 / 25</i> | <i>- 554.000</i>       | <i>- 316.000</i> | <i>- 870.000</i> | <i>- 1,46</i>        | <i>- 2,15</i> | <i>- 1,58</i> | <i>- 1,01</i>  |

Westdeutschland, einschließlich Berlin; Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

**Tab. 23.: Die Überschuldungsquoten der 16 Landeshauptstädte im Ranking 2020 bis 2025**

| Stadt         | Überschuldungsquoten in Prozent |              |             |             |             |             | Abweichungen  |               |                 |                  |
|---------------|---------------------------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|---------------|---------------|-----------------|------------------|
|               | 2020                            | 2021         | 2022        | 2023        | 2024        | 2025        | 24 / 25       | 04 / 25       | 24 / 25         | 04 / 25          |
| Potsdam       | 8,47                            | 7,43         | 7,06        | 6,37        | 6,18        | 6,06        | - 0,12        | - 4,33        | - 100           | - 2.400          |
| Mainz         | 8,05                            | 7,20         | 6,84        | 6,53        | 6,27        | 6,22        | - 0,05        | - 3,46        | + 200           | - 3.200          |
| Dresden       | 9,04                            | 8,32         | 8,09        | 7,80        | 7,51        | 7,50        | - 0,01        | - 2,25        | + 400           | - 4.800          |
| München       | 8,73                            | 7,88         | 7,36        | 7,24        | 7,58        | 7,82        | + 0,24        | - 1,25        | + 3.800         | + 2.500          |
| Stuttgart     | 9,88                            | 8,77         | 8,32        | 7,84        | 7,91        | 8,14        | + 0,23        | - 0,14        | + 1.200         | + 700            |
| Hamburg       | 10,53                           | 9,10         | 8,64        | 8,17        | 8,23        | 8,15        | - 0,08        | - 2,73        | + 1.500         | - 33.100         |
| Hannover      | 11,00                           | 9,50         | 9,06        | 8,51        | 8,49        | 8,49        | - 0,01        | - 2,15        | + 500           | - 10.900         |
| Erfurt        | 10,75                           | 9,68         | 9,53        | 9,19        | 8,70        | 8,54        | - 0,16        | - 6,17        | - 200           | - 8.900          |
| Kiel          | 11,63                           | 10,51        | 9,89        | 9,11        | 8,77        | 8,60        | - 0,17        | - 3,82        | - 200           | - 6.100          |
| Düsseldorf    | 11,85                           | 10,49        | 9,90        | 9,60        | 9,40        | 9,52        | + 0,12        | - 3,42        | + 1.100         | - 13.400         |
| Berlin        | 12,02                           | 10,81        | 10,47       | 10,04       | 10,16       | 10,01       | - 0,15        | - 4,01        | + 1.700         | - 93.100         |
| Schwerin      | 13,52                           | 12,58        | 12,11       | 11,56       | 10,95       | 10,32       | - 0,63        | - 3,74        | - 300           | - 3.100          |
| Bremen        | 12,44                           | 11,40        | 11,03       | 10,62       | 10,54       | 10,86       | + 0,33        | - 1,54        | + 2.000         | - 4.000          |
| Magdeburg     | 14,08                           | 12,92        | 12,51       | 11,89       | 11,32       | 11,40       | + 0,08        | - 3,33        | + 300           | - 5.200          |
| Saarbrücken   | 14,96                           | 13,39        | 12,96       | 12,28       | 12,22       | 12,34       | + 0,13        | - 0,81        | + 400           | - 1.900          |
| Wiesbaden     | 16,81                           | 14,70        | 13,91       | 13,32       | 12,57       | 12,75       | + 0,18        | - 0,01        | + 1.100         | + 1.400          |
| <b>Gesamt</b> | <b>11,20</b>                    | <b>10,00</b> | <b>9,57</b> | <b>9,16</b> | <b>9,17</b> | <b>9,17</b> | <b>± 0,00</b> | <b>- 2,86</b> | <b>+ 13.400</b> | <b>- 185.500</b> |

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Die Auswertung für die Städte Hannover und Saarbrücken erfolgte über die Zuordnung der Postleitzahlbezirke, da beide Städte in administrativ-übergreifende Städteregionen eingebunden sind („Region Hannover“ / „Regionalverband Saarbrücken“). „Gesamt“: Werte für alle 16 Landeshauptstädte.

**Tab. 24.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit der niedrigsten Überschuldungsquote  
2025: Rang 1 bis 10**

| Kreis                | Überschuldungsquoten in Prozent |      |      |      |      |      |      | Abw.    |         | Rang |      |
|----------------------|---------------------------------|------|------|------|------|------|------|---------|---------|------|------|
|                      | 2019                            | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 24 / 25 | 04 / 25 | 2004 | 2025 |
| Eichstätt            | 3,98                            | 4,00 | 3,78 | 3,55 | 3,54 | 3,54 | 3,66 | + 0,12  | - 0,46  | 1    | 1    |
| Erlangen-Höchststadt | 4,91                            | 4,77 | 4,29 | 4,06 | 3,90 | 3,86 | 3,85 | - 0,01  | - 1,45  | 2    | 2    |
| Schweinfurt          | 5,04                            | 4,95 | 4,50 | 4,27 | 4,09 | 4,04 | 4,16 | + 0,12  | - 0,99  | 3    | 3    |
| Roth                 | 5,49                            | 5,32 | 4,79 | 4,57 | 4,35 | 4,21 | 4,29 | + 0,08  | - 1,95  | 5    | 4    |
| Landsberg am Lech    | 5,57                            | 5,35 | 4,60 | 4,44 | 4,35 | 4,30 | 4,31 | + 0,01  | - 2,08  | 7    | 5    |
| Jena, Stadt          | 5,93                            | 5,86 | 5,16 | 4,93 | 4,70 | 4,42 | 4,32 | - 0,10  | - 2,75  | 10   | 6    |
| Neumarkt i.d.OPf.    | 5,24                            | 5,07 | 4,60 | 4,34 | 4,17 | 4,22 | 4,33 | + 0,11  | - 0,95  | 6    | 7    |
| Aichach-Friedberg    | 5,48                            | 5,21 | 4,55 | 4,23 | 4,16 | 4,19 | 4,33 | + 0,14  | - 1,77  | 4    | 8    |
| Oberallgäu           | 6,25                            | 6,00 | 5,16 | 4,69 | 4,37 | 4,41 | 4,35 | - 0,06  | - 2,64  | 8    | 9    |
| Ostallgäu            | 6,04                            | 5,73 | 5,02 | 4,55 | 4,38 | 4,42 | 4,38 | - 0,04  | - 2,24  | 9    | 10   |

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: neun Landkreise, eine kreisfreie Stadt (Stadt Jena, Thüringen; alle anderen aus Bayern).

**Tab. 25.: Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2025: Rang 400 bis 391**

| Stadt                 | Überschuldungsquoten in Prozent |       |       |       |       |       |       | Abw.    |         | Rang |      |
|-----------------------|---------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|---------|---------|------|------|
|                       | 2019                            | 2020  | 2021  | 2022  | 2023  | 2024  | 2025  | 24 / 25 | 04 / 25 | 2004 | 2025 |
| Bremerhaven           | 21,67                           | 21,78 | 19,96 | 19,70 | 19,02 | 18,12 | 18,33 | + 0,20  | + 0,59  | 400  | 400  |
| Gelsenkirchen         | 17,97                           | 18,05 | 16,94 | 16,94 | 16,62 | 16,48 | 17,07 | + 0,58  | + 2,95  | 398  | 399  |
| Pirmasens             | 18,30                           | 18,61 | 17,35 | 16,92 | 16,72 | 16,98 | 16,86 | - 0,13  | + 0,33  | 399  | 398  |
| Herne                 | 18,26                           | 18,21 | 16,82 | 16,44 | 15,63 | 15,84 | 16,58 | + 0,74  | + 3,82  | 397  | 397  |
| Hagen                 | 16,69                           | 16,66 | 15,55 | 15,41 | 14,98 | 15,45 | 16,51 | + 1,05  | + 3,04  | 394  | 396  |
| Duisburg              | 17,52                           | 17,53 | 16,16 | 15,87 | 15,89 | 15,77 | 16,32 | + 0,55  | + 1,76  | 395  | 395  |
| Neumünster            | 18,65                           | 18,75 | 16,95 | 16,60 | 16,02 | 15,78 | 15,67 | - 0,11  | + 1,34  | 396  | 394  |
| Halle (Saale)         | 16,43                           | 16,47 | 15,27 | 15,08 | 14,34 | 14,80 | 14,75 | - 0,05  | - 0,63  | 393  | 393  |
| Ludwigshafen am Rhein | 16,02                           | 15,98 | 14,63 | 14,52 | 14,28 | 14,35 | 14,26 | - 0,09  | - 0,28  | 391  | 392  |
| Wilhelmshaven         | 17,07                           | 16,85 | 15,57 | 15,36 | 14,75 | 14,38 | 14,21 | - 0,17  | - 0,84  | 392  | 391  |

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: nur kreisfreie Städte.

**Tab. 26.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem stärksten Rückgang der Überschuldungsquote 2024 / 2025**

| Stadt / Kreis                       | Überschuldungsquoten in Prozent |       |       |       |       |       |       | Abw.    |         | Rang |      |
|-------------------------------------|---------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|---------|---------|------|------|
|                                     | 2019                            | 2020  | 2021  | 2022  | 2023  | 2024  | 2025  | 24 / 25 | 04 / 25 | 2004 | 2025 |
| Schwerin, Stadt                     | 13,58                           | 13,52 | 12,58 | 12,11 | 11,56 | 10,95 | 10,32 | - 0,63  | - 3,74  | 361  | 347  |
| Wittmund                            | 10,60                           | 10,64 | 9,60  | 9,24  | 8,79  | 8,78  | 8,34  | - 0,44  | - 3,01  | 295  | 263  |
| Koblenz, kreisfreie Stadt           | 12,31                           | 12,08 | 10,84 | 10,64 | 10,32 | 10,31 | 9,87  | - 0,44  | - 2,74  | 346  | 334  |
| Hof, Stadt                          | 13,84                           | 14,41 | 13,64 | 13,38 | 12,77 | 12,24 | 11,84 | - 0,40  | - 0,97  | 375  | 370  |
| Flensburg, Stadt                    | 16,33                           | 16,35 | 14,79 | 14,26 | 13,34 | 12,56 | 12,19 | - 0,37  | - 4,75  | 381  | 374  |
| Emden, Stadt                        | 14,19                           | 14,27 | 13,07 | 12,82 | 12,45 | 12,32 | 12,00 | - 0,32  | - 1,05  | 376  | 373  |
| Mayen-Koblenz                       | 10,00                           | 9,89  | 8,77  | 8,62  | 8,37  | 8,28  | 7,98  | - 0,30  | - 1,96  | 263  | 239  |
| Frankfurt (Oder), Stadt             | 12,32                           | 11,91 | 10,48 | 10,68 | 10,08 | 10,20 | 9,91  | - 0,29  | - 5,36  | 342  | 337  |
| Salzgitter, Stadt                   | 13,66                           | 13,73 | 12,33 | 11,83 | 11,62 | 11,63 | 11,36 | - 0,27  | + 0,51  | 368  | 366  |
| Landau in der Pfalz, kreisfr. Stadt | 8,93                            | 8,79  | 8,17  | 7,88  | 7,64  | 7,54  | 7,30  | - 0,24  | - 3,85  | 206  | 176  |

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: acht kreisfreie Städte, zwei Landkreise (Wittmund und Mayen-Koblenz).

**Tab. 27.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2024 / 2025**

| Stadt / Kreis        | Überschuldungsquoten in Prozent |       |       |       |       |       |       | Abw.    |         | Rang |      |
|----------------------|---------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|---------|---------|------|------|
|                      | 2019                            | 2020  | 2021  | 2022  | 2023  | 2024  | 2025  | 24 / 25 | 04 / 25 | 2004 | 2025 |
| Hagen, Stadt         | 16,69                           | 16,66 | 15,55 | 15,41 | 14,98 | 15,45 | 16,51 | + 1,05  | + 3,04  | 394  | 396  |
| Hamm, Stadt          | 14,89                           | 14,71 | 13,09 | 12,76 | 12,35 | 12,44 | 13,27 | + 0,84  | + 1,34  | 379  | 385  |
| Herne, Stadt         | 18,26                           | 18,21 | 16,82 | 16,44 | 15,63 | 15,84 | 16,58 | + 0,74  | + 3,82  | 397  | 397  |
| Gelsenkirchen, Stadt | 17,97                           | 18,05 | 16,94 | 16,94 | 16,62 | 16,48 | 17,07 | + 0,58  | + 2,95  | 398  | 399  |
| Duisburg, Stadt      | 17,52                           | 17,53 | 16,16 | 15,87 | 15,89 | 15,77 | 16,32 | + 0,55  | + 1,76  | 395  | 395  |
| Ansbach, Stadt       | 10,27                           | 10,14 | 9,23  | 8,64  | 8,53  | 9,06  | 9,53  | + 0,47  | + 0,97  | 306  | 328  |
| Rhein-Kreis Neuss    | 10,57                           | 10,38 | 9,04  | 8,68  | 8,47  | 8,23  | 8,69  | + 0,46  | - 1,00  | 258  | 284  |
| Unna                 | 11,81                           | 11,69 | 10,46 | 10,05 | 9,69  | 9,53  | 9,96  | + 0,43  | - 0,04  | 331  | 338  |
| Bochum, Stadt        | 12,68                           | 12,69 | 11,49 | 11,28 | 10,97 | 11,34 | 11,76 | + 0,42  | + 1,63  | 367  | 369  |
| Neunkirchen          | 12,38                           | 12,69 | 11,58 | 11,25 | 10,80 | 10,59 | 10,99 | + 0,40  | - 0,73  | 356  | 360  |

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: sieben kreisfreie Städte, zwei Kreise (Rhein-Kreis Neuss, Unna) und ein Landkreis (Neunkirchen).

**Tab. 28.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2025**

| Stadt / Kreis           | Überschuldungsquoten in Prozent |       |       |       |       |       |       | Abw.    |         | Rang |      |
|-------------------------|---------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|---------|---------|------|------|
|                         | 2019                            | 2020  | 2021  | 2022  | 2023  | 2024  | 2025  | 24 / 25 | 04 / 25 | 2004 | 2025 |
| Weimar, Stadt           | 10,72                           | 10,36 | 9,02  | 8,63  | 8,12  | 7,73  | 7,65  | - 0,08  | - 6,55  | 227  | 211  |
| Erfurt, Stadt           | 11,09                           | 10,75 | 9,68  | 9,53  | 9,19  | 8,70  | 8,54  | - 0,16  | - 6,17  | 284  | 272  |
| Frankfurt (Oder), Stadt | 12,32                           | 11,91 | 10,48 | 10,68 | 10,08 | 10,20 | 9,91  | - 0,29  | - 5,36  | 342  | 337  |
| Oberhavel               | 9,30                            | 9,07  | 7,92  | 7,47  | 6,98  | 6,73  | 6,63  | - 0,10  | - 4,93  | 136  | 125  |
| Weimarer Land           | 9,29                            | 9,03  | 7,98  | 7,58  | 7,27  | 6,86  | 6,77  | - 0,09  | - 4,93  | 145  | 137  |
| Flensburg, Stadt        | 16,33                           | 16,35 | 14,79 | 14,26 | 13,34 | 12,56 | 12,19 | - 0,37  | - 4,75  | 381  | 374  |
| Barnim                  | 9,52                            | 9,36  | 8,36  | 8,00  | 7,47  | 7,23  | 7,18  | - 0,05  | - 4,74  | 178  | 164  |
| Teltow-Fläming          | 10,34                           | 10,01 | 8,91  | 8,45  | 7,80  | 7,56  | 7,50  | - 0,06  | - 4,70  | 210  | 200  |
| Potsdam, Stadt          | 8,66                            | 8,47  | 7,43  | 7,06  | 6,37  | 6,18  | 6,06  | - 0,12  | - 4,33  | 96   | 90   |
| Braunschweig, Stadt     | 9,60                            | 9,42  | 8,03  | 7,67  | 7,41  | 7,09  | 7,17  | + 0,08  | - 4,29  | 164  | 163  |

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: sechs kreisfreie Städte / vier Landkreise (Oberhavel; Weimarer Land; Barnim; Teltow-Fläming).

**Tab. 29.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2025**

| Stadt / Stadtkreis   | Überschuldungsquoten in Prozent |       |       |       |       |       |       | Abw.    |         | Rang |      |
|----------------------|---------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|---------|---------|------|------|
|                      | 2019                            | 2020  | 2021  | 2022  | 2023  | 2024  | 2025  | 24 / 25 | 04 / 25 | 2004 | 2025 |
| Herne, Stadt         | 18,26                           | 18,21 | 16,82 | 16,44 | 15,63 | 15,84 | 16,58 | + 0,74  | + 3,82  | 397  | 397  |
| Hagen, Stadt         | 16,69                           | 16,66 | 15,55 | 15,41 | 14,98 | 15,45 | 16,51 | + 1,05  | + 3,04  | 394  | 396  |
| Gelsenkirchen, Stadt | 17,97                           | 18,05 | 16,94 | 16,94 | 16,62 | 16,48 | 17,07 | + 0,58  | + 2,95  | 398  | 399  |
| Duisburg, Stadt      | 17,52                           | 17,53 | 16,16 | 15,87 | 15,89 | 15,77 | 16,32 | + 0,55  | + 1,76  | 395  | 395  |
| Bochum, Stadt        | 12,68                           | 12,69 | 11,49 | 11,28 | 10,97 | 11,34 | 11,76 | + 0,42  | + 1,63  | 367  | 369  |
| Osnabrück, Stadt     | 11,71                           | 11,72 | 11,08 | 11,11 | 10,50 | 10,65 | 10,81 | + 0,16  | + 1,60  | 357  | 356  |
| Hamm, Stadt          | 14,89                           | 14,71 | 13,09 | 12,76 | 12,35 | 12,44 | 13,27 | + 0,84  | + 1,34  | 379  | 385  |
| Neumünster, Stadt    | 18,65                           | 18,75 | 16,95 | 16,60 | 16,02 | 15,78 | 15,67 | - 0,11  | + 1,34  | 396  | 394  |
| Solingen, Stadt      | 15,30                           | 15,52 | 14,42 | 13,56 | 13,71 | 13,13 | 13,31 | + 0,18  | + 1,11  | 386  | 386  |
| Ansbach, Stadt       | 10,27                           | 10,14 | 9,23  | 8,64  | 8,53  | 9,06  | 9,53  | + 0,47  | + 0,97  | 306  | 328  |

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: nur kreisfreie Städte.

**Tab. 30.: Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2025**

| Stadt             | Überschuldungsquoten in Prozent |       |       |       |       |       |       | Abw.    |         | Rang |      |
|-------------------|---------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|---------|---------|------|------|
|                   | 2019                            | 2020  | 2021  | 2022  | 2023  | 2024  | 2025  | 24 / 25 | 04 / 25 | 2004 | 2025 |
| Duisburg          | 17,52                           | 17,53 | 16,16 | 15,87 | 15,89 | 15,77 | 16,32 | + 0,55  | + 1,76  | 395  | 395  |
| Essen             | 14,23                           | 14,17 | 12,94 | 12,45 | 12,52 | 12,61 | 12,83 | + 0,22  | + 0,58  | 384  | 384  |
| Dortmund          | 14,33                           | 14,04 | 12,73 | 12,44 | 12,15 | 11,85 | 12,22 | + 0,37  | - 0,54  | 372  | 375  |
| Bremen            | 12,53                           | 12,44 | 11,40 | 11,03 | 10,62 | 10,54 | 10,86 | + 0,33  | - 1,54  | 351  | 358  |
| Berlin            | 12,31                           | 12,02 | 10,81 | 10,47 | 10,04 | 10,16 | 10,01 | - 0,15  | - 4,01  | 340  | 340  |
| Köln              | 11,62                           | 11,44 | 10,20 | 9,81  | 9,50  | 9,71  | 9,83  | + 0,13  | - 2,53  | 333  | 333  |
| Nürnberg          | 11,85                           | 11,51 | 10,56 | 9,98  | 9,87  | 9,56  | 9,77  | + 0,21  | - 0,58  | 332  | 332  |
| Leipzig           | 12,81                           | 12,45 | 11,32 | 10,65 | 10,07 | 9,86  | 9,72  | - 0,14  | - 2,92  | 337  | 331  |
| Düsseldorf        | 12,09                           | 11,85 | 10,49 | 9,90  | 9,60  | 9,40  | 9,52  | + 0,12  | - 3,42  | 323  | 327  |
| Frankfurt am Main | 10,76                           | 10,76 | 9,66  | 9,29  | 8,97  | 9,18  | 9,12  | - 0,06  | - 1,65  | 313  | 309  |

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

## 7.4 Quellen

Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, September 2025, Herbstbelegung beginnt schwach

DIW-Konjunkturbarometer September 2025: Die Lage hellt sich etwas auf, doch viele Sorgen bleiben

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2025, 25.09.2025: Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche

GfK-Konsumklima, Oktober 2025: Sinkende Einkommensaussichten sorgen für erneute Abkühlung

HDE-Konsumbarometer, Oktober 2025: Verbraucherstimmung verbessert sich etwas, deutlicher Stimmungsschub bleibt aber aus

ifo Beschäftigungsbarometer Deutschland, September 2025: Unternehmen wollen weiter Stellen streichen

Schufa-Umfrage, 10.04.2025: Jeder dritte Buy-Now-Pay-Later-Nutzer hat schon einmal eine Bezahlfrist verpasst, Pressemitteilung

Schufa, 02.09.2025: Die Anzahl neu aufgenommener Ratenkredite erreicht Rekordhöhe von 10 Millionen – jeder zweite Kredit ist ein Kleinkredit, Pressemitteilung

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 213, 17.06.2025: Ältere Menschen tragen besonders hohe Schuldenlast

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 237, 01.07.2025: Preise für Wohnimmobilien im 1. Quartal 2025: + 3,8 Prozent zum Vorjahresquartal

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 317, 29.08.2025: Real-löhne im 2. Quartal 2025 um 1,9 Prozent höher als im Vorjahresquartal

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N054, 02.10.2025: Jede fünfte Person im Ruhestand hat maximal 1.400 Euro netto pro Monat zur Verfügung

## 7.5 Impressum

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Patrik-Ludwig Hantzsch, Telefon: (02131) 109-172

Hammfelddamm 13, 41460 Neuss

Redaktion: Dr. Rainer Bovelet, Aachen

Datenmaterial und Karten:

microm

Micromarketing-Systeme und Consult GmbH

Hammfelddamm 13, 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-701

Experian GmbH

Rheinstr. 99

76532 Baden-Baden

Alle Rechte vorbehalten

© 2025, Verband der Vereine Creditreform e.V.

Hammfelddamm 13, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 14. November 2025

## 7.6 Anmerkungen

- <sup>1</sup> Da wiederum auch wieder weniger Kinder geboren wurden, steigt die Zahl aller Einwohner (+ 57.000 Personen; + 0,1 Prozent) insgesamt weniger stark als die der Personen über 18 Jahren (+ 726.000 Personen; + 3,5 Prozent). Vgl. auch Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 244, 25.06.2024: Zensus 2022: 82,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Vgl. auch Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 030, 23.01.2025: Bevölkerung im Jahr 2024 um 100.000 Menschen gewachsen, sowie Pressemitteilung, Nr. 221, 20.06.2025: Bevölkerung Deutschlands wächst im Jahr 2024 geringfügig um 0,1 Prozent (Zum Jahresende 2024 lebten knapp 83,6 Millionen Menschen in Deutschland).
- <sup>2</sup> Die Veränderungen in den Haushaltsberechnungen sind in den veränderten Basisdaten begründet. Die Basisdaten werden jeweils aufgrund neu vorliegender Informationen revidiert. So beruhen die Bevölkerungsangaben ab 2022 auf der Grundlage des Zensus 2022, wie die Ergebnisse ab 2011 auf der Grundlage des Zensus 2011.
- <sup>3</sup> Der ifo-Analyse untersucht die Auswirkungen der jüngsten „Multikrise“, die sich seit 2020 entfaltet hat. Dazu gehören die Corona-Pandemie, der Ukrainekrieg, die Energiepreiskrise mit der Folge hoher Inflationsraten und der sich zeitgleich vollziehende allgemeine wirtschaftliche Abschwung. Im Zentrum stehen die Folgewirkungen für die privaten Verbraucher in Deutschland. Grundlage sind anonymisierte Banktransaktionsdaten von N26. Die Analyse umfasst Trends bei Einkommen, Ausgaben und Überziehungskrediten von Januar 2021 bis Dezember 2024, einem Zeitraum ausgeprägter wirtschaftlicher Unsicherheit. Dabei werden die Entwicklungen über demografische Dimensionen (Geschlecht, Alter, Region, Einkommen) hinweg und für finanziell gefährdete Gruppen mit hoher Ausgabenquote und hoher Mietbelastung untersucht. Vgl: ifo Institut (2025): How Consumers have Managed the Multicrisis: Evidence across Demographics as well as Income and Spending Profiles in Germany.
- <sup>4</sup> Vgl. z.B. ganz aktuell: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 333, 13.10.2025: Beantragte Regelinsolvenzen im September 2025: + 10,4 Prozent zum Vorjahresmonat (Juli 2025: 13,4 Prozent mehr Unternehmens- und 12,9 Prozent mehr Verbraucherinsolvenzen als im Juli 2024).
- <sup>5</sup> Vgl. Pressemitteilung: Schufa, 02.09.2025: Die Anzahl neu aufgenommener Ratenkredite erreicht Rekordhöhe von 10 Millionen – jeder zweite Kredit ist ein Kleinkredit: „Ein Blick auf die Entwicklung der laufenden Ratenkredite in den vergangenen fünf Jahren macht deutlich: Die Anzahl der laufenden Ratenkredite der deutschen Verbraucher ist von 17,6 Millionen (2020) auf aktuell 19,6 Millionen (2024) kräftig angestiegen. Ein noch deutlicherer Zuwachs zeigt sich in diesem Zeitraum bei der Entwicklung der Ratenkredite unter 1.000 Euro: Die Anzahl der laufenden Kleinkredite hat sich von 2020 (1,3 Millionen) bis 2024 (3,8 Millionen) nahezu verdreifacht.“
- <sup>6</sup> Im Gegensatz zu herkömmlichen Ratenkrediten handelt es sich dabei nicht um einen regulären Bankkredit, sondern um eine Stundung von Zahlungen, also Rechnungen in Raten, die von Zahlungsdienstleistern, vor allem im E-Commerce, angeboten wird.
- <sup>7</sup> Die mittlere Schuldenhöhe der in der Überschuldungsstatistik erfassten bzw. beratenen Personen betrug im Jahr 2024 rund 32.980 Euro. Der Wert hat sich im Vergleich zum Jahr 2023 um rund 1.230 Euro erhöht (+ 3,9 Prozent). Im Vergleich zum letzten Jahr vor Corona (2019), vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine (24.02.2022) und der daraus resultierenden Energiepreis-Krise (ab März 2022) stieg die mittlere Schuldenhöhe allerdings um rund 17 Prozent oder 4.740 Euro an. Den höchsten Anstieg der mittleren Schuldenhöhe zeigt 2023 / 2024 die Gläubiger-/Schuldnerart „Finanzamt“ mit 1.830 Euro (+ 13,7 Prozent) – im Vergleich zu 2019 legt die Schuldenhöhe um 31,7 Prozent zu. Im Langzeitvergleich 2019 / 2024 zeigten die höchsten Steigerungsraten die Gläubiger-/Schuldnerarten Gewerbetreibende (+ 56 Prozent; + 630 Euro), Zahlungen aus Unterhaltsverpflichtungen (+ 47 Prozent; + 210 Euro), aus unerlaubten Handlungen (+ 46 Prozent; + 120 Euro), Dispositions-, Rahmenkredite (45 Prozent; + 750 Euro) sowie Versicherungen (+ 43 Prozent; + 350 Euro) und sonstige öffentliche Gläubiger (+ 38 Prozent; + 960 Euro). Zurückgegangen sind zwischen 2019 und 2024 nur die Positionen Hypothekarkredit (- 24 Prozent; - 620 Euro) und Inkassobüros (gekaufte Forderungen) (- 30 Prozent; - 520 Euro). Vgl. Statistisches Bundesamt, Suchbereich Überschuldungsstatistik ([www-genesis.destatis.de](http://www-genesis.destatis.de)), 2015 bis 2024.
- <sup>8</sup> So hatten bereits 2024 Umfragen ergeben, wie beispielsweise durch den Jugend-Finanzmonitor der Schufa, dass bei 10 Prozent der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei der Nutzung von „Buy Now Pay Later“-Angeboten häufig die Bezahlfrist vergessen wird und sie eine Zahlungserinnerung erhalten. Vgl. auch Pressemitteilung, Schufa, 10.04.2025: Jeder dritte Buy-Now-Pay-Later-Nutzer hat schon einmal eine Bezahlfrist verpasst.
- <sup>9</sup> So hatten 30 Prozent der fast 600.000 Personen, die im Jahr 2023 Hilfe bei einer Schuldnerberatungsstelle suchten, Schulden bei Online- und Versandhändlern (+ 5 Punkte zu 2018). Zudem zeigte sich, dass überschuldete Frauen in der Regel häufiger und höhere Schulden bei Online- und Versandhändlern haben. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N057, 14.11.2024: 30 Prozent der Überschuldeten hatten 2023 Schulden bei Onlinehändlern.
- <sup>10</sup> Klein- und Kurzzeitkredite bis 200 Euro und BNPL-Kredite („Buy now, pay later“) sind derzeit noch von einer Kreditwürdigkeitsprüfung ausgenommen. Allerdings ist am 30. Oktober 2023 eine EU-Verbraucherkreditrichtlinie in Kraft getreten, die die EU-Mitgliedstaaten bis zum 20. November 2025 in nationales Recht umsetzen und ab 20. November 2026 anwenden müssen. Die neue Regelung sieht vor, auch bei der Vergabe von kleinen Krediten eine Prüfung durchzuführen. Wer sich Geld bei der Bank leiht, soll künftig zudem verständlicher informiert werden, was das kostet. Ziel ist es, vor allem Haushalte mit geringem Einkommen vor zu hohen Schulden zu bewahren.
- <sup>11</sup> Kurz: „Die konjunkturelle Krise ist mittlerweile auf dem Arbeitsmarkt angekommen.“ Dabei korreliert der ökonomische Auslöser „Arbeitslosigkeit“ generell stärker mit einer Zu- oder Abnahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität. Hingegen bildet „irrationales Konsumverhalten“ oft einen schleichenden Einstieg in eine Überschuldungsspirale und korreliert eher mit Fällen von geringer Überschuldungsintensität.
- <sup>12</sup> Die Erklärungsmuster für die weiterhin unterschiedlich hohen Überschuldungsquoten von Männern und Frauen sind weiterhin stabil: Männer verfügen im Schnitt über höhere Einkommen und sind häufiger „Haushaltsvorstand“ und Hauptverdiener. Zu-

gleich sind Männer auch bei Finanzentscheidungen risikobereiter als Frauen, die bei der Inanspruchnahme von Krediten mäßigen Einfluss auf die Höhe des Kredits nehmen. Allerdings übernehmen Frauen zunehmend gleichberechtigt die Verantwortung für Schulden als Einkommensbezieherinnen oder als Alleinerziehende, da sich die Rollenbilder verändert haben. Zudem werden Frauen weiterhin oft schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Die Analyse der Daten der Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass männliche Überschuldete weiterhin eine deutlich höhere mittlere Schuldenhöhe (Hochrechnung für 2025: 37.630 Euro; + 510 Euro; + 1,4 Prozent) aufweisen als weibliche Überschuldete (29.220 Euro; + 580 Euro; + 2,1 Prozent). Der entsprechende Wert ist im Langzeitvergleich bei Frauen (- 5.190 Euro zu 2006; - 15,1 Prozent) deutlich stärker gesunken als bei männlichen Überschuldeten (- 1.670 Euro zu 2006; - 4,3 Prozent).

- <sup>13</sup> „Hohe Wohnkosten stellen vor allem Studierende und Auszubildende vor finanzielle Herausforderungen. Das gilt insbesondere für diejenigen, die nicht mehr im Elternhaus leben. Studierende mit eigener Haushaltsführung geben im Durchschnitt 53 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnkosten aus [...]. Das ist deutlich mehr als die Wohnkostenbelastung der Gesamtbevölkerung, die im Schnitt bei knapp 25 Prozent lag. Die Wohnkostenbelastung für alleinlebende Studierende liegt mit durchschnittlich 54 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens ebenfalls sehr hoch.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N045, 27.08.2025: Studierendenhaushalte geben im Schnitt 53 Prozent des Einkommens für Wohnkosten aus.
- <sup>14</sup> „Die Generation der Babyboomer spielt im Zusammenhang mit der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots in Deutschland eine wichtige Rolle. Innerhalb von 15 Jahren werden die zahlenmäßig stärksten Jahrgänge in den Ruhestand gegangen sein. [...] Bis 2039 werden rund 13,4 Millionen Erwerbspersonen das gesetzliche Renteneintrittsalter von 67 Jahren überschritten haben. Das entspricht knapp einem Drittel (31 Prozent) aller Erwerbspersonen, die dem Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr zur Verfügung standen.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N048, 03.09.2025: 13,4 Millionen Erwerbspersonen erreichen in den nächsten 15 Jahren das gesetzliche Rentenalter.
- <sup>15</sup> Altersarmut ist eine besonders schwerwiegende Form der Armut. Dabei sind die Folgen von Armut und Überschuldung für die Betroffenen oft ähnlich: Arme leiden unter einem erhöhten Überschuldungsrisiko, Überschuldete unter einem erhöhten Verarmungsrisiko. Während jüngere Menschen Armut meist als vorübergehende Lebensphase begreifen und über eine Perspektive verfügen, sich aus der Einkommensarmut herauszuarbeiten, ist das bei älteren Menschen häufig nicht der Fall. Mit dem Eintritt in den Ruhestand sinken die Chancen älterer Menschen drastisch, ihre ökonomische Lage zu verbessern. Gleiches gilt für das Phänomen der Altersüberschuldung. Vgl. auch Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 036, 29.01.2025: Im Jahr 2024 weiterhin ein Fünftel der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.
- <sup>16</sup> Die Anzahl der Gläubiger und die Höhe des Schuldenvolumens liegen deutlich niedriger als bei älteren Überschuldeten. Überschuldete Personen im höheren Alter konnten vor dem Hintergrund meist höherer Einkommen häufig höhere Verbindlichkeiten eingehen und befinden sich länger in einem Überschuldungsprozess. Allerdings ist die durchschnittliche Schuldenhöhe je Überschuldungsfall seit Jahren rückläufig.
- <sup>17</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N054, 02.10.2025: Jede fünfte Person im Ruhestand hat maximal 1.400 Euro netto pro Monat zur Verfügung. Zum Hintergrund: „Das Einkommen der Ruheständler ist in den vergangenen Jahren zwar gestiegen, jedoch langsamer als das der Gesamtbevölkerung. Zwischen 2021 und 2024 erhöhte es sich um 9 Prozent, während das mittlere Einkommen aller Einwohner um 11 Prozent zulegte. [...] Bei den Alterseinkünften zeigt sich zudem eine erhebliche Lücke zwischen den Geschlechtern. Frauen ab 65 Jahren erhalten mit brutto rund 1.720 Euro pro Monat im Schnitt deutlich weniger Alterseinkünfte als Männer mit rund 2.320 Euro.“
- <sup>18</sup> Typische Verbindlichkeiten sind Miet- und Energiekosten, Telekommunikationskosten, Konsumkosten (Ratenkäufe, Kreditkarten), Unterhaltsverpflichtungen, Finanzamt, Schadensersatzforderungen, private Verbindlichkeiten, Strafen und Bußgelder (beispielsweise für „Schwarzfahren“ bei überwiegend jungen Menschen, meist in urbanen Zentren).
- <sup>19</sup> Die Hochrechnungen basieren auf den Angaben des Statistischen Bundesamtes. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass die Daten auf einer Hoch- und Umrechnung der Angaben des Statistischen Bundesamtes der Überschuldungsstatistik basieren. Sie können in dieser Form nur als Trendindikator interpretiert werden. Der Grund: Die Altersgruppenzuordnungen sind nicht identisch und um rund fünf Jahre versetzt (Beispiel Creditreform: unter 30 Jahre / Destatis: unter 25 Jahre).
- <sup>20</sup> Vgl. auch Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 213, 17.06.2025: Ältere Menschen tragen besonders hohe Schuldenlast.
- <sup>21</sup> Generell gilt: Fälle mit hoher Überschuldungsintensität sind oft mit einer längeren Überschuldungskarriere und mit höheren Schuldenvolumina verbunden. Fälle mit geringer Überschuldungsintensität sind hingegen mit eher niedrigeren Schuldensummen verbunden und bilden oft eine Vorstufe im „Überschuldungskarussell“. Personen mit eher geringer Überschuldungsintensität gelingt es daher, sich schneller wieder aus einer Überschuldungslage zu befreien.
- <sup>22</sup> Dabei sind Menschen aus Mieterhaushalten häufiger im Zahlungsverzug als Menschen aus Eigentümerhaushalten. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N050, 16.09.2025: 4,2 Millionen Menschen leben in Haushalten mit Zahlungsrückständen bei Versorgungsbetrieben.
- <sup>23</sup> Die positiven Wirkungen der Krisenbewältigung 2019 / 2022 fielen jedenfalls stärker aus als infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 / 2010 (vgl. hierzu besonders SchuldnerAtlas Deutschland 2023, S. 24ff.).
- <sup>24</sup> „Mit der jüngsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde das Niveau des privaten Konsums um rund 1 Prozent angehoben. Bereits mit der Generalrevision zum August 2024 wurde das Niveau nach oben korrigiert. Damit hat sich der private Konsum in den vergangenen Jahren deutlich stärker entwickelt, als ursprünglich erkennbar war.“ Vgl. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2025, 25.09.2025: Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche, S. 49.
- <sup>25</sup> Hierzu werden folgende Räume gerechnet: Region Hannover – Städteregion Aachen – Stadtkreis Stuttgart – Stadtkreis Heilbronn – Stadtkreis Baden-Baden – Stadtkreis Karlsruhe – Stadtkreis Heidelberg – Stadtkreis Mannheim – Stadtkreis Pforzheim – Stadtkreis Freiburg im Breisgau – Stadtkreis Ulm – Regionalverband Saarbrücken.
- <sup>26</sup> Bereits im letzten Jahr hatte der SchuldnerAtlas Deutschland auf die positive (Überschuldungs-)Entwicklung in der Stadt Jena hingewiesen, die, so die erkenntnisleitende Hypothese, auch Folge der Innovationsstärke der lokalen Unternehmen sein könnte. Offensichtlich bleibt diese positive Korrelation auch in diesem Jahr intakt. Vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2024, S. 48ff.

- <sup>27</sup> Dabei gilt zu beachten: Die Höhe der Überschuldungsquoten wird sowohl durch die Höhe der Überschuldungszahlen (Rückgang / Anstieg) als auch durch die Bevölkerungsentwicklung (hier: Personen über 18 Jahren) beeinflusst. In diesem Jahr ist die Überschuldungsquote im Westen weniger stark gestiegen, da sich hier die Einwohnerzahl (+ 1,1 Prozent) stärker erhöht als im Osten (+ 0,7 Prozent). Bei nahezu gleicher Bevölkerungszahl (wie 2024) wäre die Überschuldungsquote sowohl im Westen (8,22 Prozent; + 0,18 Punkte) als auch im Osten (8,40 Prozent; + 0,04 Punkte) deutlicher resp. im Osten überhaupt gestiegen. Generell gilt: In den östlichen Bundesländern hat sich die Einwohnerzahl seit 2004 fast durchgehend verringert (- 7,6 Prozent; - 869.000 Personen über 18 Jahre) und im Westen Deutschlands kontinuierlich erhöht (+ 5,7 Prozent; + 3,2 Millionen Personen über 18 Jahre).
- <sup>28</sup> „Im Jahr 1991 lag die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in den damals neuen Bundesländern zuzüglich Westberlin etwa bei der Hälfte des gesamtdeutschen Niveaus. Mittlerweile liegt sie bei knapp 90 Prozent.“ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 40/2025: Produktivität: West-Ost-Muster durch Stadt-Land-Gefälle abgelöst, S. 635-642.
- <sup>29</sup> „Während Vollzeitbeschäftigte in Westdeutschland im Jahr 2024 durchschnittlich 4.810 Euro brutto im Monat verdienten, waren es in Ostdeutschland nur 3.973 Euro monatlich – ein Unterschied von 17,4 Prozent. Insgesamt gab es in den vergangenen Jahren aber einige Fortschritte: Seit 2014 ist die Lohnlücke zwischen West und Ost um 7,0 Prozentpunkte kleiner geworden, während sich die Löhne in Ostdeutschland in den Jahren davor nur im Schneckentempo an das Westniveau heranbewegt hatten. So war die Lohnlücke von 1999 bis 2014 gerade einmal um 1,6 Prozentpunkte zurückgegangen.“ Vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Pressemitteilung, 30.09.2025, Weiter Lohngefälle zwischen West und Ost – Mindestlohn hat Angleichungsprozess in den letzten zehn Jahren beschleunigt.
- <sup>30</sup> Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 40/2025: Finanzkraft der Länder: Ost-West-Gegensatz verliert an Bedeutung – Kluft zwischen Arm und Reich wächst, S. 625-633.
- <sup>31</sup> Der aktuelle Negativtrend spiegelt sich in allen elf Städten und Kreisen des Ruhrgebiets. 2024 zeigte sich noch in acht und 2023 in neun Städten eine Positiventwicklung (Abweichungen in Prozentpunkten): Stadt Duisburg (16,32 Prozent; Abw. 2024/25: + 0,55 Punkte; 2004/25: + 1,76 Punkte) – Stadt Essen (12,83 Prozent; + 0,22; + 0,59) – Stadt Mülheim an der Ruhr (10,21 Prozent; + 0,04; + 0,19) – Stadt Oberhausen (12,58 Prozent; + 0,14; - 0,45) – Kreis Wesel (8,56 Prozent; + 0,01; - 1,07) – Stadt Bottrop (9,51 Prozent; + 0,21; - 0,85) – Stadt Gelsenkirchen (17,07 Prozent; + 0,58; + 2,95) – Kreis Recklinghausen (11,99 Prozent; + 0,35; + 0,82) – Stadt Bochum (11,76 Prozent; + 0,42; + 1,63) – Stadt Dortmund (12,22 Prozent; + 0,37; - 0,54) – Stadt Hagen (16,51 Prozent; + 1,05; + 3,04) – Stadt Hamm (13,27 Prozent; + 0,84; + 1,34) – Stadt Herne (16,58 Prozent; + 0,74; + 3,82) – Ennepe-Ruhr-Kreis (9,96 Prozent; + 0,22; + 0,29) – Kreis Unna (9,96 Prozent; + 0,43; - 0,04).
- <sup>32</sup> Im Fall von Stuttgart ist dieser Anstieg möglicherweise erst der Anfang. Die Süddeutsche Zeitung veröffentlichte Mitte Oktober (10.10.2025) einen Artikel über die wirtschaftlichen Perspektiven der „Autostadt Stuttgart“ und spekulierte, ob der Metropole angesichts des anstehenden Arbeitsplatzabbaus das Schicksal von Detroit drohe: „Die Krise der deutschen Autoindustrie, sie äußert sich am stärksten in der Autostadt Stuttgart. Rund 240.000 Jobs hängen in der Region am Auto, das ist fast jede fünfte Stelle. Zehntausende dieser Jobs werden in den kommenden Jahren wegfallen, weil Zulieferer wie Bosch und Mahle Stellen streichen, aber auch die stolzen Autobauer Mercedes und Porsche.“ Detroit, die Stadt im US-Bundesstaat Michigan, war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die stolze „Motor City“, Amerikas reichste Stadt und eine Metapher für die Industriemacht USA. Nirgendwo wurden damals mehr Autos produziert als in Detroit. Die einstige Metropole, in der in den 1950er-Jahren 1,85 Millionen Menschen lebten, hat heute nur noch 630.000 Einwohner. Rund ein Drittel davon lebt in Armut. Eine Studie geht davon aus, dass auch in Stuttgart und in der baden-württembergischen Autobranche bis 2030 bis zu 66.000 Stellen wegfallen könnten.
- <sup>33</sup> Die Deutsche Bundesbank erläutert: „Für die Jahre 2021 bis 2024 zeichnen die Revisionen des BIP-Wachstums nun ein konsistenteres Bild der wirtschaftlichen Entwicklung. Der BIP-Verlauf stimmt jetzt besser mit anderen Indikatoren und den historischen Ereignissen überein. Nach dem neuen Datenstand überschritt das reale BIP seinen Vorpandemiestand im dritten Quartal 2022 um saisonbereinigt 1,4 Prozent (vor Revision: 0,7 Prozent). In den Jahren 2021 und 2022 erhöhte sich das BIP mit kalenderbereinigt 3,9 Prozent und 1,9 Prozent stärker als zuvor ausgewiesen (vor Revision: 3,6 Prozent und 1,4 Prozent). Die nun kräftigere Erholung weist auf stärkere Nachholeffekte nach den Lockerungen beziehungsweise dem Wegfall der Corona-Schutzmaßnahmen hin. Ab dem vierten Quartal 2022 treten nun hingegen die negativen wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges sowie der Nachwirkungen von globalen Lieferkettenproblemen, insbesondere in Gestalt einer in Deutschland und vielen anderen Volkswirtschaften hohen Inflation, klarer hervor.“ Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht August 2025, 77. Jahrgang, Nr. 8, S. 111 ff.
- <sup>34</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, September 2025, Herbstbelegung beginnt schwach.
- <sup>35</sup> In der Unterbeschäftigung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) gelten, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsförderung oder kurzfristig erkrankt sind. Zudem ist die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter trotz weiterem Anstiegstrend bis März 2025 (34,89 Millionen) um rund 84.000 Personen im Vergleich zum Gesamtjahr 2024 zurückgegangen. Und auch die Zahl geringfügig entlohnter Beschäftigter (Mini-Jobs) ist bis März 2025 erneut gesunken (- 125.000 im Vergleich zum Gesamtjahr 2024), liegt aber mit rund 7,69 Millionen immer noch deutlich über dem Mittelwert aus 2020 (7,32 Millionen; + 363.000).
- <sup>36</sup> Zwei Definitionen: Unter Nachholkonsum werden Einkäufe und Konsumhandlungen verstanden, in der Verbraucher nach einer Phase der Zurückhaltung wieder mehr kaufen, um Güter zu erwerben, die sie zuvor nicht konsumiert haben. Dies kann nach Wirtschaftskrisen oder bei starker Unsicherheit passieren, wenn sich die Nachfrage erholt, was oft zu einem sprunghaften Anstieg des Konsums führt. Unter Ersatzkonsum werden Einkäufe von Waren oder Dienstleistungen sowie von Konsumhandlungen verstanden, die vorhandene, abgenutzte oder defekte Gebrauchsartikel und Sachanlagen ersetzen, um die Funktionsfähigkeit eines Haushalts zu erhalten. Ersatzkonsum dient der Aufrechterhaltung des Status quo und stellt im engeren Sinne keinen Mehrkonsum dar, sondern stellt lediglich den ursprünglichen Zustand wieder her. Beispiele hierfür sind der Austausch und / oder die Reparatur meist notwendiger Gebrauchsgegenstände wie beispielsweise defekter Haushaltsgeräte, Kühlschränke, Waschmaschinen.

- <sup>37</sup> Vgl. beispielsweise Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 317, 29.08.2025: Reallöhne im 2. Quartal 2025 um 1,9 Prozent höher als im Vorjahresquartal (Nominallöhne steigen im 2. Quartal 2025 um 4,1 Prozent zum Vorjahresquartal).
- <sup>38</sup> In den Vorjahren waren die Sparguthaben zu Teilen für Nachholkonsum und auch zur Entschuldung eingesetzt worden (2022: - 66 Milliarden Euro; - 21,5 Prozent; 2021: - 28,8 Milliarden Euro; - 8,6 Prozent). Wichtiger Hinweis: Mit Veröffentlichung der Schnellschätzung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das 2. Quartal 2025 revidierte das Statistische Bundesamt auch die Vorquartale und -jahre ab 2021 deutlich. Anders als üblich änderten die Revisionen den Verlauf des realen BIP dieses Mal erheblich. [...] Im Ergebnis verändert sich das konjunkturelle Bild insbesondere in zwei Punkten: Erstens ist die Erholung der deutschen Wirtschaft nach der Corona-Pandemie nun ausgeprägter. Zweitens erweist sich die konjunkturelle Schwächephase nach Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine nunmehr als deutlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung. Vgl. auch Deutsche Bundesbank, Monatsbericht August 2025, 77. Jahrgang, Nr. 8, S. 111 ff.: Zu den jüngsten Revisionen des deutschen BIP und ihren Auswirkungen auf das Konjunkturbild.
- <sup>39</sup> Die „microm Überschuldungstypologie“ wurde 2021 vom Creditreform Tochterunternehmen microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH entwickelt und mithilfe vertiefender Analysen der Datenbanken des Verbandes der Vereine Creditreform umgesetzt. Die Typologie verdichtet die unterschiedlichen Formen, Intensitäten, Ausprägungen und Betroffenheitsgrade der Überschuldung von Verbrauchern in acht unterschiedliche Typen. Die Typen fassen jeweils überschuldete Menschen mithilfe der zur Verfügung stehenden Informationen zur Überschuldungsintensität (wie beispielsweise nach juristischer Dimension oder nachhaltigen Zahlungsstörungen, Anzahl an Gläubigern, Dauer der Einträge oder Schuldenhöhe) und zugleich nach der Ursachendimension zusammen. Unter Letzterem werden die unterschiedlichen Forderungsgründe und Überschuldungsanlässe als Motiv- bzw. Ursachendimension der individuellen Überschuldungsprozesse verstanden. Die Übergänge zwischen den acht verschiedenen Typen sind „fließend“, da auch die Übergänge von Verschuldung über Zahlungsstörungen bis hin zu einer harten Überschuldung, von einer (temporären) Verschuldungskrise hin zu einer nachhaltig-dauerhaften Überschuldung (bisweilen in beide Richtungen) gleitend sind.
- <sup>40</sup> Der Hauptgrund: die steigenden resp. auf hohem Niveau verharrenden Lebensmittelpreise. Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey (Juli / August 2025: 10.007 befragte Erwachsene) im Auftrag der Direktbank Barclays hat ergeben, dass viele Menschen in Deutschland mittlerweile ihre täglichen Ausgaben „auf Pump“ finanzieren – selbst Lebensmitteleinkäufe. Die Hälfte der unter 50-Jährigen in Deutschland hat sich in den vergangenen 24 Monaten Geld geliehen – überwiegend von Familienmitgliedern (44 Prozent), aber auch als Kredit von der Bank (40 Prozent). Neben Ausgaben für den Pkw (27 Prozent) verwendeten die Befragungspersonen das geliehene Geld nach eigenen Angaben vor allem zur Deckung alltäglicher Kosten wie zum Beispiel den Kauf von Lebensmitteln (27 Prozent) oder für allgemeine Konsumzwecke wie den Einkauf von Kleidung (21 Prozent).
- <sup>41</sup> Die Analyse dokumentiert seit 2022 die stark erhöhten Preisniveaus gerade von Waren des Grundbedarfs: Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lagen im September 2025 um 39,3 Prozent höher als im September 2019, also vor Pandemie und Ukrainekrieg. Damit war die Teuerung für diese unverzichtbaren Basisprodukte mehr als dreimal so stark wie mit der EZB-Zielinflation von kumuliert 12,6 Prozent in diesem Zeitraum vereinbar. Vgl. IMK Inflationsmonitor (10-2025): Inflation steigt im September auf 2,4 Prozent, vorübergehende Effekte dominieren, Hans-Böckler-Stiftung, IMK Policy Brief Nr. 199.
- <sup>42</sup> Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland gemäß Häuserpreisindex sind im 2. Quartal 2025 um durchschnittlich 3,2 Prozent gegenüber dem 2. Quartal 2024 gestiegen. Die Wohnimmobilienpreise stiegen zum dritten Mal in Folge gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal, nachdem sie zuvor seit dem 4. Quartal 2022 durchgängig gesunken waren. Im 1. Quartal 2025 lag der Anstieg im Vorjahresvergleich bei 3,5 Prozent, im 4. Quartal 2024 bei 1,9 Prozent. Gegenüber dem 1. Quartal 2025 erhöhten sich die Preise für Wohnimmobilien im 2. Quartal 2025 um 1,1 Prozent. Ähnliches gilt für Eigentumswohnungen: Im 2. Quartal 2025 kosteten diese in allen Regionen Deutschlands im Durchschnitt mehr als im Vorjahresquartal. Die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser sind im 2. Quartal 2025 ebenfalls in den meisten Regionen gestiegen. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 347, 24.09.2025: Preise für Wohnimmobilien im 2. Quartal 2025: +3,2 Prozent zum Vorjahresquartal.
- <sup>43</sup> Quelle: Eurostat. Bei den Angaben zur Wohnkostenbelastung werden sowohl Miet- als auch Eigentümerhaushalte berücksichtigt. Der Begriff Wohnkosten bezeichnet die monatlichen Kosten, die mit dem Recht des Haushalts auf Wohnen in der Wohnung verbunden sind (bei Eigentümer/-innen: Grundsteuer; bei Mieter/-innen: Mietzahlungen). Die Nebenkosten (Wasser, Elektrizität, Gas und Heizung), die sich aus der tatsächlichen Nutzung der Wohnung ergeben, sind ebenfalls berücksichtigt. Außerdem sind enthalten: Ausgaben für die Instandhaltung der Wohnung beziehungsweise des Hauses, Hypothekenzinsen (bei Eigentümer/-innen), Versicherungsbeiträge (bei Eigentümer/-innen; bei Mieter/-innen, falls diese die Kosten tragen) und weitere Kosten wie zum Beispiel für Müllabfuhr und Straßenreinigung.
- <sup>44</sup> Die Wohnkostenbelastung für Studierende, die mit anderen Studierenden oder Auszubildenden zusammen in einem Haushalt leben, fällt mit knapp 37 Prozent deutlich geringer aus, ist aber immer noch höher als in der Gesamtbevölkerung. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N045, 27.08.2025: Studierendenhaushalte geben im Schnitt 53 Prozent des Einkommens für Wohnkosten aus.
- <sup>45</sup> Vgl. Witte, Nils: Zunehmend ungleiche Mietkostenbelastung. In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.), BiB.Aktuell 1/2025.
- <sup>46</sup> Dabei sind die Angebotsmieten vor allem in Großstädten gestiegen: Diese waren zwischen 2010 und 2022 im Durchschnitt um rund 55 Prozent angestiegen. In Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern betrug der Anstieg rund 70 Prozent, in Landkreisen sowie mittleren und kleinen kreisfreien Städten rund 46 Prozent. Weniger stark sind die Mieten für bestehende Mietverhältnisse gestiegen. Gegenüber 2010 haben sich die Nettokaltmieten um rund 19 Prozent erhöht. Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 41/2024: Mietbelastung in Deutschland: In den letzten Jahren nicht gestiegen, aber ungleich verteilt, S. 627-633 sowie Wochenbericht Nr. 41/2024: Einpersonenhaushalte und Alleinerziehende haben die höchste Mietbelastung (Interview), S. 634.
- <sup>47</sup> Zu den Wohnungsnebenkosten zählen die Kosten für Wasserversorgung und Müllabfuhr, Gebäudereinigung, Wartung von Aufzügen oder Ähnliches sowie weitere Aufwendungen.
- <sup>48</sup> Vgl. unter anderem Techem Atlas für Energie, Wärme und Wasser 2025, Pressemitteilung, 14.10.2025. Die Firma Techem ist einer der großen Energiedienstleister in Deutschland.

<sup>49</sup> Die Analyse führt aus: „Nicht nur für das Zahlen von Strom- oder Gasrechnungen reicht für viele das Geld nicht, auch unerwartet anfallende Ausgaben beispielsweise für die Reparatur oder den Austausch defekter Haushaltsgeräte können Haushalte vor Schwierigkeiten stellen. Knapp ein Drittel (32,2 Prozent) der Bevölkerung lebte im Jahr 2024 in Haushalten, welche aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht dazu in der Lage waren, unerwartet anfallende Ausgaben aus eigenen finanziellen Mitteln zu bestreiten. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil leicht gesunken: Im Jahr 2023 hatten 35,0 Prozent der Bevölkerung angegeben, nicht über ausreichende finanzielle Rücklagen für unerwartete Ausgaben zu verfügen. Als unerwartet anfallende Ausgabe galt in den beiden vergangenen Jahren eine Summe in Höhe von mindestens 1.250 Euro. [...] Auch Nebenkosten und Nebenkosten-nachzahlungen bedeuten für viele Mieterinnen und Mieter eine finanzielle Belastung. Die Preise für Wohnungsnebenkosten sind überdurchschnittlich gestiegen: Diese lagen im August 2025 um 4,0 Prozent höher als im Vorjahresmonat.“ – Für Haushaltsenergie mussten die Verbraucher zuletzt hingegen weniger bezahlen: Die Preise für Energieträger wie Strom, Gas, Heizöl, Fernwärme oder feste Brennstoffe wie Holz und Kohle waren im August 2025 um 2,3 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat. Allerdings waren die Preise für Haushaltsenergie im Zuge der Energiekrise, insbesondere im Jahr 2022, besonders stark angestiegen und befinden sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Vgl. auch Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N050, 16.09.2025: 4,2 Millionen Menschen leben in Haushalten mit Zahlungsrückständen bei Versorgungsbetrieben.